

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando:
Stückzahl 2,30 RM, monatl. 1,10 RM,
wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Inserions-Gebühr
Beträgt für die sechs-spaltige Kolonne
gelte oder deren Raum 50 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Anzeigen
und Besammlungs-Anzeigen 30 Pf.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 28. Juli 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Vorwärts, nicht rückwärts!

Auch der Parteitag in Leipzig wird sich wiederum mit
der Frage der Waisfeier zu beschäftigen haben. Bereits hat
in der Presse und in Versammlungen eine lebhaft Debatte
eingeleitet. Ihren unmittelbaren Ausgang hat diese Debatte
von dem Beschluß des Nürnberger Parteitages genommen,

Die Nummer 43 der „Neuen Zeit“ veröffentlicht mehrere
Zuschriften über die Waisfeier. Genosse Richard Schreier-
Jittau findet es begreiflich, daß nicht alle von dem Nürn-
berger Beschluß betroffenen Genossen ihrer Pflicht freudig
nachkommen. Seien doch gerade diese Genossen es, die in
unermüdlicher Kleinarbeit, in opferreicher Betätigung ohne
hin Erlaunliches für die Partei leisteten. Sie brachten
diese Opfer gern, aber deshalb könne man es doch
für zwecklos und verkehrt halten, gerade den be-
reits genügend belasteten Genossen neue Opfer aufzu-
erlegen. Natürlich erhebe es die Disziplin, sich einem Partei-
tagsbeschlusse solange zu unterwerfen, bis er aufgehoben sei.

Wir glauben wirklich, daß sich solche Einzelschwierigkeiten,
wie sie die Genossen Schreier und Kayser hervorheben, leicht
heben lassen, wenn man sich nur erst im Prinzip einig
wäre! Ob der Unterstützungsfonds von der Partei
allein verwaltet wird oder von Partei und Gewerkschaften,
ist höchst nebensächlich gegenüber der Notwendigkeit,
möglichst reichliche Mittel für den Fonds flüssig zu
machen und ihre Verwaltung so zu gestalten, daß
soweit die Mittel reichen, auch alle Bedürftigen Unterstützung
erhalten. Um aber reichliche Mittel aufzubringen, brauchte
man nur allen Genossen, die den 1. Mai nicht durch Arbeits-
ruhe begehen können, die moralische Verpflichtung aufzuerlegen,
einen Teil des Arbeitsverdienstes an den Waisfonds ab-
zuführen, eine Verpflichtung, wie sie ja bereits in früheren
Jahren existierte. Würde in dieser Weise der Nürnberger
Beschlusse erweitert, so fielen auch die Berechtigten zu der
Klage fort, daß die Angestellten in Parteigesellschaften besondere
Opfer zu leisten hätten.

Man hat behauptet, daß man durch das Aufrollen der
Unterstützungsfonds die Waisfeier habe „erwürgen“ wollen.
In der Tat wäre es ein arger circulus vitiosus, wenn man
solch eine Argumentation zu führen gedächte: eine größere
Arbeitsruhe am 1. Mai läßt sich wegen der Gefahr der Maß-
regelung nur durch Schaffung ausreichender Unterstützungs-
einrichtungen durchsetzen. Ausreichende Unterstützungs-
einrichtungen lassen sich aber nicht zustande bringen, folglich
bleibt uns nichts anderes übrig, als auf die Arbeitsruhe über-
haupt zu verzichten. Aber auch die Art, wie Genosse Kayser
die Waisfeier ad absurdum führt, ist solch ein arger Zirkel-
schluß. Weil er nichts von einem Unterstützungsfonds hält, be-

ruft er sich auf einzelne Befürworter der Arbeitsruhe,
die alles von dem Idealismus der Arbeiter erwarten.
Dieser Idealismus könne sich aber am schrankenlosesten aus-
leben, wenn keine besondere Unterstützung gewährt werde.
Freilich werde sich bald genug in Gestalt des Rückganges der
Arbeitsruhe herausstellen, daß auf den Idealismus allein kein
Verlaß sei.

Wir für unser Teil bekennen uns als unbedingte An-
hänger einer möglichst ausgedehnten Arbeitsruhe. Wir denken
zwar keineswegs gering vom Idealismus der Arbeiterklasse,
glauben vielmehr, daß diesem Idealismus bei der Waisfeier
trotz eines Waisfonds noch Betätigungsgelegenheit genug gegeben
sein muß und wird — trotzdem aber stimmen wir denjenigen
Genossen zu, die da betont haben, daß man es dem Stamme eifriger
Genossen, der trotz aller Maßregelungen auf die Feier des
1. Mai durch Arbeitsruhe nicht verzichten, nicht zumuten könne,
immer wieder schutzlos seine Haut zu Markte zu tragen. Wir
dringend geboten und glauben auch, daß sich eine Regelung
finden läßt, die der Arbeitsruhe am 1. Mai nicht, wie manche
befürchten, den Garaus macht, sondern sie zu einer weit
müchtigeren Demonstration als bisher machen hilft. Darüber
muß man sich natürlich von vornherein klar sein, daß der
Nürnberger Beschluß für die Schaffung eines leistungsfähigen
Unterstützungsfonds nicht mehr bedeutet, als einen ersten
Schritt in der energisch weiter zu verfolgenden Richtung.

Nun sagen die Genossen, die die Arbeitsruhe in größerem
Umfange für undurchführbar und damit für überhaupt be-
seitigungswert halten, das zähe Festhalten an dieser Form
der Waisfeier sei umso unbegründeter, als der Pariser Inter-
nationale Kongreß ja gar nicht einmal die Arbeitsruhe ge-
fordert habe; das sei erst später geschehen. Es sei gern
zugegeben, daß im Laufe der zwanzig Jahre der Charakter
der Waisfeier sich gewandelt hat. Aber es versteht sich ja ganz
von selbst, daß die Waisfeier, dies allgemeine Symbol des
Emanzipationskampfes des Proletariats, ihre besondere
Färbung, ihr jeweiliges Gepräge von den jeweiligen
besonderen Kämpfen erhält, in denen sich das Proletariat
befindet. Da aber das deutsche Proletariat zurzeit
vor einem besonders heißen und schweren Kampfe
um Eroberung seiner Bürgerrechte steht, in einem
Kampfe, der die äußerste Energieentfaltung notwendig macht,
so wäre es ein geradezu unbegreiflicher Fehler der deutschen
Arbeiterklasse, wollte sie gerade jetzt auf ein Agitations- und
Demonstrationsmittel verzichten, das, wenn es nicht schon
existierte, für diesen Kampf ganz besonders erfunden werden
müßte!

Wie notwendig es für das Proletariat ist, sich immer
intensiver mit der Politik zu beschäftigen, einen immer größeren
Anteil an der politischen Macht zu erobern, das hat ja erst
mit so aufpeitschender Deutlichkeit der infame Steuer-
raubzug gegen die Taschen des Proletariats be-
wiesen. Was nützen dem Proletariate die opferreichsten
gewerkschaftlichen Kämpfe und Erfolge, wenn es die
kapitalistenklasse jederzeit in der Hand hat, diese Erfolge
vielfach angestrengter Gewerkschaftsarbeit durch einen
einzigsten Akt geschlicher Massenschöpfung wieder null und
nichtig zu machen! Darum gilt es, einmal die proletarischen
Massen aufzuklären und zu organisieren, dann aber auch,
diesen in der modernen Arbeiterbewegung zusammengefaßten
Massen den ihnen nach demokratischem Prinzip zukommenden
Einfluß auf die Gesetzgebung zu erobern! Darum gilt es,
erst einmal den Vater aller Hindernisse, den Fort aller
Reaktion, den Junkerstaat Preußen durch Eroberung und
Anwendung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts in ein
modernes Staatsgebilde umzuwandeln! Jeder Einsichtige
er weiß, daß dies Ziel nicht ohne die denkbarste Energie,
die höchste Machtentfaltung des Proletariats zu erreichen ist.
Nur wenn das Proletariat beweist, daß es alle Latkraft
für die Erringung des Wahlrechts einzusetzen entschlossen ist,
wird man seine Forderungen respektieren.

Die Waisfeier kann aber als eine Probe der proletarischen
Kampfschlossenheit, der proletarischen Opferfähigkeit gelten.
Nach dem, was der „Vorwärts“ bereits früher über die Wais-
feier gesagt hat, brauchen wir uns nicht gegen die Unter-
stellung zu wehren, als wollten wir die Arbeiter blindlings
und unter allen Umständen am 1. Mai in wirtschaftliche
Kämpfe drängen, die zum Schaden der Gewerkschaftsbewegung
auszuschlagen könnten. Dazu sind uns die Gewerkschaften viel
zu wertvolle Kampforganisationen! Nein, wir wollen nur,
daß das Proletariat in dieser Aera der leidenschaftlichsten
Kämpfe nicht abrüstet, daß es keine Position
preisgibt, daß es vielmehr zielbewußt und ent-
schieden seine Rüstungen fortsetzt, um, sobald die
Gelegenheit dazu gekommen, auch zum Schlagen bereit
zu sein!

Wir können nur immer das eine wiederholen: politische
Rechte sind einer aufsteigenden, aber noch entrechteten Klasse
noch niemals wie reife Früchte in den Schoß gefallen, sie
haben noch immer erobert werden müssen. Auch das
Bürgertum hat um seine Rechte kämpfen müssen und es hat
es dabei an Idealismus und Opfermut nicht fehlen lassen.
Sollte aber wirklich jemand ernstlich zu behaupten wagen,
dem Proletariate dürften ähnliche Opfer, dürfte ein gleicher
Idealismus nicht zugemutet werden?!

Das Ministerium Briand vor der
Kammer.

Das Regierungsprogramm.

Das neue Ministerium hat sich heute der Kammer vor-
gestellt. Briand verlas im Namen der Regierung eine
Stunde lang, in der das Kabinett folgendes erklärte:

Es beabsichtige eine Politik des Friedens, der Re-
formen und des Fortschritts in die Wege zu leiten. Es
werde dem Bündnisse und den Freundschaften Frankreichs unber-
brüchlich treu bleiben und es als seine Aufgabe betrachten, der Würde
und den Rechten Frankreichs Achtung zu verschaffen und den Welt-
frieden zu wahren. Die Politik des früheren Ministeriums
werde es weiterführen; diese von der Kammer ständigt gebilligte
Friedenspolitik habe zur Stärkung des Vertrauens beigetragen,
vermöge dessen Frankreich mit wachsender Autorität im Geiste der
Versöhnung an der Regelung der internationalen Schwierigkeiten
habe mitwirken können. Diese Autorität entspringe ebenso
der Konsequenz seiner Ansichten, wie dem Prestige, das es seiner
moralischen Expansionskraft wie seinen Machtmitteln zu Wasser
und zu Lande verdanke. Die Regierung sei bereit, die für die
Marine gebrachten Opfer durch eine organische
Reform wirksam zu gestalten. Die Kritik an der Marine
hätte sich übrigens niemals auf die Vaterlandsliebe und
die berufliche Tüchtigkeit der französischen Seeleute er-
streckt. In erster Linie werde die Regierung für die Be-
willigung des Budgets eintreten. In sozialer Hin-
sicht werde die Regierung bemüht sein, die Alters-
versorgungsgesetze für Arbeiter vor Schluß der
Legislaturperiode zu verwirklichen und später nach und nach
auch die in der Landwirtschaft, im Handel und in der Industrie
beschäftigten Angestellten in ein vollständiges System
sozialer Versicherungen einzuschließen. Die Regierung
werde das Einkommensteuergesetz im Senate nach-
drücklich verteidigen. Betreffend die Wahlreform
werde die Regierung die Kammer ersuchen, für Municipal-
wahlen einen methodischen Versuch mit dem Pro-
portionalstimm zu machen. Die Regierung werde weiterhin
auf Annahme des Beamtenstatuts dringen, das den Beamten
alle gesetzlichen Freiheiten gewährleisten soll. Die Duldung
einer Unterbrechung des öffentlichen Dienstes
könne jedoch nicht in Frage kommen. Die Regierung werde
die Reformen zum Schutze des Laienunterrichts weiter
fortsetzen, so werde die Verkehrsmittel weiter ausbauen. Nach
Anknüpfung einiger neuen Sechzentwürfe besage die Stunde lang,
daß die Zolltarifrevision im Geiste des alten Kabinetts
fortgesetzt werden solle und schließt mit der Versicherung, daß die
Regierung gewillt sei, an der Organisation der Demokratie zu
arbeiten.

Die Erklärung des neuen Ministeriums enthält sogar für
die Skeptiker eine Ueberraschung: Die Wahlreform soll
verschoben werden. Herr Briand will erst in den Ge-
meindenversuchen mit dem Proportionalwahlrecht machen.
Für diesmal sind also die Richtungspropheten noch sicher. Auch
bei der Frage der Einkommensteuer begnügt sich das
Kabinett mit der Versicherung, es wolle das Gesetz „nach-
drücklich verteidigen“. Herr Briand hütet sich aber, sein
Schicksal mit dieser längst fälligen Reform zu verknüpfen. Die
reaktionären Feinde der Einkommensteuer im Senat werden daraus
neue Ermutigung schöpfen. Nicht überraschend, aber charakteristisch
für den bürgerlichen Massenstandpunkt dieses Kabinetts ist
auch die schroffe Ablehnung des Streikrechtes der
Beamten, und so wird wohl die Versicherung des Kabinetts,
es wolle die Politik seines Vorgängers fortsetzen, diejenige
sein, der man am ehesten Glauben schenken kann. Das
Ministerium Clemenceau war aber ein Ministerium der sozialen
Reaktion.

Die Sitzung.

Die Tribünen sind überfüllt, der Saal ist sehr gut besetzt.
Die Erklärung der Regierung wird mit Beifall aufgenommen, ins-
besondere die Stelle über das Bündnis und die Freundschaften.
Alsdann interpellierte Lafferre die Regierung im Namen
der radikal-sozialistischen Gruppe und führte aus, die
Regierung werde eine Politik befolgen müssen, welche die öffentliche
Ruhe und Gesetzmäßigkeit sichere. Redner fragte, welche Ver-
ordnungen die Regierung infolge der Marineuntersuchung treffen
und welche Haltung sie gegenüber den entlassenen Post-
beamten einnehmen werde. Schließlich wünschte Redner
zu wissen, ob Briand mit der Majorität der Radikalen und Radikal-
Sozialisten zu regieren beabsichtige. Laureine (Radikaler) ver-
langt bündige Erklärungen über das Beamtenstatut. Charles
Venoist wünschte Erklärungen über die Wahlreform.

In seiner Erwiderung führte Ministerpräsident Briand zu-
nächst aus, er habe nicht ohne Gemütsbewegung seinen Posten über-
nommen, als er aber dazu entschlossen war, sei er nicht
ein anderer Mensch geworden, sondern er habe sich
seinem Amte angepaßt. Er sei derselbe, der er während
sieben Jahre der Zusammenarbeit mit der radikalen
Partei stets gewesen. Briand sprach dann über die Reformen, die
die Majorität vor dem Ende der Legislaturperiode werde
durchzuführen haben. Ordnung und Friede im Innern wie nach
außen, das sei das Programm der Regierung. Bezüglich der
angeregten Wegnahme der abgesetzten Post-
beamten sage die Regierung weder ja noch nein.

das sei eine Angelegenheit der Regierung, die weder heute noch morgen, aber auch nicht niemals sage. Die Regierung werde weitest Freiheit walten lassen, die nur beschränkt sein werde durch das Bestreben, nicht wieder gutzumachende und blutige Störungen der Ordnung zu vermeiden.

Briand gab sodann das Versprechen ab, an die Wahlreform sofort nach dem Wiederzusammentritt der Kammer heranzutreten, und hat die Kammer um vorbehaltloses Vertrauen zu einer Politik ohne Gewalt, aber auch ohne Schwäche. (Beifall.) Eine Tagesordnung, welche besagt, die Kammer spreche der Regierung ihr Vertrauen aus in der Gewissheit, daß sie ein treuer Dolmetsch der republikanischen Mehrheit sein werde, und in der unter Ablehnung jedes Zusages die Erklärungen der Regierung gebilligt werden, fand mit 306 gegen 46 Stimmen Annahme.

Im Senate verlas Minister Barthou die Erklärung der Regierung, die dort nicht so warm wie in der Kammer aufgenommen wurde.

Verlangung.

Paris, 27. Juli. Die Deputiertenkammer und der Senat haben die Marinekredite bewilligt. Darauf wurde die Session geschlossen.

Das Zentrum als Vertreterin der Arbeiterinteressen.

Je mehr das Zentrum sich von der katholischen Arbeiterkammer wegen seines Verhaltens bei der Beratung der neuen Verbrauchssteuern im Reichstage angegriffen sieht, desto strenger greift es zu den perfidesten Mitteln, um die Sozialdemokratie als Vorseherin hinzustellen und sich als die alleinige Schützerin der Arbeiterinteressen aufzuspielen. So läuft gegenwärtig durch die Zentrumsblätter, sowohl die sogenannten vornehmen Blätter vom Schlage der „Germania“, als die kleinen lokalen Kaplansblättchen, folgende verlogene Kotzig:

Wie die sozialdemokratischen Abgeordneten bei der Abstimmung über die neuesten Steuererlasse im Reichstage die Interessen des „Volkes“ vertreten haben, ergibt sich aus der Tatsache, daß sie stimmten:

1. gegen die Steuer auf Wertpapiere,
2. gegen die Zollerhöhung auf ausländischen Champagner,
3. gegen die Steuererhöhung auf inländischen Champagner,
4. gegen die Zuwendung von vier Millionen Mark an arbeitslos werdende Tabakarbeiter.

Wahrlich, die Genossen haben alle Ursache, ehe sie gegen die „Vollräuber“ in den bürgerlichen Parteien wettern, vor der eigenen Tür zu fegen. Sie haben sich bisher noch immer als Beschützer des Großkapitals, insbesondere des Börsenkapitals, erwiesen und sind stets gegen jede Verteuerung des „Vollgetränks“ Champagner eingetreten. Was aber durch die Schuld der sozialdemokratischen Abgeordneten die Börsenmänner und Champagnertrinker an Steuern nicht zu zahlen brauchen, wird auf die breiten Massen abgewälzt. Daß die Genossen gegen die Zuwendung an die arbeitslos werdenden Tabakarbeiter stimmten, ist besonders interessant.

Es ist richtig, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat gegen die Steuern auf Wertpapiere und Champagner gestimmt, wie sie auch gegen alle anderen vom Schnapsblod bewilligten Steuern, z. B. gegen die Bier- und Tabaksteuer, die Branntwein- und Schmelzholzsteuer, die Erhöhung des Kaffee- und Teezolls gestimmt hat; aber nicht aus Sympathie für die Börsenmänner und Champagnertrinker, deren es schließlich in den Kreisen der reichen Zentrumspartheier viel mehr gibt als in der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, sondern um sich nicht mitschuldig zu machen an der Durchführung des liberal-konserverativen Steuerprogramms, das den ärmeren Volksschichten nahezu vier Fünftel der vom Reich geforderten Steuersummen aufbürdet. Diese vom Zentrum als „gerechten Ausgleich“ betrachtete Steuerverteilung erheben ihr als durchaus nicht gerecht. Sie forderte vielmehr, daß da das Reichsdefizit durch die enormen Ausgaben für Meer, Marine und Kolonien entstanden ist, auch jene dieses Defizit durch neue Steuern decken, in deren Interesse diese Ausgaben gemacht sind.

Die weitere Angabe aber, die Sozialdemokratie hätte gegen die Zuwendung von vier Millionen Mark an die arbeitslos werdenden Tabakarbeiter gestimmt, ist eine unverschämte Lüge der Zentrumsblätter.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte zum Gesetz betr. die Tabaksteuer einen Antrag eingebracht, nach welchem aus dem Ertrag dieser Steuer an jene Tabakarbeiter und Arbeiterinnen eine Entschädigung in Höhe ihres ausgefallenen Arbeitslohnes gezahlt werden sollte, die infolge der höheren Besteuerung des Tabaks brotlos würden. Kamn war dieser Antrag verteilt, als auch schon ein Antrag Giesberts kam, der ebenfalls eine Entschädigung verlangte, aber nur bis höchstens zu $\frac{1}{4}$ des Lohnes. Der sozialdemokratische Antrag wurde abgelehnt. Darauf stimmten die Sozialdemokraten für den Antrag Giesberts, der angenommen wurde. In der dritten Lesung hatte Herr Giesberts seinen Antrag wieder abgeändert, und zwar durch eine erhebliche Verschlechterung. Er stellte nämlich den Antrag, daß zum Zwecke der Unterstützung der arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter nur ein Betrag von vier Millionen Mark eingezahlt werden solle.

Gegen diese Verschlechterung wandte sich zunächst unser Genosse Frank. Dann der Abg. Volkhoff (Freis.), der nach dem stenographischen Bericht sagte:

„Der Kollege Mollenhuth hat gesagt, daß die Sachverständigen der Regierung und der Mehrheit mit einem Rückgang von 12 Proz. der Zigarrenfabrikation rechnen. Eine Arbeitslosigkeit von 12 Proz. würde 20 000 Arbeiter treffen. Die könnten also pro Kopf, d. h. pro Familie, in den nächsten beiden Jahren 200 M. bekommen, wenn wir 4 Millionen als Höchstgrenze ansehen. (Hört, hört! links.) Daß mit einer solchen Summe nicht der tägliche Verdienstausfall in 2 Jahren bezahlet werden kann, liegt doch außer Zweifel. Vielleicht gehen von den 4 Millionen auch noch die Verwaltungskosten für die Verteilung ab, die vielleicht sehr hoch sind, so daß für die Arbeiter nur 3 Millionen bleiben. Wenn die Herren ehlich sein wollen, sollen sie entweder die 4 Millionen streichen, oder sie sollen die Mindesthöhe der Unterstützungen streichen, damit man draußen wirklich weiß, was sie eigentlich wollen.“ (Sehr richtig! links.)

Der nationalliberale Abgeordnete Stresemann bemerkte zu dem Antrag:

„Daß, was die Herren inzwischen aus dem Antrag gemacht haben, erscheint uns nicht als eine Verbesserung, sondern als eine

Verschlimmerung (Sehr richtig! links) desjenigen, wofür wir damals eingetreten sind.“ Wir haben infolgedessen unsererseits einen Antrag gestellt, die Worte: „Bis zum Gesamtbetrag von vier Millionen Mark“ zu streichen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir tun das, weil wir der Meinung sind, daß es unmöglich ist, wenn man damit rechnet, daß Arbeiter durch ein Gesetz brotlos werden, dann die Summe zu limitieren, die als Entschädigung ausgezahlt werden soll. . . . Wir möchten jedenfalls der Regierung nach dieser Richtung hin nicht irgendwelche Bindung auferlegen.“

Der nationalliberale Antrag auf Streichung der Festlegung einer bestimmten Summe wurde abgelehnt, ebenso der sozialdemokratische Antrag, der den Tabakarbeitern die weitgehendste Entschädigung sichern wollte. In beiden Fällen stimmte das Zentrum mit „Rein“. Selbstverständlich haben darauf die Sozialdemokraten gegen den Verschlechterungsantrag des Zentrums gestimmt.

Es gehört eine eiserne Stirn dazu, angesichts dieser Tatsachen die Behauptung aufzustellen, die Sozialdemokraten hätten gegen die Zuwendung von 4 Millionen Mark an arbeitslos werdende Tabakarbeiter votiert, um dadurch den Anschein zu erwecken, als hätten die Sozialdemokraten eine Unterstützung der Tabakarbeiter nicht gewünscht. Wenn es das Zentrum ehrlich mit den Tabakarbeitern meinte, dann mühte es sich für die sozialdemokratischen Anträge zu stimmen.

Unverständlich ist übrigens, wie es sich das Zentrum als eine Vertreterin der Arbeiterinteressen anzurechnen vermag, daß es für eine Entschädigung bis zu 4 Millionen Mark stimmte, denn diese Summe ist doch nur ein kleiner Teil der Last, die es den Arbeitern durch seine Bewilligung der Tabaksteuer aufgebürdet hat. Wenn darin eine Wohltat enthalten sein soll, daß das Zentrum erst aus den Arbeitern so und so viel herauspreßt und Behtausenade zur Arbeitslosigkeit verdammt, ihnen dann aber hinterher eine kleine, magere Entschädigung auszahlen läßt, dann ist es auch eine Wohltat, wenn jemand einen anderen zum Krüppel schlägt, ihm dann aber einige Groschen für Salbe zum Einschmieren seiner Wunden schenkt.

Einschränkung der Rüstungen!

Das englische Unterhaus hat gestern den Antrag des Radikalen Ellis, den Schiffbauetat herunterzusetzen mit 280 gegen 98 Stimmen abgelehnt. Die Minderheit setzte sich aus den Nationalisten, den Mitgliedern der Arbeiterpartei und einigen Radikalen zusammen. Mit der Regierung stimmte auch die konservative Opposition, deren Führer Balfour ausführte, er stimme für die Regierung, nicht weil er der Meinung sei, daß die Regierung nicht der ernstesten Nachlässigkeit schuldig sei, sondern weil er nicht irgend etwas tun wolle, was in England oder im Auslande die Vermutung aufkommen lassen könnte, daß die Opposition einen Parteisieg auf Kosten der Flotte wünsche.

Aus der vorhergehenden interessanten Debatte, deren Anfang wir bereits wiedergegeben haben, muß noch folgendes hervorgehoben werden:

Ellis (radikal) erklärte, die Regierung betrete eine Bahn, deren Ende niemand vorhersehen könne. Er glaube, daß es auch jetzt noch möglich sein würde, ein internationales Abkommen wegen der Beschränkung der Rüstungen abzuschließen. Premierminister Asquith wies auf die Bemühungen der Regierung während der letzten drei Jahre hin, die Rüstungen einzuschränken und andere Nationen zu veranlassen, dasselbe zu tun. Auch jetzt noch siehe nicht nur einem internationalen Abkommen die Tür offen, sondern die Regierung sei sogar eifrig bestrebt, mit den anderen Mächten zu einer Verständigung zu kommen. Die Regierung habe aber das Reich zu sichern gegen Gefahren die eintreten könnten. Er verleihe dem Hause, daß das Flottenprogramm in keiner Weise eine aggressive Tendenz habe, daß die Regierung, zwar mit Widerstreben, aber einhellig zu der Ueberzeugung gekommen sei, daß es das einzige Programm sei, dessen Annahme sie im Hinblick auf die Sicherheit des Reiches ehlich empfehlen könne.

In einer eingehenden Kritik der Reden Mc Kennas und Asquiths erklärte Balfour, die Regierung hätte von der aufgesparten Kraft der Marine gezehrt, die von ihren Vorgängern hinterlassen sei, und ihr Ueberhang an Kraft sei vor ihren Augen dahingeschwunden. Man wolle jetzt, daß zwei Mittelmeer-mächte die stärksten Kriegsschiffe bauten, und die Regierung rede, als ob sie für gewisse Gefahren alles auf die Nordsee konzentrieren und das Mittelmeer und die englischen Handelskolonien außer acht lassen könne. Der Ueberhang an Schiffen, der von der Regierung vorgeschlagen werde, sei zu gering bemessen, und trotz Sir Edward Fishers Ausspruch, daß die Engländer ruhig in ihren Betten schlafen könnten, könnte eine ungeheure Gefahr entstehen, der man in nicht allzu ferner Zeit entgegenzutreten müsse. Hierauf wiederholte Dillon seine Frage betreffend die Beobachtung der deutschen Zusagen und Wünsche zu wissen, was denn für eine Rechtsetzung für die vier Dreadnoughts bestände, wenn diese Zusagen loyal innegehalten worden wären. Mit Bezug auf Deutschland sei eine schamlose und verwerfliche Sprache geführt worden, und diese Sprache habe die deutsche Regierung veranlaßt und in den Stand gesetzt, ihre riesigen Anstrengungen mit ihrer Marine zu machen.

Barnes (Arbeiterpartei) führte aus, es schiene stillschweigend zugegeben zu sein, daß die Befürchtung bezüglich der Verschleppung des deutschen Schiffbauprogramms durch keine Tatsachen gestützt sei und daß die einzige Entschuldigung der Regierung für den Bau von Extra-Schiffen der Umstand sei, daß Italien und Oesterreich an Dreadnoughts dächten. Er sei erfreut erfahren zu haben, daß unter den deutschen Arbeitern eine Bewegung zugunsten der Herabminderung der Rüstungen bestehe.

Das wichtigste Moment in dieser Debatte bilden die neuen feierlichen Versicherungen der englischen Regierung, daß sie bereit sei, ein internationales Uebereinkommen zur Begrenzung der Flottenrüstungen zu schließen. Es wäre hohe Zeit, daß die deutsche Regierung, an die ja diese stets wiederholten Aufforderungen der englischen liberalen Minister vornehmlich gerichtet sind, endlich Entgegenkommen zeigte und ihre Bereitwilligkeit zu Verhandlungen erkennen ließe. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstage unablässig in diesem Sinne gewirkt und sie ist ohne Zweifel in dieser Frage die Sprecherin der überwältigenden Mehrheit der deutschen Nation, die dieses sinnlose Wettrennen mit seinen verderblichen Folgen: dem wachsenden Steuerdruck und der wachsenden Kriegsgefahr verabscheut und von der Regierung verlangt, diesem Vorhaben durch ein vernünftiges Uebereinkommen Einhalt zu tun, so lange es noch Zeit ist.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. Juli 1909.

Erhöhung der Zigarrenpreise.

Wie die verschiedenen Vereinigungen der Berliner Zigarrenfabrikanten und Zigarrenhändler mitteilen, haben sie beschlossen, die Preiserhöhung für Zigarren, Rauch- und Schnupftabak am Montag, den 16. August d. J., in Kraft treten zu lassen. Diesem Beschluß sind bereits die Zigarrenhändler einer Anzahl anderer Großstädte wie Hamburg, Mannheim usw. beigetreten.

Die in den Zeitungen bisher angeführten Preiserhöhungen sind zum Teil unzutreffend.

Nach Eintritt der Steuer dürfte sich ungefähr folgendes Bild der Preislagen ergeben:

Die bisherige 5 Pf.-Zigarre wird	6 Pf. kosten
6	7 bis 8
7	8
8	10
10	12
12	15

Die christlichen Gewerkschaften als Stützen des Schnapsblods.

Der christliche Gewerkschaftskongress hat in treuer Befolgung u. Grundsatzes der „politischen Neutralität“ unterlassen, die christlichen Arbeiterführer, die in seiner Mitte weilten, zur Meisterschaft zu ziehen dafür, daß sie sich mitschuldig gemacht hätten an der großen Plünderung der Massen durch die Reichsfinanzreform. Die Herren Schiffer und Wehren, die in den Augen jedes denkenden Arbeiters das Brandmal des Verrats der Arbeiterinteressen tragen, durften dem christlichen Gewerkschaftskongress präsidieren, und die Herren Giesberts und Weder, die nicht minder belastet sind, waren mit Referaten betraut. Und sie wurden mit Beifall gelobt, als ob die deutsche Arbeiterschaft nicht besser vertreten sein könne als durch Leute, die kein Bedenken tragen, sich zum Handlanger des konserverativen-kerlikalen Schnapsblods herzugeben.

Freilich versicherte Generalsekretär Stegerwald, der die unabweisbare Aufgabe übernommen hatte, diese merkwürdige Art von „Arbeitervertretung“ zu rechtfertigen, daß die Herren Giesberts, Schiffer usw. „in den letzten Wochen manche schwere seelische Kämpfe durchringen mußten“. Weshalb sie in diesem „Seelenkampf“ schließlich auf die Seite des Schnapsblods statt auf die Seite der Arbeiter traten, dafür finden wir die Erklärung in einem Satze der langen, unklaren und unbeholfenen Ausführungen, womit Stegerwald im Anschluß an den Bericht des Gesamtverbandes das Verhältnis der christlichen Arbeiterabgeordneten zur christlichen Gewerkschaftsbewegung zu erläutern versuchte. Dieser Satz lautet:

„Es gibt in den politischen Parteien oft Fragen, die für die Partei außerordentlich wichtig und grundlegend sind. Da entsteht die Frage, ob mein Klassenempfinden den Ausschlag zu geben hat oder höhere ideale Gründe.“

Katholisch findet es Herr Stegerwald in der Ordnung, daß in einem solchen Falle die „höheren idealen Gründe“ den Ausschlag geben, und er nimmt seine Kollegen, die „andere“ stimmen als es dem Klassenempfinden der Arbeiter im Lande zusagt, ausdrücklich in Schutz vor dem Vorwurf, als ob sie dadurch ihre proletarische Vergangenheit vergessen hätten“. In der Frage der Reichsfinanzreform lagen die „außerordentlich wichtigen und grundlegenden“ Motive für das Zentrum, die „höheren idealen Gründe“ darin, wieder in die Stellung der ausschlaggebenden regierenden Partei zu gelangen. Dazu mußte Bälou gestützt, der bisherige Block entfernt und durch den konserverativ-kerlikalen Block ersetzt werden.

Das Klassenempfinden der Arbeiterabgeordneten hätte nach diesen parteipolitischen Interessen nicht fragen dürfen, ob sie im Grunde auf weiter nichts hinausließen, als der Zentrumsbourgeoisie und ihren Sprößlingen wieder den Platz an der Staatskrippe zu sichern. Für das proletarische Klassenempfinden handelte es sich um die Frage, soll zu den bisherigen drückenden Lasten, die auf dem Leibe der Arbeiterklasse wuchsen, eine neue Last von ungeheurer Umfang gelegt, soll wiederum zur Schonung der tragfähigen Schultern von der Einführung wirklicher Besitzsteuern Abstand genommen werden.

Nach der auf dem christlichen Gewerkschaftskongress verkündeten Lehre mußte für die christlichen Arbeiterabgeordneten das „höhere ideale Interesse“ über das Klassenempfinden den Ausschlag geben. Das ist kein Arbeiterverrat, wie Herr Stegerwald meint, das ist der noch „schwerere seelischen Kämpfe“ gewonnene Entschluß, daß den Idealen vor dem Materielem nach christlicher Anschauung der Vorrang gebührt.

Parteiverdrossenheit im Zentrum.

Das „Schwarzwälder Volksblatt“, das Zentrumsorgan in Horb, setzt seine Kritik an der Haltung des Zentrums bei der Reichsfinanzreform fort. Es läßt sich u. a. folgende Geständnisse entschlüpfen:

„Nach an demselben Tage, an dem die Reichsfinanzreform von der neuen Mehrheit unter Daß und Fach gebracht worden ist, haben wir in einem Leitartikel unserem Unmut über die ungewöhnlich hohe Belastung des Volkes mit neuen und erhöhten indirekten Steuern Luft gemacht und erklärt, daß in diesem Punkte unsere Zentrumsfraktion nicht vollständig im Sinne unserer Hauptwählermassen gehandelt hat. Wögen parteipolitische Korrespondenzen in einem Teile unserer Presse — die Mehrzahl schweigt sich über diese Frage aus — die Reform vom „nationalen Standpunkt“ noch so rechtfertigen und schmachtlich zu machen versuchen — es bleibt dabei, daß eine nicht unbeträchtliche Belastung der schwächeren Schultern von seiten der neuen Mehrheit erfolgt ist und daß nur Anläge, aber keine Wirkungen von ausgleichender Gerechtigkeit zu verhoffen sind.“

Je näher nun die Tage des Inkrafttretens der neuen indirekten Steuern herankommen, um so stärker macht sich der Unmut in unseren Wählerkreisen geltend. Was alles wir Zentrumskredakteure in diesen Tagen von ausgelesenen Parteigängern, die sich selbst ihre Meinung zu bilden vermögen, zu hören bekommen, gibt zu großen Sorgen Anlaß, denen man sich scheinbar in Fraktionskreisen auch nicht verschließt. Das Volk kann nicht verstehen, daß 825 Millionen indirekter Steuern auf einmal ihre Reichfertigkeit erhöhen, wo man vor einem geraden halben Jahre auf unserer Seite noch gerufen hat: „Keinen Pfennig neuer indirekter Steuern!“

Es herrscht eine große Parteiverdrossenheit augenblicklich in Handwerker- und Arbeiterkreisen. Wenn sie auch aus idealen Gesichtspunkten der Partei nicht gerade den Rücken kehren, so sind sie über die Art und Weise der neuen Belastung doch stark erbittert.“

Die Wahl in Landau hat ja die Darstellung des „Schwarzwälder Volksblatts“ in der eindrucksvollsten Weise bestätigt.

Der Bundesrat und die Zolnsteuer.

Der Bundesrat ergreift die angelegten Maßnahmen gegen die Umgehung der Zolnsteuer. Die beiden von ihm beschlossenen Ausführungsbestimmungen zum Reichssteuergesetz erfassen nach offizieller Mitteilung auch die Gewinnanteilsgebloden und Zins-

Hogen, welche jetzt noch vor dem 1. August zur Erneuerung von an diesem Tage noch laufenden Gewinnanteilscheinbogen und Zinsbogen ausgegeben worden sind. Entsprechend der bereits gemeldeten Rechtsauffassung des Bundesrats wird in den Ausführungsbestimmungen als Zeitpunkt, in dem solchenfalls die Stempelpflicht eintritt, der Fälligkeitstag des letzten Zinscheins des alten Bogens oder der Schluss des Geschäftsjahres angenommen, auf welches der letzte Gewinnanteilschein des alten Bogens lautet.

Es ist jedoch beabsichtigt, auch die Befreygebung nochmals mit dem Gegenstande zu besorgen. Zur Vorbereitung eines Gesetzesentwurfs sind die Direktivbehörden angewiesen, bis zum 1. September d. J. eine Liste derjenigen inländischen Gesellschaften usw. aufzustellen, die in der Zeit vom 10. bis 31. Juli d. J. in der vorbezeichneten Weise neue Gewinnanteilscheine oder Zinsbogen vorzeitig ausgegeben haben.

Revolte im konservativen Lager.

Die Nichtstimmung in den Kreisen der konservativen Wählerschaft zieht, allen Ablehnungen zum Trotz, immer weitere Kreise. Der Abg. v. Heydebrand, der eigentliche Führer der Konservativen im Steuerkampf, hat am Sonntag in Mitteln in einer konservativen Wählerversammlung seinen Rechenschaftsbericht erstattet. Sowohl vom Kreisvorsitzenden des Bundes der Landwirte als auch von einem anderen konservativem Redner, dem Dr. Dimits, wurde der Abg. v. Heydebrand in der heftigsten Weise angegriffen. Namentlich hielt man ihm die Ablehnung der Erbschaftsteuer, den Sturz des Fürsten Sülow, und das Zusammengehen mit den Polen vor.

Von der preussischen Justiz.

Vor einiger Zeit schoß in Köln in früher Morgenstunde nach durchgehrter Nacht ein junger Lebemann seinem Aneignungsgehilfen, mit dem er wegen der Bezahlung einer Flasche Selt in Streit geraten war, eine Revolverkugel in den Leib. Kängere Zeit lag der Schwerverwundete im Hospital, wo man für sein Leben fürchtete. Nun ist er wieder hergestellt. Der Revolverkugle kam zunächst ins Gesäß, dann zur Beobachtung in die psychiatrische Abteilung der Kölner Krankenanstalt Lindenburg. Jetzt ist das Verlangen gegen den Schieler eingestellt worden, und zwar mit der Begründung, daß die Möglichkeit (!) nicht ausgeschlossen sei, daß der Angeklagte sich bei Begehung der Tat in einem Zustande befunden habe, der die freie Willensbestimmung ausschließt.

Man hat es also gar nicht zur Gerichtsverhandlung kommen lassen, sondern den jungen Lebemann unter Ausschluß der Öffentlichkeit durch einfachen Beschluß außer Verfolgung gesetzt. Dem Anscheine der Justiz hat man damit keinen Dienst geleistet. Denn in Köln kann man mancherlei Bemerkungen über das Glück hören, das dieser Sohn des reichen Lustschiff- und Gummivarenfabrikanten Konsul Clouth gehabt habe.

Zur Stichwahl im Wahlkreise Landau-Neustadt.

Die Wahlparole des Zentrums lautet, wie zu erwarten war, auf strikte Wahlenthaltung. Der Bund der Landwirte, der in diesem Falle anschlagesgebend ist, wird für den nationalliberalen Kandidaten stimmen.

Reichstagskandidatur.

An Stelle des verstorbenen nationalliberalen Abgeordneten Duard hat die nationalliberale Partei im Wahlkreise Koburg den Sohn des Verstorbenen, den Regierungsrat Duard als Kandidaten aufgestellt. Von unserer Seite kandidiert Genosse Pletsch-Charlottenburg. Auch die Freisinnigen werden wieder einen Kandidaten aufstellen, so daß in diesem seit langen Jahren heiß umstrittenen Wahlkreis sich wieder drei Parteien gegenüberstehen, die so ziemlich alle drei über die gleiche Stimmenzahl verfügen.

England.

Die Demonstration gegen den Zarenbesuch.

London, 26. Juli. (Fig. Ver.) Der Tag brach kühl und trübe an und gegen Mittag begann es zu regnen, so daß an dem Gelingen der Demonstration gezweifelt werden mußte. Allein die alte liberale Kultur des englischen Volkes, die humanitären Gefühle der Massen und die organisatorische Fähigkeit der Unabhängigen Arbeiterpartei und der sozialdemokratischen Partei siegte über die Ungunst des Londoner Wetters, und gegen 2 Uhr nachmittags begann sich der Trafalgar Square mit Menschenmassen zu füllen. Um 3.30 waren der Nord- und Ostquadrant dicht besetzt. Der Sockel der Nelson-Säule war ganz in Fahnen gehüllt, die charakteristische Inschriften enthielten. Besondere Aufmerksamkeit erregten zwei Fahnen mit folgenden Inschriften:

„Nieder mit Nikolaus dem Tyrannen!“

„Grüß an den Zaren aus der Hölle!“

Die Ansprachen der verschiedenen Redner waren scharf, demokratisch und revolutionär. Die Massen, unter denen die Russen zahlreich vertreten waren, bezeugten ihre Begeisterung und ihr Verständnis durch Zurufe und Handklopfen.

Vor Schluss der Versammlung wurde folgende Resolution verlesen und gegen eine Stimme angenommen:

„Dieses Massenmeeting sendet dem russischen Volke brüderliche Grüße und spricht die Hoffnung aus, daß eine konstitutionelle Regierung in Rußland bald eingeführt und der Freiheitskampf erfolgreich sein wird. Wir protestieren mit allem Nachdruck gegen den Entschluß des Königs und der Regierung, den Zaren im Namen des britischen Volkes zu empfangen. Wir erklären, daß die Anwesenheit des Zaren beleidigend und daß er dem britischen Volke ein ungeliebter und unwillkommener Gast ist.“

Die Demonstration nahm einen ruhigen und programmäßigen Verlauf.

Wie mir mitgeteilt wird, hat die Polizei ein Bündel „Justice“ konfisziert, da sie den Einzelverkauf des sozialdemokratischen Organs innerhalb des Squares während der Demonstration nicht dulden wollte.

Für Schutzoll und Weiträsten.

London, 27. Juli. In einer von der konservativen Vereinigung einberufenen stark besuchten Versammlung wurde eine Resolution angenommen, in der die Budgetvor schläge verworfen werden und ein Festhalten an der Tarifreform zum Ausdruck gebracht wird. Der Hauptredner war Vaucour, der erklärte, das widersinnig dürftige Schiffbauprogramm der Regierung während der letzten drei Jahre habe das Landes vitalste Interesse gefährdet. Eine mäßige Tarifreform sei, namentlich angesichts des jetzigen Budgets, notwendig.

Belgien.

Arbeiterfeindlichkeit.

Brüssel, 27. Juli. Der Senat hat heute beschlossen, daß der Nazimalarbeitsstag in Bergwerken, den die Kammer auf neun Stunden festgesetzt hatte, durch königlichen Erlass im Falle der Notwendigkeit um eine Stunde verlängert werden kann. Der Gesetzesentwurf muß nunmehr an die Kammer zurückgehen.

Rußland.

Ein Geheimzirkel über Harting.

Nachdem in den letzten Tagen immer häufiger die Nachricht kam, daß den Provinzialblättern von der Administration verboten wurde, an die Harting-Affäre irgendwelche Kommentare zu knüpfen, wird

jetzt mitgeteilt, daß Stolypin ein Rundschreiben erlassen hat, das den Behörden vorschreibt, jegliche Äußerung, die in Verbindung mit dieser Affäre gegen die Regierung gerichtet werden sollte, auf das strengste zu unterdrücken. Diese Nachricht zeigt deutlich, wie sehr sich die Regierung durch die Enthüllungen über das Treiben der Hochpfeiler-Gezellen im Auslande getroffen fühlt. Sie ist aber außerdem ein Beweis, daß die Regierung nun offen denselben Weg der Pressebelagerung beschreitet, der laut Befehl vollständig aufgehoben worden ist.

Dreibund oder Tripelentente.

Aus Petersburg wird uns geschrieben:

Aus Anlaß der Jarenreise findet in der russischen Presse eine Diskussion statt, die für die jetzige auswärtige Politik Rußlands sehr charakteristisch ist. Es handelt sich dabei um die Frage, ob sich Rußland dem Dreibunde anschließen soll oder dem Einvernehmen mit England und Frankreich treu bleiben soll.

Die konservative „Rosfotowkija Wiedomosti“, das Sprachrohr des junkerlichen Flügels in der Regierung schreibt aus Anlaß der letzten persischen Ereignisse, sie seien das beste Beispiel dessen, wie die russische Diplomatie von dem „perfiden Albion genasführt wird“. Der gestürzte Schah sei ein Freund Rußlands (sollte gewiß heißen, eine Puppe des Jarrismus) und Deutschlands, darum wäre er England verhaßt. Rußland, dessen Politik zu seinem Sturz beigetragen hätte, hätte der englischen Diplomatie in die Hand gearbeitet. Das Blatt versucht weiter zu beweisen, daß auch die Politik Rußlands in der Bagdadbahnfrage nur den Interessen Englands entsprochen habe. Rußland könnte nur gewinnen, wenn England durch die Bagdadbahn bedroht wäre. Statt dessen habe es dem Bau der Bahn Schwierigkeiten gemacht. Das Blatt verlangt am Schluss eine Rückkehr zur deutschfreundlichen Politik.

Gleichzeitig bringt Njenschkow, die Weiterfahne, die sich stets nach dem offiziellen Winde dreht, in der „Nomoje Wremja“ eine Artikelserie über die „politischen Sicherungen“, in denen er ausführt, der festere Anschluß an England fordere den Ausbau der Flotte, was jetzt für Rußland unmöglich sei und sichere es daher nicht vor den westlichen Nachbarn. Eine Annäherung an Deutschland würde zwar Küstungen zu Lande verlangen, aber es würde Rußland vor jeder Gefahr vom Westen schützen. Er verlangt keine jähe Abkehr von England, aber befürwortet einen langsamen jedoch festen Anschluß an Deutschland.

Gegen diese Ausführungen wendet sich das Organ der lapidarischen Oktobristenpartei, „Golos Rosow“, in einer Reihe von Aufsätzen über „das englisch-russische Bündnis“ von Boronzow, in denen ausgeführt wird, Deutschland suche gute Beziehungen mit Rußland, um gegen England freie Hand zu erhalten. Ein Anschluß aber an den Dreibund würde den Abfall der Südslawen von Rußland bedeuten, er würde zum Bruch mit Frankreich führen, während das Bündnis mit England die Stellung Rußlands in Europa und Asien verbessern kann.

In dieser Diskussion spiegelt sich der Kampf der beiden Richtungen in der russischen auswärtigen Politik wieder: Der junkerlichen, welche vor jedem kriegerischen Abenteuer zurückschreckt, weil sie weiß, es würde einen neuen Ausbruch der Revolution herbeiführen, und der bürgerlichen, die aus dem ökonomischen Niedergang, der durch den Sieg der Konterrevolution um Jahre festgelegt worden ist, durch einen Krieg herauskommen möchte, weil sie den Kampf gegen den Jarrismus, der nur revolutionär sein könnte, scheut.

Während das Bürgertum und die Junker die russische auswärtige Politik in eine bestimmte Richtung bringen möchten, balanciert die russische Regierung zwischen den beiden Richtungen und versucht als Parasit des deutsch-englischen Gegensatzes ihr tamponiertes Prestige auszufüttern, um irgendwelche Erfolge herauszuschlagen. Beweis: Die Jarenreisen und Persien. Es ist aber eine Frage, ob einerseits diese Politik Rußland schließlich nicht in eine Situation führen wird, in der das Mundstücken nicht mehr genügt, in der es speisen müssen wird, und ob andererseits die kleinen Erfolge ihm auf die Dauer aus der Tasche werden heraushelfen können.

Spanien.

Der Generalfreist.

Perpignan, 27. Juli. Aus Barcelona wird vom 26. Juli gemeldet: Der Zivilgouverneur, der die Verhängung des Belagerungszustandes nicht billigte, hat seine Entlassung genommen. In verschiedenen Stadtteilen fanden Zusammenstöße statt; mehrere Personen wurden durch Schüsse verwundet. Um 4 Uhr nachmittags wurden auf der Rambla Salven abgefeuert und zwei Straßenbahnwagen umgestürzt. Die Schienen der Eisenbahn wurden aufgerissen und fortgeschleppt. Man erwartet Verstärkungen der Truppen.

Barcelona, 27. Juli. (Melbung der „Agence Havas“.) Aus Anlaß der Proklamation des Generalfreist kam es hier zu Zusammenstößen, bei denen ein Gendarmehauptmann, drei Gendarmen und acht Manifestanten getötet wurden; die Zahl der Verwundeten beträgt etliche 20.

Keine Kriegsbegeisterung.

Cerbère (Ostpyrenäen), 27. Juli. Zahlreiche spanische Deserteure kommen hier über die Grenze.

Türkei.

Eine jungtürkische Proklamation.

Saloniki, 27. Juli. Das Komitee für Einheit und Fortschritt hat eine Proklamation veröffentlicht, worin alle Rationalitäten aufgefordert werden, sich der jungtürkischen Partei anzuschließen. Die ottomanische Nation bebauere die Ereignisse vom 18. April und die Vorgänge in Adana. Hieran sei aber noch das alte Regime schuld. Jetzt tage in allen Köpfen des Volkes die neue Ära, die im Zeichen der Prosperität und der Entwicklung stehe. Sie zu fördern bedürfe es anderer Maßnahmen und junger, vom Patriotismus getragener Kräfte.

Erste, kompetente Kreise beforgen, daß diese Proklamation nun doch einen Wechsel des Kabinetts zur Folge haben werde.

Zimmer wieder verlängert.

Konstantinopel, 27. Juli. Wie der „Courier d'Orient“ meldet, beschloß das Kriegsgesicht mit Zustimmung Scheiwet Paschas den Belagerungszustand in Konstantinopel bis März 1911 zu verlängern.

Eine ernste Meldung.

Das „Kontersche Bureau“ meldet aus Canea, der Hauptstadt Kretas: Die griechische Flotte ist auf der Festung und den Kasernen der kreischen Miltz gestrichen worden.

Diese Meldung kann nur belegen, daß die Kreter jetzt, nach dem die Schuttmächte ihre Kruppen zurückgezogen haben, ihre Unabhängigkeit von der Türkei proklamieren wollen. Die Flotte hat aber keinen Zweifel daran gelassen, daß sie die Unabhängigkeitserklärung mit kriegerischen Maßnahmen beantworten würde. Sollte sich diese Meldung aber bestätigen, so würde sich die Situation bald sehr ernst gestalten, und das alte, von der Diplomatie immer wieder verschleppte Problem der Vereinigung Kretas mit Griechenland würde schließlich doch seine blutige Lösung finden. Wahrscheinlicher ist es, daß es sich um ein falsches Gerücht handelt, und von Paris aus wird die Meldung auch bereits demontiert.

Persien.

Russische Persidie.

Rissn, 27. Juli. Der „Königlichen Zeitung“ wird aus Teheran gemeldet: Die Feinerzeit in Konstantinopel, werden hier die Führer der Reaktion vor das Kriegsgesicht gestellt.

Zwischen den Russen und der Regierung ist ein Konflikt ausgebrochen. Die russische Gesandtschaft hat die modernen Geschäfte der Brigade weggenommen, weil Rußland für deren Bezahlung haftbar sei und sie dem persischen Ministerium daher nicht unterstellt werden dürften. Die Rationalisten glauben, Rußland suche einen Konflikt, um die Räumung Persiens hinauszuziehen. Wenn die Truppen des Schah bei Sultanabad die Waffen nicht niederlegen, kann die Regierung sie nicht angreifen, da sie nicht stark genug ist, um Teheran von Truppen entblößen zu können angesichts der Gefahr neuer Unruhen.

Soziales.

Die neue Steinarbeiter-Berordnung.

Unter den nicht zu den Fabriken gehörigen Anlagen, für die der Bundesrat besondere Schutzvorschriften erlassen hat, befinden sich auch die Steinbrüche, Steinhöhlen und Steinmetzbetriebe. Die große Zahl der in diesen Betrieben vorkommenden Unfälle und Erkrankungen der Atmungsorgane veranlaßte den Bundesrat schon am 20. Mai 1902 zum Schutz der in ihnen beschäftigten Arbeiter am 1. Oktober 1902 in Kraft getretene Bestimmungen zu erlassen. Waren doch, wie Prof. Dr. Sommerfeld 1900 feststellte, von 100 geforderten Steinmetzen in Deutschland an Krankheiten der Atmungsorgane 87,5 Proz. und speziell an Lungentuberkulose 84,2 Proz. betroffen. Und von 1000 Hollarbeitern der Steinhauerberufsgenossenschaft waren verunglückt 11,9 bis 11,4, während im Durchschnitt aller Berufsgenossenschaften von 1000 Hollarbeitern nur 8,1 bis 8,2 verunglückt waren. Die 1902 erlassenen Schutzbestimmungen bestanden in einer Beschränkung der täglichen Arbeitszeit auf 10 Stunden und speziell für Sandsteinarbeiter auf 9 Stunden, in Vorschriften über die Beschaffenheit von Unterkunftsräumen, Beschaffung von gesundem Trinkwasser, ausreichenden Bedürfnisanstalten, Verbot der Beschäftigung von weiblichen und jugendlichen Arbeitern bei staubverursachenden und ihren Kräften nicht angemessenen Arbeiten.

Der Inhalt dieser Verordnung erwies sich aber in der Praxis nach verschiedenen Richtungen als ungenügend. Daher sah sich, wie mir unmittelbar nach Erlass der Verordnung mitteilten, der Bundesrat veranlaßt, an ihrer Stelle unter dem 31. Mai 1906 eine am 1. Juli 1906 in Kraft getretene neue Verordnung zu erlassen, die aber leider nur zum Teil die Mängel der Verordnung von 1902 beseitigt. So schreibt auch sie, wie jene Verordnung, die Errichtung von Heizbaren Schutzhütten und von Bedürfnisanstalten nur für solche Betriebe vor, in denen regelmäßig 5 oder mehr Arbeiter beschäftigt werden, während für die vielen Betriebe mit 4 und weniger Arbeitern es in dem Befinden der zuständigen Behörde gelassen wird, ob sie auch für diese Schutzhütten und Bedürfnisanstalten für notwendig hält. Dann gelten diese Bestimmungen sowie die Spezialbestimmungen für Sandsteinarbeiter gar nicht für solche Fälle, in welchen Steinhauer außerhalb der regelmäßigen Betriebsstätte z. B. auf Bauten vorübergehend beschäftigt werden, obwohl diese vorübergehende Beschäftigung sehr oft monatelang dauert und diese Arbeiter dann den schwersten Schädigungen ausgesetzt sein können. Ueberhaupt gelten nach wie vor für die über die Rohaufbereitung hinausgehende Verarbeitung von Werkstücken, wie die Steinräumer, die Steinschleifer und Polierer die Schutzbestimmungen nur, wenn diese Arbeiten im Steinbruch erfolgen, was jedoch meist nicht der Fall ist. Die neue Verordnung wiederholt größtenteils nur den Wortlaut der Bekanntmachung vom 20. März 1902. Im § 4 wird zweckmäßig ergänzt, daß Arbeitsstunden nicht nur für Steinhauer, sondern auch für Schwertschläger, Meißelschläger, Alarschläger, Pflastersteinhauer und Pflastersteinschläger errichtet werden müssen. Der Bestimmungen im § 9, daß Arbeiter beim Volieren oder weiteren Bearbeiten von Sandstein nicht länger als neun Stunden täglich beschäftigt werden dürfen, ist zweckmäßig der Zusatz beigefügt, „wenn sie auch nur während eines Teiles des Tages“ damit beschäftigt werden. Im § 10 ist die Bestimmung, daß Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter bei der Rohaufbereitung nicht beschäftigt werden dürfen, durch folgende Sätze näher präzisiert: „Als Rohaufbereitung von Steinen im Sinne dieser Bestimmung gilt auch die Herstellung von Gaussesteinen (Schotter, Alarschlag, Alarschlag, Meißelschlag) in solchen Betrieben, auch beim Verladen und Transport von Braum, Steinen und Abfall dürfen Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter nicht mehr beschäftigt werden.“

Diese Ergänzungen dürften geeignet sein, den Mächtigungsleistungen mancher Arbeitgeber, durch die Arbeiterinnen in übermäßiger Weise angestrengt werden, wieham einen Niesel vorzuschreiben. Aber wenn die Verordnung dann weiter zusetzt: „Die höhere Verwaltungsbehörde kann für ihren Bezirk oder Teile desselben gestatten, daß Arbeiterinnen über 18 Jahre mit der Herstellung von Gaussesteinen beschäftigt werden.“ Die Dauer der Beschäftigung im Steinbruch darf in diesem Falle sechs Stunden nicht übersteigen“, so mag das wohl auf dem grünen Tisch als eine zulässige Mäßmaßnahme nach beiden Seiten hin erscheinen, der Praktiker ist aber nicht damit einverstanden. So weist Gewerberat Czmatid in Breslau in seinem letzten Bericht ausdrücklich darauf hin, daß Frauenarbeit in manchen Betrieben wohl seit langem üblich ist, aber es ohne weiteres als anständig, ungeeignet und gefährlich erachtet werden muß, wenn die aufzunehmenden körperlichen Anstrengungen, die Unfallgefahren, die Einflüsse von Hitze usw. sowie die sittlichen Bedenken in Betracht gezogen würden. „Aus diesem Gesichtspunkte war, sagte er, unter anderem die Heranziehung der Frauen zur Herstellung von Meißelschlag in den Steinbrüchen zu beanstanden, namentlich soweit Schwangerschaft in Frage kommen, was gar nicht selten ist.“ Leider hat der Bundesrat diesen sehr beachtenswerten Standpunkt des Herrn Czmatid nicht geteilt.

Schließlich lautet noch ein weiterer neuer Satz des § 10: „Für jugendliche Arbeiter, wenn auch nur während eines Teiles des Tages zur Verarbeitung von feuchtem Sandstein verwendet werden, so dürfen sie nicht länger als 9 Stunden beschäftigt werden.“ Man darf hierbei nicht übersehen, daß Sandstein gerade bei der Verarbeitung der allergefährlichsten Stein seines Staubes wegen ist, und daß wenn ein Arbeitsstuck auch einmal bei Beginn der Arbeit angefeuchtet worden ist, es in feiner Luft in kurzer Zeit trocken kann und sich dann beim Bearbeiten nicht unbedeutende Mengen des feinen Staubes entwickeln können. Die wenn sie schon für ältere Arbeiter gefährlich sind, für jugendliche dies in erhöhtem Maße sein müssen. Es wäre also viel besser gewesen, diese Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern nicht zuzulassen.

Gewerkschaftliches.

Massnahmen gegen die Steuervirkungen im Tabakgewerbe.

Der Tabakarbeiterverband und der Verband der Zigarrenfortierer haben in einer gemeinschaftlichen Konferenz Stellung genommen zu der Frage, in welcher sich die Tabakarbeiter durch die neue Steuererhebung befinden. Bekanntlich ist im Reichstage eine Unterstutzung der Arbeiter, die durch die Erhöhung des Tabakzolles arbeitslos werden, beschlossen worden. Der Bundesrat hat die naheren Ausfuhrungsbestimmungen bereits in einem Entwurf ausgearbeitet, der in einigen Orten auch den Vertrauenspersonen der Arbeiter vorgelegt worden ist. Die Vorstunde der beiden Organisationen haben nimmere auch den Entwurf einer genauen Prufung unterzogen und haben daran manches gefunden, was einestheils den Arbeitern sehr zum Nachteil gereichen konnte, andererseits auch praktisch schwer oder gar nicht durchgefuhrt werden kann. Die beiden Organisationen weisen in einer gemeinsamen Publikation auf diese Mangel hin und ermahnen die Tabakarbeiter, in denjenigen Orten, in welchen die Arbeiter zur Begutachtung des Entwurfs noch nachtraglich herangezogen werden, sollen sie die von den Organisationsleitungen gemachten Vorschlage den Behorden empfehlen.

Ferner werden den Tabakarbeitern und Arbeiterinnen einige Verhaltensmassregeln gegeben. Bei infolge der Zollerhohung eingetretener Arbeitslosigkeit oder bei einer Arbeitszeitbeschränkung in der Hohe eines Viertels ihres bisherigen Arbeitsverdienstes sollen sie sofort Unterstutzungsanspruche geltend machen. Sie sollen sich vom Unternehmer eine Bescheinigung uber ihre Lohnneinbuhe ausstellen lassen und den Behorden einen entsprechenden Antrag einreichen. Werden sie mit ihren Unterstutzungsanspruchen von den Behorden abgewiesen, so wird ihnen empfohlen, uber die Grunde der Zuruckweisung eine schriftliche Begrundung zu verlangen und diese den Bevollmachtigten des Verbandes einzufenden, der sie dann an die Zentralvorstunde weitergeben muB. Die Vorstunde entscheiden dann, welche Mittel angewandt werden sollen, um die Arbeiter zu ihrem Rechte auf Unterstutzung zu verhelfen. Nach dem Entwurf sollen zur Feststellung der Unterstutzungen die Polizeibehorden in Anspruch genommen werden. Die Bevollmachtigten der Nachstellen werden aufgefordert, den Behorden schriftlich ihre Bereitwilligkeit zu erklaren, eine Kontrolle uber die Arbeitslosen in Verufe und am Orte auszuuben. Mit aller Entschiedenheit abgelehnt soll ein etwaiges Ansinnen von den Behorden werden, Arbeitslose zu Streikbrecherdiensten im Tabakarbeitergewerbe oder in anderen Gewerben zu bestimmen. Die Bevollmachtigten sollen dagegen sofort bei den Behorden sowie auch offentlich Protest erheben.

Gegen den Versuch einer Lohnherabsetzung sollen sich die Tabakarbeiter allerorten wehren und fur jeden Fall, daB sie zur Abwehr solcher Versuche zu Arbeitseinstellungen gezwungen werden und ihnen deshalb von den Behorden etwa die Unterstutzung verweigert wird, dies sofort zur offentlichen Kenntnis bringen. Die Vorstunde der Verbände werden sich wegen solcher Unterstutzungsverweigerung beschwerdefuhrend an die Regierung, den Reichstag und den Bundesrat wenden.

Zur Ueberwindung der eintretenden Krise wird empfohlen, bei den Fabrikanten dahin zu wirken, daB Arbeiterentlassungen nicht vorgenommen werden, dagegen dafur einzutreten, daB die bei einer Firma Beschäftigten umschichtig oder abwechselnd die Arbeit ausueben. Wo dies nicht durchfuhrbar ist, soll auf eine Beschränkung der Arbeitszeit hingewirkt werden.

Vollberechtigten Verbandsmitgliedern, deren Unterstutzungsanspruche von den Behorden ohne berechtigten Grund zuruckgewiesen werden, konnen von den Vorstunden Darlehen aus der Verbandskasse bewilligt werden, die von den Betroffenen sofort nach Anerkennung ihres Anspruchs durch die Behorden zuruckzahlen sind. Die Hohe der Darlehen bestimmt der Vorstand. Die Unterstutzung derjenigen Mitglieder, die keinen berechtigten Anspruch auf Unterstutzung durch die Behorden haben, regeln die Vorstunde nach den statutarischen Bestimmungen der Verbände. Diejenigen Mitglieder, die mit drei Vierteln ihres Arbeitsverdienstes seitens der Behorden unterstutzt werden oder deren Arbeitsverdienst sich nicht um mehr als ein Viertel vermindert hat, konnen in Verursachung der abnormen Verhältnisse keine Unterstutzung aus der Verbandskasse erhalten.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Geldschrankschlosser.

Am Dienstag fru h haben die in den Geldschrankfabriken beschäftigten Arbeiter einmütig die Arbeit niedergelegt. Die Streikenden fanden sich gestern vormittag vollzahlig in Franke's Festsaal, Badstrasse, zusammen. Otto Handke teilte mit, daB den Fabrikanten einzeln durch die Arbeiterausschüsse von der Arbeitseinstellung Mitteilung gemacht worden sei. Die Organisation der Unternehmer, den „Schutzverband“, habe die Streikleitung schriftlich in Kenntnis gesetzt. Die Zahl der Streikenden betragt etwa 500. Es kommen zunachst die folgenden Fabriken in Betracht: Arnheim, Panzer, Kade, Fuhrmann, Secht, Wittchen. Gestern (Dienstag) abend hatte der „Schutzverband“ bereits eine Versammlung. Das resolute Vorgehen der Arbeiter war den Fabrikanten doch wohl uberraschend gekommen. Die Arbeiter sind natu rlich immer noch zu Unterhandlungen bereit, wenn die Unternehmer annehmbare Zugeständnisse machen wollen.

Vertrauensmänner aus den einzelnen Fabriken erkliarten den Versammelten einen kurzen Bericht. Ueberall wurde der Streikbeschluss prompt durchgefuhrt. Handke gab den Streikenden eine Reihe von Instruktionen fur den beginnenden Kampf; ebenso meldeten sich Vertreter der Maler, Schmiede, Transportarbeiter und vom Gewerbeverein, um ihren Mitgliedern die notigen Anweisungen zu geben. Die Versammlung beschloB, daB der Tarifvertrag von einer Unterkommission und den Organisationsvertretern noch einmal durchberaten werden soll, um dann mit der Zustimmung der nachsten Versammlung den einzelnen Firmen vorgelegt zu werden. — Handke ermahnte die Streikenden noch, ihre Pflicht im Kampfe zu tun und dabei stets die Ruhe zu bewahren, alle Anspannungen vor den Fabrikatoren zu vermeiden, als Streikposten aber ihr Recht zu behaupten und sich von niemand einschuchtern zu lassen. Bei allen Versuchen der Fabrikanten, mit den Streikenden in Verbindung zu treten, haben diese stets der Streikleitung daruber zu berichten und sich auf keinerlei Sonderabmachungen einzulassen.

Achtung, Schlosser! Die Vertrauensmännerkonferenz findet heute abend 7 Uhr statt. Siehe heutige Versammlungsangeize. Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Töpfer!

Wegen Nichtbezahlung des Tarifs und Beschäftigung von Wilden verhängen wir hiermit über den Töpfermeister H. Jürgens, Weihensee, Wegstr. 36, die Sperre. Folgende Bauten kommen in Betracht: **Rehali, Wilhelm Dorsch, Lichtenberg.** Inserate veranlt.

Frage: Sachsendamm, am Bahnhof General-Pape-Strasse und Weihensee, Charlottenburger Strasse. Gleichzeitg geben wir bekannt, daB die am Freitag, den 30. Juli, stattfindende Generalversammlung nicht im Gewerkschaftshause, sondern bei Keller (Inhaber Freyer), Kopenstr. 29, stattfindet. Alles Nahere siehe heutige Annonce im „Vorwärts“.

Die Verbandsleitung.

Achtung, Zigarettenarbeiter! Die Sperre über die Zigarettenfabrik in Firma Mal-Rah-Kompagnie, Berlin, Keltower Strasse 29, ist hiermit aufgehoben. Der Kollege, desentwegen die anderen Kollegen die Arbeit niederlegten, will auf seine Wiedereinstellung verzichten, da ein gebeiliches Zusammenarbeiten ihm ausgeschlossen erscheint. Die Arbeitswilligen werden am Wochenende entlassen. Die Sache ist damit zu beiderseitiger Zufriedenheit erledigt. Die Kollegen treten die Arbeit am Mittwoch, den 28. Juli, morgens wieder an.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes. Jagistelle Berlin.

Achtung, Zieisenleger! Hiermit zur Kenntnis, daB die Differenzen bei Sternberg fruher Schaffer durch Vertragschluss erledigt sind. Auf Bau Rigdorfer Krankenhaus bestehen keinerlei Differenzen. Geschäftsstelle der Zieisenleger.

Achtung Schiffbauer von Dranienburg und Umgegend.

Der Verein der Ruzschiffbauwerkstätten Deutschlands erklart im „Dranienburger General-Anzeiger“ eine Bekanntmachung, nach der vom Montag, den 26. Juli ab auf sämtlichen Werften die Arbeit wieder aufgenommen werden soll. Das scheint lediglih zu dem Zweck geschehen zu sein, um Verwirrung unter den streikenden Schiffbauern hervorzurufen.

Wir geben hiermit bekannt, daB Verhandlungen, welche geeignet waren, den Streik zu schlichten, bisher nicht angebahnt sind. Wir ersuchen, Zugang nach sämtlichen Werften Dranienburgs und Umgegend vor wie nach streng fern zu halten. Alle Arbeiterzeitungen werden gebeten, diese Notiz weiter zu geben. Der Vorstand des Verbandes der Schiffszimmerer.

Deutsches Reich.

Achtung, Bau-, Kunst- und Beschrankschlosser!

Am 1. Juli d. J. war der Tarifvertrag sowohl fur die Kunst- und Beschrankschlosser als auch fur die Arbeiter in den Geldschrankfabriken abgelaufen. Wohl haben zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer mehrfach Verhandlungen stattgefunden, jedoch ist fur die Arbeiter keine annehmbare Resultat erzielt worden. Die Arbeitgeberkommission hatte einer Erhöhung der Minimallohntage zugestimmt; diese wurde jedoch von einer Versammlung der Arbeitgeber annulliert. Man machte der Kommission der Arbeitnehmer den Vorschlag, den im Jahre 1908 abgeschlossenen Tarif auf weitere drei Jahre, also bis 1912, zu verlangern. Dieser Vorschlag wurde von den Arbeitervertretern abgelehnt.

Die in den Geldschrankfabriken Berlin beschäftigten Arbeiter beschloBen nahezu einstimmig, die Arbeit einzustellen und erklarten den Streik.

Die beteiligten Organisationen appellieren an die in Betracht kommenden Arbeiter Deutschlands (Schlosser, Schmiede, Dreher, Radierer), jedes Arbeitsangebot nach Berlin abzulehnen und den Zugang von Berlin fernzuhalten. Das gilt auch fur die Arbeiter in der Bau- und Kunstschlosserei.

Die arbeiterfreundliche Presse wird um Abdruck ersucht.

Alle Arbeiterorganisationen werden um die weitestgung Verbreitung dieser Mitteilung ersucht.

Im Auftrage der beteiligten Organisationen:

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Berlin.

Die Pforzheimer Arbeiterschaft fand durch den amtlichen Terrorismus anlässlich des Maurerstreiks eine recht notwendige politische Anregung. Besonders die in der Metallarbeiterorganisation organisierte Bijouteriebranche bedurfte dieses Anreizes einer amtlichen gewaltmähigen Begünstigung der kapitalistischen Seite in dem heftig entwickelten wirtschaftlichen Streite. Ihre Gleichgultigkeit erklart sich zum Teil aus den auf die Arbeiterschaft verordneten verlogenen Einwendungen der Pforzheimer burgerlichen Presse. Eine Protestversammlung, welche am Freitag im „Adleraal“ zu Pforzheim tagte, wirkte reinigend und befestigend. Es drangten sich etwa 1500 Arbeiter in engen Reihen zusammen. Eine solche proletarische Kundgebung haben die Pforzheimer schon lange nicht mehr. Als Redner fungierten Gauleiter Horter, Abg. GeB, Hüttmann-Frankfurt und andere. Die Versammlung beschloB einstimmig, das gesammelte Material über die Streibewegung und die unerho rten Eingriffe der Polizei und Justiz in das Koalitionsrecht und die verfassungsgemaBen Freiheiten der künftigen Landtagsfraktion zur parlamentarischen Verwertung zu ubergeben. Mit einem alleseitigen Hoch auf die proletarische Solidarität in der modernen Arbeiterbewegung trennte man sich nach beinahe dreistundiger Dauer der Tagung.

Es ist beschamend fur den „liberalen“ Staat Baden, was hier an Tatsachlichem vorgebracht wurde, insbesondere hinsichtlich der tollen Massenverhaftung und der preukisch-russischen Klassenjustiz. Fur die Juristen interessant ist die Art, wie der Pforzheimer Amtsrichter die Horterauer der Untersuchungschaft über den ohne geschlichen Grund verhafteten Gauleiter und Landtagskandidaten Horter begründete. Der Richter erklarte, wie Horter mitteilte: „Da in letzter Zeit Ausschreitungen vorgekommen sind, muBten wir strenger vorgehen und erlasse ich den Haftbefehl gegen Sie.“ Der Verhaftete, der keiner Ausschreitung angeschuldigt war und die Ausschreitungen, die nur in der Presse gelogen waren! Das nennt man im deutschen Strafrecht Kollisionshaft auf Grund „altenmähiger Tatsachen“!

Die Einigungsverhandlungen im Pforzheimer Maurerstreik sind gescheitert, da die Bauunternehmer eine bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit verlangen.

Ausland.

Generalausperrung und Generalkstreik in Schweden.

Wie schon gestern telegraphisch gemeldet wurde, hat das schwedische Unternehmertum am selben Tage mit der seit langem geplanten Generalausperrung begonnen. Am den seit langerer Zeit ausgesperrten 13 000 Arbeitern verschiedener Verufe und Betriebe Lohnherabsetzungen aufzuzwingen, hat man zunachst einmal rund 40 000 andere Arbeiter zum Feiern und, wenn es nach dem Willen der Herren ginge, zum Hungern verdammt. Das ist aber nur der Anfang zur Verwirklichung des groBen Kriegsplanes. Am nachsten Montag sollen weitere 30 000 Arbeiter hinausgeworfen werden, und wenn dann die organisierte Arbeiterschaft noch immer nicht zu Kreuze kriecht, will man die Aussperrung auf die Zahl von 163 000 Arbeitern und Arbeiterinnen ausdehnen.

Die Landesorganisation der schwedischen Gewerkschaften hielt schon Anfang voriger Woche zu Stockholm eine allgemeine Konferenz der Verbandsvorstunde und des Landessekretariats ab, um über Gegenmassregeln gegen die sicher zu erwartende Generalaussperrung zu beraten. Auch die Vorstenden der norwegischen und der dänischen Gewerkschaftszentrale waren herbeigezogen, um an der Konferenz teilzunehmen. Die Beschlüsse, die gefasst wurden, sollten nicht eher bekannt gegeben werden, als die Aussperrung begonnen hatte. Nun weis man ja bereits, daB die Konferenz sich entschlossen hat, die schärfste Waffe, die die organisierte Arbeiterschaft kennt, den Generalkstreik, anzuwenden.

um den Uebermut des Unternehmertums zu la ndigen. Der Beschluss ist nicht im Ueberreifer gefasst, sondern die Frucht ruhiger und gründlicher Ueberlegung. Die schwedische Arbeiterschaft steht nun vor einem allgemeinen gewerkschaftlichen Kampfe, wie ihn von den skandinavischen Landern bisher nur Danemark und zwar in der Generalausperrung von 1899, durchgemacht hat. Aber die Zahl der ausgesperrten und streikenden Arbeiter Schwedens wird die der dänischen Aussperrten von vor 10 Jahren um das Drei- und Vierfache ubersteigen. Inzwischen ist ja die Zahl der organisierten Arbeiter in ganz Skandinavien wie in allen zivilisierten Landern außerordentlich stark gewachsen. Die internationalen Bande sind fester geknüpft. Die Gewerkschaftszentrale von Danemark, Norwegen, Finnland, wie das Internationale Gewerkschaftssekretariat zu Berlin, wurden von der Lage in Schweden rechtzeitig in Kenntnis gesetzt. Ueberall wird die Arbeiterschaft und ihre Organisation nach besten Kräften dafür sorgen, daB der Riesenkampf in Schweden ein gutes Ende nimmt. Der Gesamtverband der dänischen Gewerkschaften hat schon am Sonnabend beschlossen, eine allgemeine Sammlung zugunsten der kämpfenden Brüder in Schweden zu veranstalten, und weitere Massnahmen werden folgen.

Die staatsangestellten Vermittlungsbeamten, die mit den Konflikten, welche die Ursache des allgemeinen Kampfes bilden, zu tun hatten, legten am Sonnabend den Parteien ihre Vorschläge vor. Diese waren aber für die Arbeiter fast alle unannehmbar, weil sie unertrugliche Lohnherabsetzungen enthielten. Das zeigt sich unter anderem an den Einigungsversuchen für die Porzellankonfektion Engros, wo z. B. der Akkordpreis für einen Paletot in Stockholm um 90 Cere, in anderen Orten sogar um 1,15 und um 2,00 Kronen herabgesetzt werden sollte. — Da in allen von Konflikten berührten Industrien und Betrieben die Lohn- und Arbeitsverhältnisse verschlechtert werden sollten, hätte man eigentlich annehmen müssen, daB die Arbeitgeber die Vorschläge gutheissen würden. Aber auch sie lehnten sie mit wenigen Ausnahmen ab. Nur in einem einzigen Konflikt, ein Sägewerk betreffend, herrscht Uebereinstimmung zwischen den Parteien. In allen ubrigen Konflikten lehnten die Arbeiter ab, was die Unternehmer gutheissen wollten und umgekehrt. Das schwedische Unternehmertum will offenbar den allgemeinen Kampf, um die Macht der Arbeiterorganisation womöglich gänzlich lahmzulegen. DaB das nicht gelingen wird, daran ist nicht zu zweifeln. Aber der Kampf wird schwere Opfer kosten.

Telegraphisch wird noch gemeldet:

Stockholm, 26. Juli. Die Aussperrungen, von denen bisher 13 000 Arbeiter betroffen waren, haben heute weitere Ausdehnung angenommen. Zwei Holzschleifereien, die dem Papierfabrikverbande angehören, und Fabriken des Textilindustrie- und Sägeverksverbandes haben ihre Arbeiter ausgesperrt. Am 2. August wird diese Massregel auf den Eisenwerksverband ausgedehnt werden. Falls auch dieser Schritt erfolglos bleibt, werden weitere Aussperrungen nach den Bestimmungen des schwedischen Arbeitervereins erfolgen. Die Zahl der heute ausgesperrten Arbeiter betragt 40 000 bis 50 000.

Stockholm, 26. Juli. Das Landessekretariat der Bauvereine hat heute abend dem Arbeitgeberverein mitgeteilt, daB beschlossen worden ist, an die Mitglieder sämtlicher Landesorganisationen eine Proklamation zu senden, in der zur Arbeitsniederlegung im ganzen Lande am 4. August aufgefordert wird.

Die Lage im englischen Bergrevier.

Die in Glasgow abgehaltene Konferenz zwischen den Bergwerksbesitzern und den Führern der Bergarbeiter zur Herbeiführung eines Kompromisses, um den Ausbruch eines allgemeinen Ausstandes zu vermeiden, führte zu keiner Verständigung. Am Donnerstag soll eine neue Versammlung in London abgehalten werden. Nach im Laufe des Nachmittags von den Bergarbeitern in Nottinghamshire hier eingegangenen Nachrichten über die Frage des Generalkstreiks sind dort die Meinungen vorwiegend dafur.

Versammlungen.

Der Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter hatte am Sonntag nach Böckers Saal in der Weberstrasse eine öffentliche Versammlung der Rohrstuhlarbeiter einberufen. Es handelt sich um die Arbeiter, welche das durch Fährstühle hinaufbeforderte Baumaterial zu tragen haben. Die Versammlung diente der Agitation unter den Rohrstuhlarbeitern, in deren Reihen — wie der Referent Strüger und andere Redner sagten — eine große Gleichgultigkeit gegen die gewerkschaftlichen Pflichten eingegriffen ist. Die Folgen des behauerlichen Indifferentismus machen sich denn auch überall bemerkbar. Die Leistungen der Arbeiter sind ins Ungemessene gesteigert worden. Während das normale Gewicht für eine Traglast 140 Pfund betragen soll, werden Lasten bis zum Gewicht von 250 Pfund getragen. Auch die tarifmähige Arbeitszeit wird oft uberschritten. So haben sich die Verhältnisse der Rohrstuhlarbeiter gegenüber den fruheren Erzeugnissen erheblich verschlechtert, nicht ohne die Schuld der Arbeiter selbst, die in Vernachlässigung ihrer gewerkschaftlichen Pflichten zum groBen Teil den Widerstand gegen die schrankenlose Ausbeutung durch das Unternehmertum ausgehen haben. Es ergeht deshalb der Appell an die Kollegen, mitzubekommen in der Agitation gegen den Indifferentismus und die Arbeiterschaft in den Stand zu setzen, daB sie ihre gegenwärtige Lage, welche eine Existenz auf die Dauer unmöglich macht, verbessern könne. — Eine in diesem Sinne gefasste Resolution wurde angenommen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ein Mord- und Selbstmordversuch.

Frankfurt a. M., 27. Juli. (B. S.) Die 35 Jahre alte Frau Hartz, Einhorngasse 10 wohnhaft, warf heute morgen gegen 11 Uhr ihre drei Kinder vom eisernen Steg in den Rhein und stürzte sich dann selbst ins Wasser. Alle vier wurden durch herbeieilende Schiffer gerettet.

Ins Meer gestürzt.

Dover, 27. Juli. Der Abiattler Lotham, der um 5 Uhr 7 Minuten in Sangatte zu einem neuen Flug über den Kanal aufgestiegen und um 6 Uhr 15 Minuten in Dover gelandet worden ist, ist zwei Seemeilen von Dover ins Meer gefallen und von einem ihm folgenden Torpedoboot aufgefischt worden.

Blutiges Gefecht.

Saigon, 27. Juli. Die Franzosen hatten in der Nacht vom 26. auf den 27. d. M. einen Zusammenstoß mit einer Eingeborenenbande. Ein Hauptmann und 10 Soldaten fielen, 20 wurden verwundet. Die Eingeborenen hatten 40 Tote.

Straßenkampf.

New York, 27. Juli. Wie aus Mexiko berichtet wird, getreten in der Stadt Guadalupe die Anhänger des Präsidenten Diaz und seine Gegner, die den General Reyes zum Präsidenten vorschlugen, in einen Straßenkampf, sodas Militär aufgeboden werden mußte. Zwei Personen, darunter ein Amerikaner, wurden getötet, viele verletzt, 200 Verhaftungen wurden vorgenommen. Verschiedene Gebäude sind demoliert worden. Reyes lehnte ubrigens die Kandidatur ab und erklarte, sich nur um die Vizepräsidentschaft bewerben zu wollen.

Doppelte Moral.

Am Dienstag, abends 7 Uhr, verhandelte der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Lindner im Prozeß Ganter folgendes Urteil:

Der Angeklagte Peter Ganter wird wegen eines Verbrechens der Privaturskundenfälschung in rechtlichem Zusammenhang mit Betrug zu einem Jahr Gefängnis unter Anrechnung von 7 Monaten auf die verbüßte Unterhüftungsstrafe verurteilt. Wegen Vergehens gegen das Postgesetz wird Ganter zu einer Geldstrafe von 3184,80 M., im Nichterfüllungsfall zu sechs Wochen Haft verurteilt. Der Angeklagte Kurt Hamburg wird wegen Beihilfe zu einem Verbrechen der Privaturskundenfälschung mit vierzehn Tagen Gefängnis bestraft. Beide Angeklagten werden zur Tragung der Kosten verurteilt. Der gegen Peter Ganter erlassene Haftbefehl wird aufgehoben. Die im Gewahrsam des Gerichts befindlichen Exemplare des Buches „Doppelte Moral“ werden dem Angeklagten Ganter ausgehändigt. Die beschlagnahmten Briefkarten werden der Staatsanwaltschaft zur weiteren Verfügung überliefert.

Das Gericht hat nicht angenommen, daß der Angeklagte Peter Ganter die Absicht gehabt hat, gegen das Postgesetz zu verstoßen. Es ist aber auch der formelle Verstoß zur Beurteilung genügend. Es war der vierfache Betrag der hinterzogenen Postsendungen als Strafe zu bemessen.

Ganter hat gegen das Urteil bereits Revision eingelegt.

Aus der Partei.

„Sozialdemokratische Hofsänger“.

Die bürgerliche Presse hat wieder einmal das Schweinegeld, sich über sozialdemokratische Hofsänger mokieren zu können. Sie meldet mit hochförmlichem Behagen, daß letzter Tage 7 sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Württembergs bei einem parlamentarischen Besuche der Juppel-Werke in Friedrichshafen auch der Einladung des Königs von Württemberg zu einem Gartenfrühstück gefolgt sind, wofür sie dann zum Teil der „Auszeichnung“ eines königlichen Händedrucks und einer kultivierten Ansprache gewürdigt wurden. Auch sollen unsere Genossen sich bei dem Hoch auf König Wilhelm II. von den Eigen erhoben haben.

Da wir leider bis jetzt in dem in Frage kommenden Parteiorgan, der „Schwäbischen Tagwacht“, keine authentische Darstellung und Erklärung des besprechenden Vorganges zu entdecken vermochten, sind wir genötigt, auf die einzige Erwähnung zurückzugreifen, die das seltsame Vorkommnis bis jetzt in dem württembergischen Hauptorgan der Partei gefunden hat. Wir lesen da in der letzten Sonnabendnummer:

Königshoch und Sozialdemokratie.

Mit dem dringenden Wunsch um Veröffentlichung in der heutigen Nummer geht uns die folgende von den Leitern der Organisationen Göttingen unterzeichnete Zuschrift zu:

Göttingen, 23. Juli. Durch die Wälder geht die Kunde, daß die Mitglieder der beiden Ständekammern am gestrigen Tage einen Ausflug in den Bodensee unternahmen, an dem auch sieben Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion teilnahmen. Wenn schon darüber diskutiert werden kann, ob es überhaupt angängig ist, daß sozialdemokratische Abgeordnete mit Führern bürgerlicher Parteien, als den Vertretern des heutigen Klassenstaates, unter dem das gesamte Proletariat zu leiden hat, Ausflüge unternehmen, so muß doch ganz entschieden dagegen protestiert werden, daß sich sozialdemokratische Abgeordnete zum König in dessen Garten begeben, in dem sie doch sicherlich nichts zu suchen haben. Nun soll sich ja der König auch mit sozialdemokratischen Gästen unterhalten haben. Sprach er wohl über die Not der Massen, die noch gesteigert werden wird, wenn erst die neuen Steuern in Kraft treten? Doch sicher nicht! Die Monarchie ruht auf den Schultern der heutigen Gesellschaftsordnung und muß und wird fallen mit dieser. Daß sich aber Sozialdemokraten, die die heutige Gesellschaftsordnung und mit ihr die Monarchie bekämpfen, dazu herbeilassen können, sich bei einem von einem Minister ausgebrachten Hoch auf den König von den Eigen zu erheben, ist einfach undegreiflich. Man hat es nur getan, um den Anstand nicht zu verletzen, wird man vielleicht einwenden. Wir aber sagen: Weichen Sie von solchen Ausflügen weg, dann kommen Sie nicht in die Verlegenheit, Dinge mitzumachen, die mit den

Prinzipien der Sozialdemokratie nicht in Vereinbarung zu bringen sind.

Die Zuschrift schießt übers Ziel. Die sozialdemokratischen Abgeordneten können sich dem gesellschaftlichen Verkehr mit den Mitgliedern anderer Parteien nicht enthalten. Täten sie es, so würden sie der Sache, die sie zu vertreten haben, keinen guten Dienst leisten. Nur die Frage kann aufgeworfen werden, welche Grenzen sozialdemokratische Abgeordnete in diesem Verkehr einzuhalten haben. Wenn die Parteigenossen, die an dem vorgezogenen Ausflug teilnahmen, diese Grenzen weitergeleitet haben, als das seither in der Partei üblich war, so werden sie dafür ihre Gründe haben. Die sie der parteigenösslichen Kritik gegenüber natürlich vertreten werden.

Wir finden die Kritik der Göttinger Organisationsleiter ebenso berechtigt und selbstverständlich, wie die redaktionelle Anmerkung der „Schwäb. Tagwacht“ teils unzutreffend, teils nichtssagend.

Es wäre wirklich angemessen, daß die in Frage kommenden Landtagsabgeordneten nachgerade den guten Willen bewiesen, den verbliebenen Parteigenossen in Württemberg und dem Reich die Motive ihres Verhaltens wenigstens psychologisch begrifflich zu machen!

Die Kreisversammlung des Rotbundes-Spremlinger Reichstagswahlkreises tagte am 25. Juli in Spremling. Aus dem Bericht des Vorsitzenden geht hervor, daß die Zahl der Ortsvereine von 15 auf 20 gestiegen ist, die Mitgliederzahl von 1870 auf 1788, trotzdem die Kritik auch hier schwer auf der Bevölkerung lastet. Die Kreisliste zeigte eine Einnahme von 5346,13 M. und eine Ausgabe von 4412,49 M. Der Gesamtlistenbestand beträgt 1784,86 M. Vom Spremlinger Delegierten wurde besonders hervorgehoben, daß die Polizei ein großes Interesse für die Jugendorganisation an den Tag lege. Sie hat bei denjenigen Arbeitgebern, welche Lehrlinge beschäftigen, Erkundigungen eingelegt, ob dieselben der Jugendorganisation angehören.

Zum Entwurf des Organisationsstatuts wurde der Antrag gestellt, den § 5 dahin zu ändern, daß die freie Vierung der „Gleichheit“ gestrichelt werde. Als Delegierter zum Parteitag wurde Genosse Schadow-Rottbus gewählt und zur Provinzialkonferenz die Genossen Goldmann-Rottbus, Krüger-Spremling und Uts-Ströblich bestimmt. Der bisherige Kreisvorstand wurde einstimmig wiedergewählt.

Aus Industrie und Handel.

Die Krise.

Anscheinend werden jetzt von der Krise besonders stark die fiskalischen Kohlengruben betroffen. Die Verwaltung hat sich nach der „R. W. Ztg.“ veranlaßt gesehen, für sämtliche Gruben Feuerschichten anzuordnen. Natürlich kommt auch in den Abhängen der Gruben der wirtschaftliche Rückschlag zur Geltung. Der Bruttoüberschuß der Hibernia, der für das erste Halbjahr 1907 rund 7 1/2 Millionen Mark, für 1908 rund 7 Millionen Mark betrug, ist für 1909 auf 5 108 924 M. zurückgegangen.

Der Betriebsüberblick der Harpener Bergbau-Aktiengesellschaft betrug im zweiten Quartal 1909 3 790 000 Mark gegen 3 840 000 Mark im Vorquartal und 4 486 000 Mark im zweiten Quartal 1908.

Die kleinen Bierflaschen. Mit Bezugnahme auf unsere Notiz in Nr. 162 des „Vorwärts“ über Biervertheuerung, erklärt uns die Verwaltung der Schultzei-Bräuerei, daß sie ihre Flaschenbier nur in einer Sorte Flaschen zum Verkauf bringe und zwar in der von allen dem Verein der Brauereien Berlins und Umgegend angehörigen Brauereibetrieben geführten sogenannten Einheitsflaschen, deren Inhaltsmenge weder in letzterer Zeit geändert worden sind, noch infolge der Brauervertheuerung eine Aenderung erfahren werden. Durch diese Erklärung wird unsere Mitteilung nicht tangiert, denn tatsächlich ist uns die mit der Schultzei-Bräuerei etikettierte kleine Flasche zugestellt worden und haben wir vor mehreren Tagen das kleinere Raummaß festgestellt. Ob die Flasche nur aus Versehen benutzt worden ist, können wir natürlich nicht wissen. Im Interesse der Sache wäre es angebracht, wenn die Brauerei Aufklärung darüber geben könnte und würde.

England als Gläubiger der Welt.

In der Generalversammlung einer großen Londoner Bank machte dieser Tage der Vorsitzende Mitteilungen über den Gesamtbetrag der

fremden Anleihen, die im Laufe des ersten Halbjahrs 1909 auf dem Londoner Geldmarkt begeben worden sind. Nach seiner Angabe haben in diesem kurzen Zeitraum die britischen Kolonien über 500 Millionen Mark, fremde Regierungen nahezu 880 Millionen Mark, koloniale und auswärtige Gesellschaften 290 Millionen, ausländische Eisenbahnen 840 Millionen, englische Kolonialbahnen 140 Millionen Mark aufgenommen. Das sind in Summa mehr als 1 1/2 Milliarden Mark, die im Laufe eines einzigen Halbjahrs aus England in alle Teile der Welt geflossen sind. Danach scheint es fast beiseiten gerechnet, wenn der englische Statistiker George Paish annimmt, daß England im Laufe der letzten 60 Jahre 58 Milliarden Mark im Ausland und in seinen Kolonien angelegt hat und daß es von den ausländischen Anleihen aller Art jährlich 540 Millionen Mark Zinsen bezieht. Von diesen Zinsannahmen sollen allein 100 Millionen Mark aus Indien, 250 Millionen Mark aus den übrigen britischen Kolonien und 160 Millionen aus fremden Staatsanleihen fließen. Die Einnahmen aus ausländischen Aktienunternehmungen werden auf 1100 Millionen Mark berechnet, wovon fast die Hälfte — 520 Millionen — auf Bergwerksunternehmungen entfällt.

Vom Petroleumkrieg. Jetzt kommen Meldungen aus England, daß dort der Krieg um das Monopol auf dem Petroleummarkt erneut entbrannt sei. Die englische Tochtergesellschaft des Oil-Trusts — die Anglo-American-Oil-Company — arbeitet bislang auf Grund einer stillschweigenden Uebereinkunft mit der Homelight Oil Company und der British Petroleum Company. Diese Abmachung scheint am letzten Juni ihr Ende gefunden zu haben. Seitdem geht der Oil-Trust ebenso vor, wie er es in Deutschland macht; er bietet Kontrakte an, welche die Händler verpflichten, nur von ihm Petroleum zu kaufen und dafür den „üblichen Tagespreis“ bis zu einer gewissen Höchstgrenze zu leisten. Als Gegenleistung sind Rabatte zugesichert. Für das geringste Quantum Petroleum, welches von anderer Seite als der amerikanischen gekauft wird, ist an die Standardleute eine Strafe in bar zu zahlen. Bis jetzt ist die unmittelbare Wirkung des begonnenen Petroleumkrieges die eines starken Weichens der Preise. Der Engrospreis für Petroleum ist jetzt um 20 Proz. heruntergegangen.

Aus der Frauenbewegung.

Arbeiterinnen wahret Eure Rechte!

Die Bestimmungen der Gewerbeordnung betreffend den Schutz der Arbeiterinnen werden seitens der Unternehmer häufig nicht beachtet. Den revidierenden Beamten der Gewerbeinspektion ist es oftmals nicht möglich, solche Verstöße festzustellen. Die Inspektionen werden aus Mangel an einer genügenden Zahl von Beamten nur sehr selten ausgeführt, und außerdem sind die Uebertretungen gegen die betreffenden Vorschriften oft beartigtiger Natur, daß sie bei einer Inspektion nicht wahrgenommen werden können. Der Gelegenheit hatte, als Arbeiter oder Arbeiterin eines revidierungsplichtigen Betriebes den Besuch von Gewerbeaufsichtsbeamten zu beobachten, weiß ferner, wie bei Bekanntwerden des Kommens der Gewerbeinspektion nach Möglichkeit vorübergehend Ordnung geschaffen wird. Weil der Beamte meist in Begleitung des Geschäftsleiters oder sonst einer aufsichtsführenden Person des Betriebes die Räume besichtigt, so vertrauen sich die Arbeiterinnen in den meisten Fällen nicht, den Beamten auf Missstände aufmerksam zu machen oder selbst da, wo sie gefragt werden, der Wahrheit entsprechend Mißstände darzulegen, aus Furcht vor der Entlassung.

Diese Furcht geht so weit, daß die Arbeiterinnen ihre Beschwerden auch nicht in den Sprechstunden melden, welche die Beamten der Gewerbeaufsicht in verschiedenen Städten eingerichtet haben. Wo Beschwerden von Arbeiterinnen der Gewerbeaufsicht übermittelt werden, geschieht es vielfach anonym.

Ein Umstand spielt neben der Furcht vor der Entlassung hierbei noch eine Rolle und nicht zu unterschätzender Bedeutung. Es handelt sich in vielen Fällen bei den Beschwerden um Dinge, über die eine Arbeiterin nicht gern und vor allen Dingen nicht zu Männern spricht. Die Beseitigung von Mißständen dieser Art ist aber schon aus Gründen der Sittlichkeit dringend erwünscht.

Um alle Schranken aus dem Wege zu räumen, die der Beseitigung von Mißständen in den Betrieben durch direktes Eingreifen der Gewerbeinspektion entgegenstehen, werden für die in Berlin und Umgegend wohnenden und beschäftigten Arbeiterinnen an folgenden Orten Sprechstunden abgehalten, in denen den

nahezu eine Stunde vor dem überfüllten Postschalter warten zu müssen. Die unzeitige Ruhe ließ in dem Ingenieur die Frage aufstehen, ob solche Erfahrungen der Menschheit nicht durch einen Automaten erspart werden könnten. Nach langjährigem Studium ist dieser Apparat jetzt vollendet. Man wirft in eine Öffnung ein Nickelstück von 25 Centimes und in eine zweite Öffnung den frankierten Einschreibebrief; dann dreht man eine Turbinel und erhält aus dem Automaten eine numerierte Mitteilung. Der Brief wird automatisch gestempelt und mit einer Einschreibenummer versehen, die auch aus der Mitteilung ersichtlich wird. Durch eine sinnreiche Vorrichtung wird jeder Mißbrauch des Automaten verhindert, der durch Einwurf falscher Geldstücke entstehen könnte. Im Apparat befindet sich ein Magnet. Der Magnet zieht beständig das Eisen stärker an als Nickel. Bei Einwurf eines Nickelstückes verlangsamt der Magnet nur den Fall der Münze, wenn dagegen Eisenstücke eingeworfen werden, ist die Anziehungskraft größer, die Münze wird durch den Magnet in eine besondere Öffnung geleitet, die dann die Münze mit dem Briefe wieder auswirft.

Humor und Satire.

Bündholzsteuer.

Im Café. Ober! Zahlen! — Sehr wohl — der Herr haben eine Schale Melange, macht dreißig Pfennig, zwei Kuchen à fünfzehn, macht sechzig und sieben Streichhölzer à... — Doch, daran hab ich nicht gedacht! Da muß ich noch einmal nach Hause gehen und mit einem Hundertmarkstück holen! Bei der Solree: Morig, schließ den Kassenstempel auf und nimm ein Bündholz heraus — die Herren wollen rauchen! Der Konfirmand. Na, Otto, was wünschst Du Dir denn als Konfirmationsgeschenk? Ein Fahrrad, ein Paar Hohlhölzer oder eine goldene Uhr? — Ach, Onkelchen, ich möchte so gerne mal 'ne eigne Schachtel Streichhölzer haben. — Rec, Kind, — da hättest Du 'n Millionär zum Anteil ausfragen müssen!

Hilfe. Der Reichshofsekretär: Sie wünschen? — Der Besucher: Ich bringe Ihnen Geld. — Hofsekretär: O, geben Sie her, das kann ich gerade gebrauchen. — Der Besucher: Es ist aber eine kleine Bedingung dabei. Ich bin nämlich Vorrieditordirektor. Und da gebe ich Ihnen tausend Mark pro Abend, wenn Sie sich bei mir hinstellen und bloß „Unannehmbar“ sagen. Da windet sich das Publikum vor Laßtrampfen! (Lustige Blätter.)

Notizen.

Otto Reiniger, einer der Entdecker unserer heimischen Landschaft, ist mit 46 Jahren gestorben. Er war geborener Württemberger und nach den Lehrjahren in München wieder in Stuttgart tätig. Er ist auch in der Berliner Nationalgalerie vertreten.

Wilhelm Rittowitsch, der Begründer der Röllischen Volksschule, ist in Ueberfeld gestorben. Er hat das Kölner Puppen-

theater mit seinen bekannten stehenden Figuren, dem Vestebader, Lünnes und Hämmeche, in ein richtiges Theater mit lebenden Schauspielern umgewandelt und damit früher auch außerhalb Kölns Gastspiele gegeben. Glücklicherweise hat sich das alte Puppentheater daneben aber doch erhalten und bedarf nur einer frischen, vollständigen Restauration, um wieder belebt zu werden.

Musikchronik. Karl Durrion beginnt sein Gastspiel in der Gura-Oper am Mittwoch als Tristan. Frau Bessler-Burkard singt die Isolde. — In der Morwig-Oper verabschiedet sich am Sonnabend August Volkmann im „Troubadour“. Sonntagabend wird in neuer Einstudierung „Fra Diavolo“ gegeben. — Das Theater des Festens ist renoviert worden und wird am Sonntag wieder eröffnet mit Paull neuinstudierter Operette „Der liebe Bauer“.

Ein Heine-Porträt, das den Dichter auf einem lebensgroßen Selbstbildnis darstellt, soll in Paris entdeckt sein.

Er flog und — bekam ein Denkmal. Blöktel, der große Blöktel, ist der Mann des Tages. Als erstes hatte er den Kanal mit einer Luftmaschine (im Freiballon sind ihm schon verschiedene vorgekommen), und zwar einem Eindecker von sehr geringen Dimensionen und nur 25 Pferdekraften, überflogen. Wenn seine Angaben genau sind, hat er 23 Minuten gebraucht. Das würde die Stunde berechnen eine Geschwindigkeit von etwa 80 Kilometern geben. Inmühen wird er wohl eine Stundenleistung von 60-70 Kilometern erzielt haben. Jedenfalls ist zu schiff noch niemand so schnell über den Kanal gekommen. Mit den maßlosen Uebertreibungen, die den Sensationsbedürfnissen der kapitalistischen Degeneration entsprechen, wird Blöktel gefeiert. Zunächst hat er einen Scheck auf 20 000 M. bekommen, den Preis, den die „Daily Mail“ ausgelegt hatte. Außerdem ist er zum Ritter der Ehrenlegion ernannt, fünfzehn seiner Flugapparate sind das Stück zu 9000 M. bereits verkauft; der französische Kultusminister gab ein Gemälde in Auftrag, das seine Landung verewigen soll, und am Landungsplatze selbst soll ein Denkmal errichtet werden. Wenn da die jetzigen und künftigen Mitglieder der Siegesallee nicht neidisch werden.

Der Haarmarkt. Kürzlich fand in Nimoges in Frankreich der diesjährige Haarmarkt statt, der einen noch härteren Verlauf nahm als im Vorjahre. Die Frauen, die bereit sind, ihre Haare zu Markte zu tragen, werden immer seltener. Noch vor wenigen Jahren kostete ein Kilogramm früher Mädchenhaare 50 Fr.; aber im letzten Jahrzehnt sind die Preise auf 120 und 150 Fr. pro Kilogramm gestiegen. In diesem Jahre wollten die französischen Hauxerinnen selbst für diesen Preis ihre Haare nicht hergeben. Raum 500 Kilogramm Haare wurden in diesem Jahre in Nimoges umgefegt, während noch 1880 der Umsatz 1400 Kilogramm betrug und im Jahre 1840 in Nimoges 2500 Kilogramm weibliche Haare gekauft wurden. Soweit die Haare heutzutage nicht von Verstorbenen genommen werden, kommen sie meistens aus dem Inneren Rußlands und Nord- und Südamerikas.

Kleines feuilleton.

Von „unästhetischen“ Büchern. Ludwig Ganghofer kommt in seinem „Lebenslauf eines Optimisten“, diesen prächtigen Erinnerungen aus der Kindheit, und Jugendzeit, die in den „Süd-deutschen Monatsheften“ erscheinen, auch auf das Thema Jugendliteratur und Verwandtes zu sprechen. Er sagt so:

„Ein Buch, das künstlerischen Wert hat — mag es enthalten, was es will — wird niemals eine Gefahr für die Reinheit der Jugend sein. Und echte Kunst, auch wenn sie nackt ist, wird stets erzieherisch auf die Seele eines Kindes wirken, nie verderblich. Da will ich auch ein lehrreiches Exempel erzählen. Auf meinem Schreibtische steht ein patentierter Nachguss der pompejanischen Nargis. Und eines Tages guckte mein vierjähriges Entelkinderchen diese von Reiz umwobene Statuette mit ernstlichen Augen an und fragte: „Gropopapa? Wer ist denn das?“ Was soll man antworten? Ich sagte: „Das ist ein braver junger Mann!“ Und das Kind, mit großen Augen, sah im Zimmer umher. Da standen auf den Bücherstapeln die liebe Frau von Riso, der Antonius, die medizinische Venus, der herberische Faun. Und das Mädchen — in seinem kindlichen Sprachklang, den ich nicht nachzubilden versuche — sagte langsam: „Das sind auch brave junge Männer! Die sind nacl. Die müssen sich aber nicht schämen. Weil sie so schön sind!“ Ist das nicht ein Kinderwort, von dem die Pädagogen lernen sollten? Und die Kunstschöpfer? Und die Sittlichkeitschmüßler in ihrer Häßlichkeit, die sich bedecken muß?

Damit will ich durchaus nicht predigen, daß man schon den Hund, oder Dreizehnjährigen alle Werke der klassischen Literatur in die Hände geben soll. Ich will nur sagen, daß man einen Jungen, der verfrüht zur Lektüre eines wertvollen Buches kommt, bestmöglich nicht zu strafen braucht. Es genügt, ihm zu sagen: Das verstehst du noch nicht! Und einem jungen Kopfe, der sich früh entwickelt und vorzeitig nach wertvoller geistiger Nahrung verlangt, sollte man mit kluger Wahl der Lektüre entgegenkommen, statt ihn als verdorrenes Geschöpf zu betrachten. Und vor allem sollte man sich hüten, einem Jungen beibringen zu wollen, daß er — weil er bei einem Buche über den geistigen Horizont seines Alters hinausgriff — etwas „Unästhetisches“ gelesen hätte. Das ist gefährlich, nicht das Buch, das der Junge las. Von allen Erziehungsmethoden ist jene die bedenklichste, die dem Kinde den Begriff des Sittlichen dadurch beizubringen versucht, daß sie ihm definiert, was unästhetisch ist. Das Feigenblatt erzieht nicht zum Schamgefühl, sondern nur zum Wunsch, daß man druntergucken möchte.

Automatischer Schalterdienst im Postbetriebe. In einem Pariser Postamt wird jetzt ein sinnreicher Automat erprobt, der bestimmt ist, die Aufgabe von Einschreibebriefen zu vereinfachen und das lästige Warten vor dem Schalter überflüssig zu machen. Es handelt sich um die Erfindung eines ungarischen Ingenieurs Bodor, den vor einigen Jahren das Schicksal traf, wegen Aufgabe eines Einschreibebriefes

Arbeiterinnen Gelegenheit gegeben ist, ihre Beschwerden einer weiblichen Person vorzutragen zu können. Die Beschwerdeführerinnen laufen hierbei keine Gefahr, entlassen werden zu können, da ihre Namen streng geheim bleiben.

Hier die Adressen:
Arbeiterinnen-Sekretariat der Generalkommission der Gewerkschaften: Engelauer 15, IV. Sprechstunden täglich von 9 bis 5 Uhr; Donnerstags bis 8 Uhr.

Bureau der sozialdemokratischen Frauen: Lindenstraße 3, Hof IV. Sprechstunden täglich von 9 bis 1 und 4 bis 7 Uhr; Donnerstags bis 8 Uhr.

Bureau des Textilarbeiterverbandes: Andrastraße 61. Sprechstunden täglich von 9 bis 5 Uhr; Montags bis 8 Uhr.

Verbandsbureau der Buch- und Steinbruckerhilfsarbeiter: Obinger Straße 19, III. Sprechstunden täglich von 9 bis 5 Uhr.

Bureau der Ortsverwaltung Berlin desselben Verbandes: Alte Jakobstraße 5, Hof II. Sprechstunden Dienstags von 5 bis 7 Uhr.

In der Hauptsache kommen für Arbeiterinnen folgende Bestimmungen in Frage:

Die Beschäftigungsdauer für über 16 Jahre alte Arbeiterinnen darf die Zeit von 11 Stunden täglich und an den Sonnabenden und Vorabenden von Festtagen von 10 Stunden nicht übersteigen. Sie darf nicht vor 5 1/2 Uhr morgens beginnen und muß um 8 1/2 Uhr abends (an Vorabenden von Festtagen und an Sonnabenden um 5 1/2 Uhr) beendet sein. (§ 137.) Arbeiterinnen unter 16 Jahren dürfen nicht länger als 10 Stunden täglich beschäftigt werden. Es ist ihnen außer einer einstündigen Mittagspause je eine halbstündige Frühstück- und Vesperpause zu gewähren. (§§ 135 und 136.)

Während der Dauer bis zu 40 Tagen im Jahre können auf besonderen Antrag des Unternehmers bei der vorgezeichneten Behörde Arbeiterinnen länger als 11 Stunden täglich beschäftigt werden. (§ 138a.)

Die gesetzliche Kündigungsfrist ist eine 14tägige. Sie kann durch besondere Abmachungen verkürzt oder gänzlich ausgeschaltet werden. Die Bestimmungen müssen aber für Arbeitgeber und Arbeitnehmer in allen Fällen die gleichen sein. (§ 139.)

Gründe für sofortiges Verlassen der Arbeit sind: Unfittliches Verhalten der Unternehmer und Stellvertreter, Täuschlichkeiten und grobe Beleidigungen, unregelmäßige Entlohnung, bei Akkordarbeit nicht genügende Beschäftigung. (§ 134.)

Den Arbeiterinnen ist beim Aufhören auf Verlangen ein Zeugnis über Beschäftigungsdauer und Art der Beschäftigung zu verabfolgen. Bemerkungen, die eine Schädigung der Arbeiterin zur Folge haben können, dürfen auf dem Zeugnis nicht gemacht werden. (§ 133.)

Bestimmungen über Lohnabzüge in Form von Strafgebühren sind in den Fabrikordnungen, die sichtbar in den Arbeitsräumen aufhängen müssen, bekannt zu geben. Die Strafen müssen ohne Verzug den Arbeitern zur Kenntnis gebracht werden. (§§ 134 bis 134c.)

Arbeitsräume und Maschinen sind so einzurichten und zu unterhalten, daß die Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit geschützt sind. Die Räume müssen ausreichend ventiliert sein.

In Anlagen, deren Betrieb es mit sich bringt, daß die Arbeiter sich umkleiden und nach der Arbeit sich reinigen, müssen ausreichende, nach Geschlechtern getrennte Ankleide- und Waschräume vorhanden sein.

Ebenso ist für genügende Aborte zu sorgen, die so eingerichtet werden müssen, daß ihre Benutzung ohne Verletzung von Sittlichkeit und Anstand erfolgen kann. (§§ 130a bis 130c.)

Brauenarbeit auf Bauten.

In Norddeutschland ist es nicht Sitte, daß Frauen zum Tragen von Balken und Steinen auf Bauten beschäftigt werden; trotzdem ist die Frauenarbeit auf Bauten hier doch nicht ganz verpönt. Gemeint ist das Reinigen von Neubauten. Diese Arbeit ist eine sehr schwere, und die Frauen sind leicht den Zubringlichkeiten der Männer ausgeführt.

Die Frauen beginnen mit den Reinigungsarbeiten, wenn das Gebäude bis zum sogenannten Kubus vorgefertigt ist. Die Aborte in den Wohnungen sind dann noch nicht fertiggestellt, so daß die Frauen auf die von den Bauarbeitern benutzten Aborte sich angewiesen sehen. Auf den meisten Bauten herrschen in dieser Beziehung arge Verhältnisse. Räume getrennt für Männer und Frauen herzustellen, davon denkt niemand. Die vorhandenen Aborte sind auch oft noch so primitiv, daß entweder von außen, oder von dem nebenliegenden Raum in den anderen hineingefahren werden kann. Daß derartige Zustände nicht zur Hebung der Sittlichkeit beitragen, leuchtet wohl ein. Gebessert kann hier nur werden, wenn die Bauarbeiter schäbig auf Abhilfe dringen. Leider kümmern sich die Arbeiter und Arbeiterinnen wenig um die Verhältnisse, sie nehmen eben diese wie viele andere Unannehmlichkeiten hin, weil es nun mal nicht anders ist.

Zurzeit veranstalten die Arbeiter, wie alljährlich, eine Bautenkontrollen. Öffentlich gelingt es der Gewerkschaftskommission, wenn genügend Gewicht auf den genannten Mibstand gelegt wird, diesen zu beseitigen.

Verfassungen.

Die neuen Steuern und die Gastwirtsgehilfen.

Am Donnerstag tagte in den Arminhallen eine vom Verband deutscher Gastwirtsgehilfen einberufene öffentliche Versammlung, die sich mit den neuen, das Gastwirtsgebetriebe belastenden Erhöhungen der Konsumsteuern beschäftigte. Der Referent Reichstagsabgeordneter Eichhorn wies nach einem allgemeinen Überblick über die neuen Steuern nach, daß die Gastwirtsgehilfen durch dieselben ganz besonders in Mitleidenenschaft gezogen werden. Bekanntlich haben die Brauereien beschlossen, nicht nur die Erhöhung der Biersteuer auf die Konsumenten abzuwälzen, sondern bei dieser Gelegenheit noch einen Extraprofit herauszuschlagen, indem sie den Restloster Bier um 5 M. im Preise erhöhen. Die Gastwirte wollen bekanntlich den Bierpreis pro Liter um 7-10 Pf. erhöhen. Die Folge dieses erheblichen Preisaufschlages wird sich natürlich in einem Rückgang des Konsums, in einer Minderung des Besuchs der Wirtschaften bemerkbar machen, um so mehr, als ja auch andere Artikel des Wirtschaftsbetriebes: Branntwein, Schaumwein, Kaffee, Tee, Zafel eine wesentliche Verteuerung durch die Steuererhöhung erfahren. Infolge des geringeren Besuchs der Wirtschaften wird natürlich ein Teil des Personals entlassen werden. Arbeitslosigkeit unter den Gastwirtsgehilfen ist die unmittelbare Folge der enormen Steuererhöhung. Aber noch in anderer Weise werden die Gastwirtsgehilfen unter der Steuer und der dadurch bedingten Preiserhöhung zu leiden haben. Wird der Preis des Bieres von 15 auf 20 Pf. erhöht, so wird der große Teil der weniger bemittelten Wirtschaftsbesucher, durch die eigene finanzielle Not gedrängt, dem Kellner das übliche Trinkgeld nicht mehr verabfolgen. So werden die Gastwirtsgehilfen, die ja leider noch immer auf Trinkgelder angewiesen sind, durch die neuen Steuern in ihrem Einkommen erheblich geschmälert werden. — Schließlich zeigte der Referent, daß die Steuerbelastung das Werk der reaktionären Parteien ist, an deren Verhinderung durch die Klassenbewusste Arbeiter-

schaft auch die Gastwirtsgehilfen teilnehmen müssen. — Der Vortrag fand lebhaften Beifall.

Hierauf beschäftigte sich die Versammlung mit den Wahlen zur Innungsfronkenkassa, die am nächsten Montag stattfinden. Der Referent Baum eiferte rüchtele einen lebhaften Appell an die Kollegen und ersuchte sie zu reger Beteiligung an der Wahl, damit dem Parteil der nationalen Verbände eine Niederlage bereitet werde und die Liste der Klassenbewussten Gastwirtsgehilfen mit möglichst großer Stimmzahl zum Siege gelange.

Die Verhältnisse in der Berliner Gelbmetallindustrie

werden fast beeinflußt durch die Konkurrenz aus der Provinz, wo außerordentlich billig produziert wird. Die Metallbrüder halten hier durch ihre Organisation die Tarifbedingungen im allgemeinen aufrecht; aber sie haben fortwährend schwer mit dem Angebot aus der Provinz zu kämpfen. Sie halten es daher für notwendig, den Verhältnissen in der Provinz ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen, und sie haben eine Konferenz der in der Gelbmetallindustrie beschäftigten Arbeiter Deutschlands einberufen, die Schritte zu einer besseren Agitation außerhalb Berlins einleiten soll. Am Donnerstagabend kamen die Metallbrüder Berlins und Umgebung im Gewerkschaftshause zusammen, um Stellung zu der bevorstehenden Konferenz, die am 16. und 17. August in Frankfurt a. M. stattfinden soll, zu nehmen. Der Referent Prieserz erinnerte an die Streiks, welche die Metallbrüder 1904 und 1905 geführt haben. Es ist gelungen, den durchschnittlichen Stundenlohn von 80 Pf. bei einer neunstündigen Arbeitszeit festzusetzen, wie auch die Bestimmung, daß die Arbeitszeit eines Betriebes auf 8 Stunden verkürzt werden soll, wenn Arbeitsmangel eintritt. Die Unternehmer hatten behauptet, die Gelbmetallindustrie könne keinen Tarif vertragen, aber es zeigte sich, daß gerade die Tarifverhältnisse am leistungsfähigsten in der Konkurrenz wurden. Berlin ist der Mittelpunkt für die Gelbmetallindustrie, aber man versucht, den Markt immer mehr nach der Provinz zu verlegen, wo unter Verhältnissen gearbeitet wird, gegen welche die Berliner nicht aufkommen können. Die Unternehmer können nicht am Rohmaterial sparen, sie müssen dafür die festgesetzten Preise bezahlen, aber sie sparen auf jede Art an den Arbeitslöhnen, und desto mehr, je weniger Widerstand sie bei den Arbeitern finden. Es gilt also, die Organisation auf breiterer Basis aufzubauen, um die Arbeiter in der Provinz zu gewinnen. Vor dieser Aufgabe steht die Konferenz. Der Referent wünschte, daß den Delegierten möglichst viel Material über die bestehenden Verhältnisse aus den Reihen der Arbeiter zugefandt werde.

In der Diskussion berichtete ein Redner von der Lage im sächsischen Erzgebirge, wo Metallbrüder bei einer 13stündigen Arbeitszeit pro Tag als Wochenlohn nur 11-12 M. bezahlt werden. Andere Redner betonten, daß in Berlin der Widerstand gegen den Tarif mächtig sei und daß die besseren Verhältnisse allein der festen Organisation zu danken seien. Den Tarifverhältnissen werde von den Gewerkschaften der Krieg erklärt, der Arbeitsnachweis gelte bei den Arbeitern als ein Mahnungsbureau. Trotzdem bestanden die Metallbrüder in Berlin ihre Position zu behaupten. Die Konjunktur bessert sich, wie aus der Statistik über die Arbeitslosigkeit hervorgeht. In den Juniwochen zählte man 54 bis 55 arbeitslose Metallbrüder, in den Juniwochen 53 bis 55. In der ersten Woche im Juli verringerte sich diese Zahl auf 44 und in der zweiten Woche auf 33 Arbeitslose. Es gibt etwa 800 Brüder in Berlin.

Die Wahl der Delegierten nach Frankfurt a. M. fiel auf Prieserz, der die Metallbrüder vertritt. Die neun Branchen der Gelbmetallindustrie in Berlin wählten insgesamt 12 Delegierte.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

- Wittwoch, den 28. Juli. Anfang 6 1/2 Uhr.
- Neues königliches Operntheater. Tristan und Isolde. Anfang 8 Uhr.
- Deutsches. Ketten. Kammerstücke. Mimi. Sessing. Die Dollarprinzessin. Berliner. Ein Herbsmanöver. Neues Schauspielhaus. Moral. Schiller u. (Wallner-Theater.) Madame Bonivard. Schiller Charlottenburg. Der Silberpelt. Friedrich-Wilhelmshöhe. Schauspielhaus. Undine. Romische Oper. O diese Leutnants. Neues. Sein Sündenregister. Zerkia. Am Café Rebelle. Lustspielhaus. Familie Schmet. Neues Operetten. Die Sprudelfee. Polles Caprice. Drei Frauenhüte. Der Direktor usw. Anf. 8 1/2 Uhr. Metropole. Die oberen Zehntausend. Bernhard Hois. Was eine Frau kann. Berliner Theater. Man lebt ja nur einmal. W. Hoops Theater. Schuldensucht. Spezialitäten. Apollo. Hartstein. Er oder Er. Spezialitäten. Wintergarten. Spezialitäten. Passage. Spezialitäten. Volkshaus. Spezialitäten. Stadt-Theater Moabit. Spezialitäten. Volksgarten. Spezialitäten. Brunnen. Eine tolle Nacht. Spezialitäten. Reichshallen. Winter-Tymian. Urania. Tausendische 14/19. Abends 8 Uhr: Die Insel Rügen. Sternwarte. Invalidentr. 07/02.

Lessing-Theater. Schauspiel d. Neuen Operetten-Theaters. Anfang 8 Uhr.

Die Dollarprinzessin. Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Berliner Theater. Heute 8 Uhr: Ein Herbsmanöver. Morgen: Ein Herbsmanöver.

Neues Theater. Abends 8 Uhr:

Sein Sündenregister. Donnerstags und folgende Tage: Sein Sündenregister.

Neues Operetten-Theater. Schiffbauerdamm 25, a. b. Aufsehr. Anfang 8 Uhr.

Die Sprudelfee. Operette in 3 Akten v. G. Reinhardt.

Schiller-Theater (Wallner-Theater.) Täglich: Madame Bonivard. Schwan in 3 Akten von Alexander Doffen und Antony Mars. Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.

Urania. Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr:

Die Insel Rügen.

ZOOLOGISCHER GARTEN. Täglich: Großes Militär-Doppel-Konzert. Eintr. 1 M., v. abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kind u. 10-Jähr. 4 Halbf.

Passage-Panoptikum. Lebend! Die letzten weiblichen Wesen vom Stamme der Azteken! Aga, die schwebende Jungfrau. Ganz Berlin zerbricht sich den Kopf über Alles ohne Extra-Entree.

Passage-Theater. Das sensationelle Eröffnungs-Programm. Willi Prager. The Rubys. Käthe Hyau. 12 Attraktionen.

Passage-Theater. Die neue Künstlerbar. Eine Lebenswürdigkeit Berlins.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Wittwoch, 28. Juli, abends 8 Uhr:

Undine. Rom. Kom. Oper in 4 Akten v. Zerking. (Kleine Preise). Donnerstags: Nachtlager von Granada. Freitag: Oberon, König der Elfen.

Lustspielhaus. Abends 8 Uhr:

Familie Schimek.

Schiller-Theater Charlottenburg. Täglich: Der Silberpelt. Eine Diebstahlskomödie in 4 Akten von Gerhard Hauptmann. Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.

Neues Kgl. Opern-Theater (Kroll). Gura-Oper. Gastspiel Karl Burrian, Martha Löffler-Burkard. Tristan und Isolde. Von Rich. Wagner. — Anf. 6 1/2 Uhr. Donn.: Melsteralager. Freit.: Salome. Sonnab.: Othello. Sonnt.: Lohengrin. Montag: Tannhäuser. 7 Uhr.

Metropol-Theater. Die oberen Zehntausend. Amerik. Operette v. Jul. Freund. Musik v. Gust. Kerker. In Szeno gesetzt von Dir. Rich. Schultz. Tänze von Mr. Bishop. Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

WINTERGARTEN. Letzte Woche! „La Pia“ in Ihrem Phantasie-Tanz „Der Wellen Geist“ sowie das vom Publikum und Presse glänzend beurteilte Juli-Programm! Reservierter Platz 2 M., Entree 1 M. (einschl. Programm u. Garderobe.) Saison-Schluss! Sonnabend, 31. Juli 1906.

Brunnen-Theater. Schiffsbr. 52. Direktion: Willi Volgt. Heute sowie täglich: × Erklärtliche Spezialitäten! × Novität! Novität! Eine tolle Nacht. Gr. Ausstattungsgelübte mit Klang und Tanz in 6 Bildern von Freund und Kamradt. Rosenstr. 2 Uhr. Anf. 4 Uhr.

Arnold Scholz Neue Welt Hasenheide 105-114. Heute Mittwoch, den 28. Juli 1906: Gala-Spezialitäten und Konzert. 1906 Großes Erntefest. 6000 Bondaregen. × Belustigungen aller Art. × Fackelzug. Erntefestzug mit Wagen, Kollern und Dramedaren. Hauptgewinne: Je eine goldene Uhr für Mädchen und Knaben. Große Gratisverlosung. — für Mädchen und Knaben. — Anfang 4 Uhr. Sep.-Vorführung des „kupolischen Panors“ um 6 u. 8 Uhr.

Zentralverband der Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin. — Sektion der Putzer.

Am Sonnabend, den 31. Juli, im Schweizergarten, am Friedrichshain 29/32:

19. Stiftungs-Fest

bestehend aus

Konzert □ Gesang □ Theater □ Spezialitäten-Vorstellung

sowie unter gütiger Mitwirkung des Gesangvereins der Putzer.

Im großen Saale: Ball

Eröffnung 2 Uhr. — Anfang des Konzerts 5 Uhr.

Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 3 Uhr an zur Verfügung. Herrenbillets inkl. Tanz 50 Pf. — Damen 25 Pf. Billets sind zu haben im Bureau, in den Bezirkslokalen und bei allen Oblenten. Hierauf ladet freundlichst ein Der Vorstand.

Zur Beachtung! Das Bureau bleibt am Tage des Stiftungsfestes nachmittags geschlossen. Das weisoren weisen wir nochmals auf die heute stattfindende Generalversammlung in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59, hin.

Reichshallen-Theater. Heute: Gastspiel Winter-Tymian mit seiner herrl. Herengeseilschaft. Anf. wochentl. 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Sonntag, den 1. August: Wiederbeginn der Spielen der Stettiner Sänger.

Walhalla-Variete-Theater. Wolbergsweg 19-20, Rosenthal. Vor. Anfang 8 Uhr. Im Theater: Die grandiosen Spezialitäten. Im Garten: Freikonzert. Vor der spanischen Arena.

Apollo Theater. Letzte Woche. 9.50 Juni 99. Male: 9.50 Hartstein in Paul Jülich. Die lustigen Zecher. Die 9 Yankee Doodle Girls. Ab 8 Uhr: Das unübertr. Progr.

Königstadt-Kasino. Gelmarstr. 79 (Gde. Koenigsstr.) Tägl. 1 berl. Natur-Commerzgarten bei ungünstiger Witterung 1. Saal Gr. Theater u. Spez. Vorstellung. Ich danke Herr Franke. Schwan in 1 Akt von D. Richter. Melzer, Dumby, Steinger, Filippo La belle Therese, Stuh u. Schnell. Anf. wochentl. 8. Sonntags 6 Uhr.

Max Kliems Sommer-Theater und Festsäle Rudolf Krüger Hasenheide 13/15. Täglich: Großes Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung. Mit. Leitung: Walter Gravenitz. Jeden Donnerstags: Klitztag. Prägend und nach der Vorstellung Tanzkränzchen.

Stadt-Theater Moabit. Alt-Moabit 47/48. Täglich: Spezialitäten und Theater-Vorstellung. Anf. d. Vorstellung wochentags 7 Uhr. Sonntags 6 Uhr. Sonnt. 6 Uhr. 5 Uhr. Garteneröffnung 8 Uhr. Neben Montag Witterung, Spezialitäten und Soiree der „Lustigen Sänger“. Bei Regenmeter Vorstellung im großen Theater-Saal.

Herrfeld Theater. Sonnabend, den 31. Juli: Premiere mit Anton und Donat Herrfeld. Goldene Jugend. Operette in 3 Akten von G. v. G. 12 erstklassige Spezialitäten. Bogart u. Darley. Anfang 8 1/2 Uhr. Quiree 20 Pf.

BERNHARD ROSE THEATER
 Dr. Bernharter Str. 132.
Was eine Frau kann.
 Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
 Auf der Gartenbühne Anfang 4 1/2 Uhr.
 U. a.: Rau diel dau! Dr. Ventomin.
 Paul Coradini. Spezialitäten.

Volksgarten - Theater
 früher Weimanns Volksgarten.
 Täglich: Konzert, Theater, und
 Spezialitäten-Vorstellung.
 Senja Suwaroff, X. Mita Rosall.
 The Odoro. X. Hubels-Trio.
 Der Brandhüter von Berlin.
 Bolshoi m. Gel. u. Tang v. Neiffingen.
 Donnerstag 19. Aug. i. d. Gartenfest

Schweizer - Garten
 Am Königstor, Am Friedrichshain
 Anfang 4 u. 5 Uhr
Entree 30 Pf.
Theater-Vorstellung
 Spezialitäten. D. neue Jubiläum.
 Kinematograph, Volksbelustigung.
 10 Uhr: **Unser Goldjunge** in 2 Akte.
 Jed. Mittwoch: Kinderfreudenfest.

Elysium
 Landberger Allee 10/11, Ecke
 Petersburger Straße.
 Heute sowie täglich
 im prachtvollen Ruhmgarten:
Vorstellung
 abwechselnd von
drei der bestrenommiertesten
Sängergesellschaften.

Vereins-Brauerei
 Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
 Oekonom: Max Wendt.
 Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
 Jeden Dienstag:
Gr. Kinder-Freuden-Fest.
 Entr. 15 Pf. Wäse od. Schürpe grat.

Oris-Krankenkasse
 der Bildhauer, Stukkateure
 u. verw. Gewerbe zu Berlin.
 Die am 28. April d. J. beschlossene
 neue Abänderung zum Statut ist ge-
 nehmigt und tritt mit dem 2. August
 dieses Jahres in Kraft; es werden
 von diesem Tage ab folgende Beiträge
 erhoben: I. Klasse 60 Pf., II. Klasse
 75 Pf., III. Klasse 45 Pf., IV. Klasse
 24 Pf.
 Berlin, den 28. Juli 1909.
 Der Vorstand.
 H. K.: Fritz Waldeyer, Borkthamer.

Große Firma
 versieht durch Privatband Decken
 jeder Art, Gardinen, Stores,
 Portieren, Wäsche, Bilder
 und Uhren. Ohne Anzahlung bei
 kleinen Bestellungen.
 18094*
 Keine Rasterer. Offert. U. W. 100
 an Bernharter (Spezialität, Auguststr. 50.)

Westmanns
 Trauer-Magazin
 Berlin W., Mohrenstr. 37a
 NO., Gr. Frankf. Str. 115.
 Genaue Besichtigung
 meiner Firma u. Haus-
 nummer geboten!

Sofastoffe
 Riesenauswahl aller Qualitäten.
 Woll- Reste! Moquette.
 Pflanz- Satteltaschen.
Zimmer und Treppen
Läuferstoffe
 Kocos Haargarn, Velour etc.
 Muster beinnehmer franko.
Teppich-Spezialhaus
Emil Lefèvre
 Berlin, Oranienstr. 158
 Mein neuer Pracht-Katalog
 mit ca. 600
 Abbildungen gratis u. franko.

Achtung Töpfer!
 Die zu Freitag, den 30. Juli 1909, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshause angelegte
Generalversammlung des Verbandes
 kann umständehalber dort nicht stattfinden und findet deshalb nun in
Louis Kellers Festsälen, Koppensstraße 29
 statt. Die Tagesordnung ist folgende:
 1. Bericht des Vorstandes vom zweiten Quartal. 2. Verschiedenes.
 Da unter Punkt 1 sehr wichtige Tarif- und Organisations-Angelegenheiten zu erledigen
 sind, ist es Pflicht aller Kollegen zu erscheinen. — Mitgliedsbuch legitimiert.
 Anfang ganz präzise.
 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
 Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin, Hauptbureau:
 Col L. Amt 3, 1229. Charitéstraße 3. Col III. Amt 3, 1957.

Achtung! Schlosser! Achtung!
 Mittwoch, den 28. Juli 1909, abends 8 Uhr:
Allgemeine Versammlung
 der Schlosser Berlins und Umgegend
 im Palais-Theater, (früher Feen-Palast), Burgstr. 24,
 vis-a-vis der Börse.
 Tagesordnung:
 1. Bericht über die letzten Verhandlungen mit den Arbeit-
 gebern. 2. Diskussion. 190/15
 Die Vertrauensleute der Schlosser werden
 ersucht, um 7 Uhr im Saale anwesend zu
 sein!

Donnerstag, den 29. Juli 1909, abends 6 Uhr:
Versammlung
 aller in Gas-, Wasser- und Dampfmaschinen
 beschäftigten Eisen-, Metall- u. Revolverdreher
 in Graumanns Festsälen, Ranninstr. 27.
 Tages-Ordnung:
 1. Stellungnahme zu der am 14.-16. August stattfindenden
 Konferenz der Metallarbeiter. 2. Aufstellung der Kandidaten
 zur Bezirkskonferenz. 3. Verschiedenes.

Donnerstag, den 29. Juli 1909, abends 8 1/2 Uhr,
 im Königstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstraße
 (oberer Saal):
Branchen-Versammlung
 aller in der Metall- und Eisenindustrie
 beschäftigten Maschinenarbeiter u. Arbeiterinnen.
 Tages-Ordnung:
 1. Die bevorstehende Konferenz der Metallarbeiter in
 Frankfurt a. M. Referent: Kollege Priefert. 2. Diskussion. 3. Wahl
 des Delegierten. 4. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Donnerstag, den 29. Juli 1909, abends 8 1/2 Uhr,
 im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 7:
Branchen-Versammlung
 der Elektromonteur und Helfer Berlins
 und Umgegend.
 Tages-Ordnung: 1. Bericht des Genossen Deutscher.
 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Donnerstag, den 29. Juni 1909, abends 8 1/2 Uhr,
 im Dresdener Garten, Dresdener Straße 45:
Zahlabend
 der Gold- und Silberarbeiter und ver-
 wandten Berufsgenossen.
 Reichlichen Besuch erwartet
 Die Ortsverwaltung.

W. Noacks Theater
 Dirschan: Kob. Dill. Sonnenstr. 16.
Schuldbewußt.
 Charaktergemälde a. d. Berl. Volkst. Med.
 Vorher: 20 Nummern d. n. Programms.
 Anf. 7. Raffest. 3-6 Uhr, Entree 30 Pf.
 Sonnabend: Große Extravaganza.
 Er, sie und er. Berliner Sittenbild.

Berliner Prater-Theater
 Rastanienallee 7-9.
 Täglich:
Man lebt ja nur einmal!
 Havemanns größte Raubtierchule
 d. Welt. Spezialität, Konzert, Ball.
 Anfang 4 1/2 Uhr.

Charlottenburg (Wahlverein).
 Am Mittwoch, den 28. Juli, abends 7 1/2 Uhr, finden in allen Gruppen
Gruppen-Versammlungen
 statt, in denen folgende Tagesordnungspunkte zu erledigen sind:
Die Neueinteilung der Wahlbezirke und Gruppen.
Neuwahl der Gruppenführer.
Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen.
 In diesen Versammlungen referieren die Stadtverordneten Genossen
Bartsch, Dr. Borchardt, Ewald, Hirsch, Klick,
Sellin, Vogel, Wilk und Zietsch.
 Die Versammlungen finden statt für die
 1. Gruppe: **Roßtrappe, Spandauer Chauffee.**
 2. Gruppe: **Schulz, Kaiser-Friedrich-Straße 24, Kleiner Saal.**
 3. Gruppe: **Volkshaus, Köpenickerstr. 3, großer Saal.**
 4. Gruppe: **Leitner, Windmühlstr. 24/25.**
 5. Gruppe: **Volkshaus, Köpenickerstr. 3, Kleiner Saal.**
 6. Gruppe: **Schulz, Kaiser-Friedrich-Straße 24, oberer Saal.**
 7. Gruppe: **Thunack, Wielandstr. 4.**
 8. Gruppe: **Auguste-Viktoria-Säle, Lutherstr. 31.**
 Alle Mitglieder werden gebeten, in diesen Versammlungen zu erscheinen.
 Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen und jedes Mitglied hat in die
 Versammlung der Gruppe zu gehen, in die es nach der Neueinteilung
 der Bezirke gehört. (250/15*)
 Der Vorstand.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin.
 Donnerstag, den 29. Juli 1909, abends 8 1/2 Uhr,
 im Schullokal, Grenadierstr. 37:
General-Versammlung
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht des Vorstandes, des Lehrer-Kollegiums und der Redatoren.
 2. Schulangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
 Mitgliedsbuch legitimiert.
 Beiträge werden entgegengenommen. 6/12*
 Nächster Ausflug: Sonntag, den 15. August, nach Rahnsdorf
 Mühe.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Verwaltung Berlin.
Stellmacher.
 Donnerstag, den 29. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im „Rosenthaler Hof“,
 Rosenthaler Straße 11-12:
Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung: 67/11
 1. Bericht des Genossen Nitschke. 2. Branchenangelegenheiten.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer
 (E. H. No. 2 Hamburg.) Gertliche Verwaltung Berlin.
 Freitag, den 30. Juli, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
 im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal I.
 Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom zweiten Quartal. 2. Berichtserstattung von der
 14. Generalversammlung. 3. Antrag auf Errichtung einer Zählstelle im
 Schönehauser Viertel. 4. Wahl des Vorstandes.
 Mitgliedsbuch legitimiert!
 Der Vorstand.
 H. K.: Richard Schröder, Berlin O., Köpfer Str. 7, d. IV.

Unserem alten Partel-
 genossen 19182
Wilhelm Meißner
 und Frau
 zur silbernen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche!
 Ein Hoch dem Jubelpaar!
 Die Genossen des 29a Bez.
 Charlottenburgs.
 Von der Reife zurück!
Dr. Nast,
 Spezialarzt f. Hals-, Nasen-, Ohrenheilen,
 Potsdamer Straße 82 D.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 für den
3. Berliner Reichstagswahlkreis
 Den Mitgliedern zur Kenntnis,
 daß unser Genosse, der Gastwirt
Oskar Wolf
 alle Jakobstraße 73 (Bezirk 263),
 gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstag, den 29. Juli, nach-
 mittags 5 Uhr, von der Leichen-
 stelle des Petri-Kirchhofes, Fried-
 enstraße 84, aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.

Verband der freien Gast- und
Schauwirte Deutschlands.
 Zahlstelle Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß der Kollege
Oskar Wolf
 alle Jakobstraße 73 (Bezirk 6)
 am Herzschlag plötzlich verstorben
 ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstag, den 29. Juli, nach-
 mittags 5 Uhr, von der Leichen-
 stelle des Petri-Kirchhofes, Fried-
 enstraße 84, aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Die Ortsverwaltung.

Allen Bekannten die traurige
 Nachricht, daß am Freitag mein
 lieber Mann und unser sorgloser
 Vater, der Gastwirt
Oskar Wolf
 im 49. Lebensjahre verstorben ist.
 Die trauernde Witwe
Luisa Wolf nebst Kindern.
 Beerdigung: Donnerstag nach-
 mittags 5 Uhr von der Leichen-
 stelle des Petri-Kirchhofes, Fried-
 enstraße 84, aus.
 7048

Verein jugendlicher Arbeiter
 und Arbeiterinnen
 für Adlershof und Umgegend.
Todesanzeige.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Kollege
Alfred Hellwig
 (Krausenitzstr. 42)
 am Sonntag, den 25. Juli 1909,
 im Alter von 16 Jahren ver-
 storben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Mittwoch, den 28. Juli, nach-
 mittags 5 Uhr, von der Leichen-
 stelle des hligen Friedhofs aus
 statt.
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.

Verband der Bureauangestellten
 und der Verwaltungsbeamten
 der Krankenkassen und Berufs-
 genossenschaften Deutschlands.
 Ortsgruppe Groß-Berlin.
Todes-Anzeige.
 Den Mitgliedern hiermit zur
 Kenntnis, daß am 25. Juli 1909
 unser treuer Kollege
Rudolf Künkel
 nach langem, schwerem Leiden
 verstorben ist.
 Wir verlieren in ihm einen
 Kollegen, der stets die Interessen
 des Verbandes im Auge hatte.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute
 Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, von
 der Stelle der Freiwilligen Ge-
 meinde, Pappel-Allee, aus statt.
 Um zahlreiche Beteiligung er-
 sucht
 Der Vorstand.

Invaliden - Unterstützungs-kasse
 d. Stein-drucker u. Lithographen.
 Die Beerdigung des am 25. Juli
 verstorbenen Stein-druckers
Rudolf Künkel
 findet am Mittwoch, den 28. Juli,
 nachmittags 5 Uhr, auf dem Frei-
 willigen Friedhofe, Pappel-Allee,
 statt.
 6035 Das Komitee.

Am 25. Juli, nachm. 4 1/2 Uhr,
 verschied nach nur achtzigem
 Krankenlager mein beigeliebter
 Mann
Karl Zell
 im 41. Lebensjahre.
 Um stille Teilnahme bitten
 Die tiefbetrübte Witwe
Helene Zell, geb. Röhau.
 Berlin N., Köpfer Str. 8
 Die Beerdigung findet am
 Donnerstag, den 29. Juli, nach-
 mittags 5 1/2 Uhr, von der Kapelle
 des Philippus-Apostel-Friedhofes,
 Müllerstr. 44/45, aus statt.
 7015

Hast Du das Richtige gefunden? In ganz Berlin gibt's nur ein Spezialhaus für hochmoderne, elegante, gediegene Damenkonfektion! Das ist **Westmann** Hauptgeschäft: Berlin W., Mohrenstr. 37a (kein Eckhaus, 2. Haus von der Jerusalemstraße, und Berlin NO., Gr. Frankfurter Str. 115 (kein Eckhaus, 2. Haus von der Andreasstraße) **!!! Saison-Ausverkauf !!!** Ermäßigung der Verkaufspreise auf den sechsten Teil! So günstig kaufen Sie nie wieder, meine Damen! **Eigenes Fabrikat!** **Kostüme! Mäntel! Jacketts! Reise-Konfektion!** **Paletots und Capes** für Gebirge und Wanderung. **Röcke! Kleider! Blusen!** Ungewöhnlich große Auswahl! Nur bestes Fabrikat! frühere Verkaufspreise bis M. 18,— bis M. 80,— bis M. 48,— bis M. 72,— bis M. 90,— bis M. 120,— usw. bis M. 600,— jetztige nur M. 3,— nur M. 5,— nur M. 8,— nur M. 12,— nur M. 15,— nur M. 20,— **Zu jedem annehmbaren Preise: ein großer Posten hocheleganter Kostümröcke!** **Schon bei Einkauf von 15 M. an gratis: 1 Bluse oder 1 Stück Stoff.** Vormittags ist der Andrang nicht so stark! Kommen Sie daher vormittags! Starke Figuren finden Passendes stets in großer Auswahl vorrätig!

Wenn Sie für eine Cigarette 3 Pfg. ausgeben, wollen Sie doch kein Fabrikat haben, das weniger wert ist.

JOSETTI VERA CIGARETTEN

sind die besten 3 Pfg. Cigaretten. Unser Name bürgt dafür.

Josetti Vera m. u. o. M.
10 Stück 30 Pfg.

SüBrahm-Margarine

Im Geschmack, Aroma und Rührwert gleich mit feinsten Vollkornbutter

per Pfd. 60 Pf.

u. Postfrei a 9/1 Pfd. franco jedem Postort Deutschlands. In allen größeren Mägen werden für den Verkauf von Postfrei an Private Vertreter (auch weibliche) engagiert, gegen Gehalt und Provision 25/16*

Altona-Ottensen
Altonaer Margarine-Werke
Mohr & Co.,
G. m. b. H.

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Mass, schick, dauerhaft, von 20 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade II, (Südstr. Börsen).

Rauchen Sie **Phänomen** Cigaretten!

Devise: Qualität ist die beste Empfehlung

Gelegenheitskauf!
„Gunita“
Ein Gedicht aus Indien in 10 Gefängen von Leopold Jacoby mit einem Bildnis des Autors. Preis geb. statt 2,50 M. nur 60 Pf.

Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW., Lindenstr. 69, Laden.

Verleih-Institut: Friedrichstr. 115/116, a. Crabb. Zar. Gegr. Prof. Gehard 1,50, Dose 1,00, Bette 50 Pf.

Mortal Flöhe!
einziges Spezialmittel gegen schnell und sicher wirkend, zerstört radikal den Brutort im Furhofen, so daß gänzlich keine Brut ausgetilgt wird. 75 Pf. u. 1,50. Man nehme nur „Mortal“ mit Marke „Tod und Teufel“ in den Drogerien und bei Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4

Goldisanschmuck
bester Ersatz für echten Goldschmuck, starke 14 Kar., Goldauflage, 10jährige unbedingte Garantie für gutes Tragen, sonst verbürgter Umtausch. — Elegante Original-Edels. — Billige Preise. — Erhältlich in Goldwarenhandlungen.

MAGGI'S Bouillon-Würfel zu 5 Pfg. für 1/4 Liter

Lose und in Originalbüchsen von 10 Würfeln an in allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

Nur echt mit dem Namen MAGGI! und der Schutzmarke Kreuzstern!

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig. Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellensuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Vorwärtsleser erhalten 5 Prozent Ertragsabteil (selbst bei nachstehend angeführten Gelegenheitskäufen). Teppich-Thomas, Dronienstr. 160, Cronienplatz. 21538*

Teppiche, farblicherhafte, spottbillig.

Schülerplaid, großer Posten unter Preis.

Gardinen, Stores, Musterexemplare, für halben Wert.

Schlafdecken, ein Posten, für halben Wert.

Teppdecken, Musterstücke, spottbillig.

Vorwärtsleser, beachtet vorstehende 6 Anzeigen.

Radfabrikerarten. Wir empfehlen den Fremden des Radspors: Mittelbacher Karte für Rad- und Motorfahrer von Berlin und weiterer Umgebung, auf Reinen gezogen Preis 1,75 M. (zusammenlegbar). — Karte für Rad- und Motorfahrer von Brandenburg, auf Reinen gezogen und zusammenlegbar 2,50 M. Expedition des „Vorwärts“, Lindenstr. 69, Laden.

Teppiche (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Hadericher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leber des „Vorwärts“ erhalten 5 Prozent Rabatt.) 294/11*

Wanderverkauf. Wandverleibhaus Weidenweg neunzehn! Federmanns Einkaufsquelle! Spottbilliger Bettensverkauf! Gardinenverkauf! Teppichverkauf! Jalousienverkauf! Sommerpaletots! Strohdachstuhl! Tischdecken! Herrenhosen! Schminke! Wäscheverkauf! Uhrenverkauf!

Similifarbene Strohdachstuhl, volle Größe 3,85, 4,75 bis 7,50. Hochelegante doppelreihige Strohdachstuhl 6,85, 8,75. Rattanbetten 2,35. Spezialhaus Richard Wolf, Döbenerstr. 8 (Kottbuscher). Absonnen Abdall. 20678*

Monatsausgabe und Sommerpaletots, von 5 Kart sowie Hosen von 1,90. Strohdachstuhl von 12,00, Preis von 2,50, sowie für torpente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Handgeleihen verlässliche Sachen, läuft man am billigsten bei Röh. Wulfschlag 14.

Teppiche. Die Restbestände einer Teppichfabrik kommen zum schlechten Verkauf. Breite bedeutend herabgesetzt. Plüschteppiche, ganz schwere Qualität: Stuhnteppiche, früher 18,50 jetzt 12,00; Wohnzimmergröße, früher 32,75 jetzt 24,50; Salongröße, früher 43,50 jetzt 35,00. Teppichhaus Georg Lange, Chausseestrasse 73/74. 22728*

Teppdecken, eigene Anfertigung, richtige Größe, 3,75, 4,50, 5,50, 7,50. Teppichhaus Georg Lange, Chausseestrasse 73/74. 22738*

Wohlfühlgeheimnisse! Wenig gebrauchte, gut erhaltene Möbel, auch neue, einfache, eleganteste, beliebigen gewesenen, verlässliche spottbillig. Kleinfabrik, Lombardstr. 6/6, Fabrikgebäude, Sonntag geöffnet. (Zahlungserleichterung.)

Billiger als im Möbelgeschäft! Im Aufwahrungsraum kommen billige Wohnbeimrichtungen, auch einzelne Möbelstücke zu lächerlich billigen Preisen zum Verkauf! Bitte auf 26 Rothingerstraße zu achten, da in der Nähe mehrere Möbelgeschäfte wohnen! Nur Hof im Speicher, kein Laden! Rothingerstraße 26.

Billige Möbel, gebrauchte, verlässliche gemessene und neue. Kleiderständer, Berlin 18, Küchenschrank, Sofa, Tisch, Küchenspend 10, Bettstelle mit Matr. 16, Garderobenschrank, Herrenschreibtisch 30, Chaiselongue mit Decke 19, Sofa 22, elegante Tischchen 45, Vaneilsofa 60, Säulentrumeau 90, Stuhlbaukasten, Tischspinde, englische Schlafzimmern, bunte Klänge 55, Tischkollektion 20, Ratensobahn, Transport frei, Sternstraße 69. 220/18

Fahrräder.
Herrenfahrrad, Damentahrrad einmal benutzt 40,00. Holz Blumenstr. 36 b. 10838*

Geschäftverkäufe.
Zigarrengeschäft verlässlich Witt-Roderstraße 27. 742*

Oberprez. Alle gewinnbringende Restauration, Destillation, großer Garten, 5-Zimmerwohnung, gesunde Lage, 1500 Miete, für 4500 verlässlich. „Günstig“ Hofamt 57. 7006

Restauration, voller Schank, verlässt billig fränkischer Parteilagenoffe, Wicestrasse 12/13. 742

Schanklokal umständlicher billig, schöne Einrichtung. Wübenerstraße 20.

Möbel.
Wegen baupolizeilicher Räumung spottbilliger Möbelverkauf! Kleinfabrik, Lombardstr. 6/6, Fabrikgebäude, Sonntag geöffnet. (Zahlungserleichterung.)
Wettstelle mit Matr. verkauft! Herd, Neuenburgerstraße 30. 7028

Kolossal billiger Verkauf! Billiger als im Möbelgeschäft! In meinem Aufwahrungsraum kommen billige Wohnbeimrichtungen, auch einzelne Möbelstücke zu lächerlich billigen Preisen zum Verkauf! Bitte auf 26 Rothingerstraße zu achten, da mehrere Möbelgeschäfte wohnen! Nur Hof im Speicher. 686b*

Musik.
Piano, hohes, 130,00, Schnitzerei, Turmstraße 8 I. 85/10
Klavierkursus. Ermäßigte, Schnellmethode. Monatspreis 3,00, Klavierstunden frei. 20 Klavier. Musikakademie Dronienstr. 147, Röh. 85,9
Violinunterricht (neu, doppelt fördernde Methode bis zur Vollendung) gibt erfahrener Künstler wöchentlich, auf Wunsch auch nur eine Lektion a 1,25 M., bei zwei Schülern je 75 Pf. Offerten unter D. 2 Expedition des „Vorwärts“.

Verschiedenes.
Sage hiermit allen Freunden und Gönnern, welche mir durch die Übermittlung und Gabe ihre Teilnahme bei dem Sinken meines Fahrzeuges bezeugt haben, meinen herzlichsten Dank. Karl Landvoigt, Schiffer.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

Berlin C. A. Gahnisch, Auguststr. 50.
W. G. Schmidt, Kirchb. 14.
O. W. Mann, Petersburger Platz 4, Gustav Vogel, Kopenstr. 83.
R. Wenzels, Andreasstr. 47.
NO. 2. Juch, Innemannstr. 12. J. Reul, Barnimstr. 42.
N. G. Waische, Alster 35. F. Trapp, Steintor Str. 10. Karl. Mars, Dronienstr. 123. Karl Weike, Kottbuscherstr. 49.
G. Vogel, Kochingstr. 37. H. Tich, Invalidenstr. 124.
S. Decker, Kottbuscherstr. 24.
NW. Kari Anders, Salzweidenerstr. 8. Wedert, Goytoldstr. 29.
SW. G. Werner, Gneisenaustr. 12. Dachs, Dageberger Str. 37.
S. G. Fris, Pringelstr. 31. Rich. Schmidt, Kottbuscher Damm 8.
SO. Paul Böhm, Lankwitz Platz 14/15. V. Gorich, Engelstr. 15.
Adlershof. Kari Schwarzkopf, Hoffmannstr. 9.
Baumschulenweg. G. Hornig, Wartenburgerstr. 13, I.
Borsigwalde. Paul Kirsch, Röh. 10.
Charlottenburg. Gustav Schandberg, Seifenherm Str. 1.
Friedrichshagen. Ernst Hertmann, Friedrichstr. 67.
Grünau. Franz Klein, Bahnhofstr. 6, III.
Johannisthal. Viedike, Kaiser-Wilhelm-Platz 4.
Karlshorst. Richard Ritter, Röh. 9, II.
Köpenick. Emil Wihler, Alster 6, Laden.
Lichtenberg. Cts Seidel, Reppingerstr. 4, I.
Nieder-Schöneweide. Paul Bengisch, Grünauer Str. 8.
Nowawes. Wilhelm Japke, Friedrichstr. 7.
Ober-Schöneweide. August Henck, Laufener Str. 2, I.
Pankow. Cts Rihmann, Wühlstr. 30.
Reinickendorf. V. Gurich, Kamelestr. 12.
Rixdorf. W. Heirich, Redarstr. 7. Courad, Hermannstr. 60.
Rummelsburg. R. Rosenkranz, Alt-Dronienstr. 56.
Schmargendorf. Gustav Kaminsky, Guromitr. 2.
Spandau. Wilhelm Dammier, Martin-Luther-Str. 51 im Laden.
Spandau. Köppen, Jagowstr. 9.
Steglitz. G. Berner, Schloßstr. 119.
Tempelhof. Albert Dietel, Friedrich-Wilhelm-Str. 20.
Treptow. Robert Gramel, Röh. 412, Laden.
Weißensee. Hubmann, Sedanstr. 105. Schiller, König-Chaussee 30a.
Wilmerdorf. Wittnebel, Landhausstr. 27.

400 Damenräder, 15, 20, 25, 30, 35, 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100. Rufen Sie Prachtatlas gratis und franko.

Varentanwalt Bessel, Gutshausstr. 24. 25558*
Vern die Mutterprache beherrschenden Erfolge, leicht fasslichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts“ zu richten.

Kunstoperette von Frau Kottbuscher, Schloßstr. 8, III. 85/10
Ideen, Erfindungen arbeiten praktisch aus, auch Modelle billig. Rosenk., Berlin, Dronienstr. 147. 791*

Fahrräderverkauf! Petersburgerstraße 34, Zigarrengeschäft. 274/12

Vermietungen.
Wohnungen.
Umzugsübergang. Laden, außerhalb 2- und 1-Zimmerwohnung, billig. Rixdorf, Weigand-Lifer 10. 22748*

Zimmer.
Kleines möbliertes Zimmer, anständiges Fräulein, allein, inklusive 13 Mark, Stralunderstraße 30, rechter Seitenflügel III. 764
Möbliertes Vorderzimmer, Bad, 1 oder 2 Herren, Dronienstr. 60 I rechts. 699b
Möbliertes Zimmer für 1-2 Personen, Altonaerstr. 24, Hof 1 Treppe links. 716
Kleines möbliertes Zimmer, Altonaerstr. 53, Hof IV, Küche. 7121
Möbliertes Zimmer, Gneisenaustraße 52, Gartenhaus II, Sonnig.

Schlafstellen.
Möblierte Schlafstelle, Reinickendorf, Dronienstr. 6, vorn III. 697b
Möblierte Schlafstelle, Herren, Rummelsburg 62 III, Röh. 6985
Möblierte Schlafstelle, Gneisenaustraße 225, vorn III bei Döf.
Möblierte Schlafstelle, Dronienstr. 38 III rechts. 7121
Schlafstelle für Herren, Frau Schmidt, Kopenstr. 45. 85/11

Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
Korbmacher verlangt Josephstraße 15. 7141
Korbmacher auf Rohrriepen verlangt Teltowstraße 32, Reiter.
Wannsee auf gute Jalousien, Gabelst., im Hause, Schneider, Alsterstraße 3. 696b

Säulen-Röhren Seidenblusen. Hilpert, Voghen, Wühlstraße 51.
100 Kamelien, Damenblusen, Vokale, Kettmann, Petersburger Platz 7. 743*

Im Arbeitsmarkt durch befördernden Druck herorgegebene Anzeigen lohnen 50 Pf. die Zeile.
Ich suche zum sofortigen Eintritt einen Französischen, nicht über 22 Jahre alt, der perfekt stenographieren und die Schreibmaschine (Remington) schreiben kann. Bedingungen nur schriftlich mit Zeugnisabschriften und Photographie (letzte wird natürlich zurückgeschickt, für Originalzeugnisse jede Garantie abgelegt) unter Angabe an Justizrat Georg Brund, Rauerstr. 68. 6942

Ein Dekorateur
welcher in seinem Fach gut bewandert ist und die französische Sprache zu erlernen wünscht, würde in einem großen Verkaufsmagazin von Stoffen und Nouveautés für Damen in Gens Stellung finden. Wenn nicht ganz qualifiziert, umhüll sich zu melden. Offerten unter F. 21487 X an Hausenstein u. Vogler Gens (Schweiz).

Achtung! Achtung!
Fürschrner und Schneider!
Bei der Firma 102/15*
Jakob & Bräutigam,
Martyrasenstr. 58,
haben wegen des Verhaltens des Betriebsführers sämtliche Kollegen und Kolleginnen die Arbeit niedergelegt. Es wird daher die Sperre verhängt.
Verband der Kürschner.
Verband der Schneider.
Die Ortsverbände.

Achtung!
Holzarbeiter
Wegen Streit und Differenzen sind gesperrt:
für Tischler, Holzer und Maschinenarbeiter
Firma Schindler, Namenstraße, Firma Staats, Oberbaumstr. 5.
Sämtliche Betriebe in den Orten Rathenow, Fürstentum, Mühlau, Segeberg (Holstein) und Waggelburg.
Gleichzeitig eruchen wir die Kollegen aller Branchen der Holzindustrie das Vermittlungsbüreau Blumenthalstr. 4 und Kuhlenbamerstraße 3 streng zu meiden.
Für Einsender:
die Bauten Vendschtr. 16, Sonnenstraße 30 in Landis und Wundschelstr. 68 und in Charlottenburg.
Für Stellmacher:
Berliner Motorenwagenfabrik in Reinickendorf.
Die Ortsverwaltung.

Die Gemeindegewählerlisten liegen nur noch bis zum 30. Juli aus.

Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Wie aus dem Annoncenteil der heutigen Nummer ersichtlich ist, finden heute, Mittwoch, den 28. Juli, in den neuen Gruppen Gruppenversammlungen statt, in denen jedes Mitglied des Wahlvereins der sehr wichtigen Tagesordnung wegen antworfend sein muß.

Zu welchen Gruppen und zu welchem Wahlbezirk die Mitglieder Aufstufung gehören, erfährt jedes Mitglied durch das ihm zugestellte Straßenverzeichnis.

In diesen Gruppenversammlungen darf kein Mitglied fehlen.
Der Vorstand.

Eichwalde, Zeuthen, Niedersdorf. Die Generalversammlung des Wahlvereins findet am Mittwoch, den 28. d. M., abends 8 1/2 Uhr, in Niedersdorf, Restaurant „Zur Wähle“, statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht des Kassierers. 3. Vortrag des Genossen Wiede. Mitgliedsbuch legitimiert!
Der Vorstand.

Friedenau. Heute, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei Schellhase, Steglitz, Ahornstraße 15a. Aufnahme neuer Mitglieder, Vortrag des Genossen Regel über „Genossenschaftswesen“ u. a. Keiner darf fehlen!
Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

„Allerneuestes“ ist es zumeist nicht, was durch die Veröffentlichungen unserer Stadtverwaltung bekannt gegeben wird. Die Jahresberichte des Magistrats über die einzelnen Verwaltungsgebiete kommen zwar jetzt nicht mehr ganz so spät heraus, wie das ehemals die Regel war, aber ein rundes Jahr geht immer noch darüber hin, bis sie vollständig vorliegen. Manches, was da mitgeteilt wird, ist inzwischen längst durch neuere Ereignisse überholt und abgetan worden, so daß es kaum noch geschichtlichen Wert hat. Wenn es vielleicht nicht möglich ist, solche Berichte sogleich nach Schluß des Etatsjahres in wenigen Monaten oder gar Wochen fertig zu machen, so versagt diese Entschuldigungsgegenüber der Langsamkeit der Berichterstattung, die zuweilen auch an dem vom Magistrat herausgegebenen, allsonntäglich erscheinenden „Gemeindeblatt“ zu beobachten ist. In den letzten drei Nummern dieses magistratlichen Publikationsorgans, das unter Leitung des Stadtrats Kalsch, eines ehemaligen „Berliner Tageblatt“-Redakteurs zusammengestellt wird, sind uns wieder ein paar tolle Beispiele begegnet. Am 11. Juli fanden wir in Nr. 28 des „Gemeindeblatt“ einen Bericht über die letzte Versammlung der Armenkommissionsvorsteher. Die Versammlung hatte stattgefunden am 21. Mai, mithin waren zur Fertigstellung und Veröffentlichung des Berichts reichlich 7 Wochen erforderlich gewesen. Noch länger hat es gedauert, bis die Berichte über die diesjährigen Versammlungen der Gemeindegewählerräte an die Öffentlichkeit gelangen konnten. Am 20. April waren für die Waisenkreise I-V und am 30. April für die Waisenkreise VI-X die Versammlungen der Gemeindegewählerräte abgehalten worden, aber erst am 18. Juli bezw. am 25. Juli konnte man in Nr. 29 bezw. in Nr. 30 des „Gemeindeblatt“ lesen, was dort verhandelt worden ist. Die „Neuigkeiten“ dieser beiden Berichte waren nahezu drei Monate alt.

Da wir gerade dabei sind, und mal mit den Wunderlichkeiten des magistratlichen Publikationsorgans zu beschäftigen, so wollen wir die Gelegenheit benutzen, noch ein anderes Kuriosum festzunageln, das wir im „Gemeindeblatt“ schon seit Monaten mit Kopfschütteln verfolgt haben. Das Kuratorium der Heilstätten veröffentlicht hier allwöchentlich eine Zusammenstellung über die Heimstättenfrequenz der letzten Wochen und allmonatlich eine Zusammenstellung über die Heimstättenfrequenz des letzten Monats. Nun war die Heimstättenfrequenz der letzten Wochen und allmonatlich eine Zusammenstellung über die Heimstättenfrequenz des letzten Monats. Nun war die Heimstättenfrequenz der letzten Wochen und allmonatlich eine Zusammenstellung über die Heimstättenfrequenz des letzten Monats. Nun war die Heimstättenfrequenz der letzten Wochen und allmonatlich eine Zusammenstellung über die Heimstättenfrequenz des letzten Monats.

Der Streit um die Kaffeenerkung im alten Berlin. Vor etwa 150 Jahren befanden sich die Berliner in ähnlicher Lage mit dem Kaffeeverkauf wie wir heute angefaßt des Kaffeeverkaufes. Friedrich der Große hatte nämlich im Jahre 1763 ein Kaffeemonopol eingeführt und den Kaufleuten den Kaffeeverkauf völlig entzogen. Die Folge war, daß man anfangs, Surrogate zu suchen, Fälschungen und Fälschungen, auch Roggen brannte und als Kaffeebohnen benutzte und dergl. Da diese Mittel aber wenig Weisheit hatten, gingen die Kaufleute, die bisher mit Kaffee gehandelt hatten, an, ihn durch die Waise zu schmuggeln und dieses Kontrebandengeschäft blühte um so mehr auf, als man 1772 den Kaffeegoll auf sechs Groschen für das Pfund erhöhte. Infolgedessen erließ der König am 19. April 1777 ein Edikt, wonach die Transportierung des Kaffees nur durch Polizeibeamten erfolgen und kein Kaufmann Kaffee ohne Erlaubnischein im Hause haben durfte. Für Berlin wurde außerdem noch eine besondere Einrichtung getroffen. An Stelle der bisherigen reitenden Brigaden, welche die Schmuggel überwachen sollte, traten drei Brigaden zu Fuß, die das Volk alsbald Kaffeereicher kaufte. An den Grenzen und selbst in den Berliner Straßen kam es zwischen den Bürgern und diesen Brigadiers oft zu Kämpfen und es wurde hier sogar ein Polizeibeamter von einem Schmuggler erschossen. Es zeigte sich bald, daß sich allerlei beschäftigungslose Leute auf das einträgliche Gewerbe des Schmuggelns legten und 1783 erlaubte man daher den Standespersonen, ihren Kaffee selbst zu kochen, während der Preis im Verkauf ermäßigt wurde. Endlich wurde 1784 auch der Kaffeegoll wieder herabgesetzt und die Preise für gebrannten Kaffee, dessen Einlauf die Seehandlung zu besorgen hatte, weiter ermäßigt. Man hatte sich eben überzeugt, daß allzu scharf schattig macht.

Recht Takt, meine Damen und Herren.

Die „Berliner Illustrierte Zeitung“ richtet an die Patrioten ein ernstes Mahnwort, bei den Spaziergängen der kaiserlichen Familienmitglieder ihre Rücksichtslosigkeit und ihr aufdringliches Gebaren ein wenig einzubäumen. Wenn die Herrschaften im Tiergarten lustwandeln, würden sie derart durch Anstörren und Nachfolgen belästigt, daß es diese peinlich berührt. Diese Maßnahme, deren Berechtigung an sich durchaus anzuerkennen ist, mutet bei einem Blatte wie die „Berliner Illustrierte Zeitung“ mehr wie sonderbar an. Zählt sie doch gerade zu jener Sorte Blätter, die die tollsten hygienischen Parabeln schlagen und förmlich schwelgen im widerlichsten, ekelhaftesten Servilismus. Wenn der Welt tagtäglich über die hohen Herrschaften die plattesten, banalsten Nachrichten mit einer ungeheuren Wichtigkeit mitgeteilt und sie selbst im Bilde von vorn und von hinten und von allen Seiten, in allen möglichen und unmöglichen Posen vorgeführt werden, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn die ständigen Leser dieser Blätter zu Trotteln verblöden, die in jeder hochgeborenen Person ein übermenschliches Wesen sehen. Muß denn nicht ein Ausländer, der diese erbärmliche Schweifwebele, dieses häßliche Riesen der unentwegten Patrioten mit anseht, sich im Innersten angeleibert fühlen? Wer aber täglich in die Schloßgegend oder in den Tiergarten kommt, kann die Beobachtung machen, daß der monarchisch durchdränkte Mob an Takt- und Bescheidenheit nicht gut mehr übertriften werden kann. So kann man dort die tollsten und lächerlichsten Szenen sehen, und erst kürzlich hätte eine junge Dame beim „Dreiklang“ der nahenden kaiserlichen Automobile beinahe Hals und Beine gebrochen, um ja noch rechtzeitig an die Straße zu gelangen und eine Nase voll kaiserlichen Verzierungsstanz zu erhaschen.

Konstant aber liegt sich der Schluß des Artikels in dem genannten Blatte: „Muß es nicht auf die Füßchen einen schlechten Eindruck machen, wenn sie sehen, daß das Publikum ihnen in würdevoller Weise nachläßt? Mehr Takt, meine Damen und Herren!“ Ja, liebe „Illustrierte“, du hast ja dein gerüttelt Maß voll mitgewirkt bei der Verblödung der Massen, und der Streinismus geht in diesen Kreisen unter der trügerischen Witzhülle der Klatsch- und Wilderprelle (nicht zu vergessen die Schmeichelei) unaufhaltsam vorwärts. Bis eines Tages eine gesunde Reaktion von unten herauf mit einem frischfröhlichen Wirbelsturm diesem Verblödungsprozeß Einhalt gebietet.

Willige Importen. Mit Rücksicht auf die bevorstehende Erhöhung der Tabaksteuer haben die Zigarrenhändler in der Friedrichstadt Ausverläufe von Importzigarren zu wesentlich herabgesetzten Preisen veranstaltet. Die Importen unterliegen der Nachbesteuerung und viele der Zigarrenhändler mühten nach ihren gegenwärtigen Lagerbeständen am 15. August Beträge von 100 000 bis 150 000 M. aufzubringen, um die Nachbesteuerung vollziehen zu können. Um dem zu entgehen, suchen sie das Lager nach Möglichkeit zu räumen und verlaufen, wie sie durch Plakate bekannt geben, die Importen zu bedeutend herabgesetzten Preisen. — Alle übrigen durch das neue Steuergesetz betroffenen Artikel haben bekanntlich schon jetzt eine Preissteigerung erfahren.

Ueber die unhaltbaren Zustände im Stadt- und Vorortverkehr an Sonn- und Festtagen ist schon vielfach geklagt worden. Zu förmlichen Schredensszenen kam es jedoch, wie nachträglich von Augenzeugen berichtet wird, am Sonntag auf dem Friedrichshagener Bahnhof. Kurz vor 10 Uhr abends kam von Ebnor ein bereits überfüllter Vorortzug eingelaufen. Sämtliche Kupees waren gedrängt voll, während auf dem Bahnhof Friedrichshagen Hunderte von Personen standen, die beim Einlaufen des Zuges gewaltig in die überfüllten Abteile einzudringen suchten. Das nun entstehende Gedränge spottete jeder Beschreibung. Die Kupees wurden derartig überfüllt, daß die Türen kaum geschlossen werden konnten oder wieder aufsprangen. Zahlreiche Personen standen auf den Trittbrettern und verzweifelten immer wieder ein Plätzchen zu finden. Da jetzt sich plötzlich der Zug in Bewegung, während noch auf den Trittbrettern Fahrgäste sich befanden und die Türen einzelner Abteile offen standen. Die Leute sprangen schnell herunter und hierbei geriet ein Mann mit den Beinen zwischen die Betonwand und den rollenden Zug. Nur dem Umstand, daß ein Bahnbeamter sich in unmittelbarer Nähe befand, der den Gefährdeten zurückerief, ist es zuzuschreiben, daß dieser ohne Verletzungen davonkam.

Verwahrloste Berliner Kirchhöfe. Wenn Fremde, die ja jetzt alljährlich zu Hunderttausenden nach Berlin kommen, sich der Mühe unterziehen wollten, auch die Berliner Vorortkirchhöfe zu besichtigen, würden sie von der modernen Kirche und ihren Geschäftspraktiken eine herzlich schlechte Meinung erhalten. Vielleicht in keiner zweiten deutschen Großstadt werden Kirchhöfe und ihre Grabstätten so verwahrloßt, wie in Berlin. Man hört und liest so oft von der „Schönheit und würdevollen Ausstattung“ unserer Weltstadtkirchhöfe. Aber das trifft nur auf die durchweg innerhalb des Reichsbildes belegenen älteren Kirchhöfe zu, bei denen die Natur durch üppige Baumumwidelung und Wucherung von Schlinggewächsen erst nachgeholfen hat, sowie bei einigen neuen, beispielsweise bei dem städtischen Zentralfriedhof in Friedrichsfelde. Auch die südlichen Begräbnisstätten sind durchweg in einem würdigen Zustande. Ein großer Teil derjenigen Kirchhöfe aber, welche innerhalb der letzten dreißig Jahre von den einzelnen Kirchengemeinden in den verdichteten Berliner Vororten angelegt sind, macht einen höchst verwahrlosten Eindruck. Vorn an der Straßenfront erhebt sich hinter dem gemauerten oder hölzernen Portal eine fast villenartige Verhauung für den Kirchhofverwalter. Auch die Leichenhalle ist meist und oft nicht unähnlich gebaut. Auf den katholischen Kirchhöfen gebt ferner zur ersten Anlage das kostspielige Denkmal eines gekreuzigten Christus. Aber wie sehen die Grabstätten aus! Nur im Vorderteil des Kirchhofes eine dürftige Schmuckanlage und gutgepflegte, d. h. bezahlte Gräber. Nach wenigen Schritten kommt man auf ungebundenes, mit Ankratz überwuchertes Aderland. Wege und Anlagen auch hier hinten herzustellen, wo stellenweise schon beerdigt ist, fällt der Kirche gar nicht ein. Das kostet ja Geld. Und ohne Geld macht die Kirche, besonders die katholische Kirche, absolut nichts. Sie wartet einfach ab, bis nach langen Jahren die öden Stellen mit Gräbern bedeckt sind. Beispielsweise sind die beiden katholischen Kirchhöfe in Reinickendorf ein wahrer Hohn auf die doch sonst gerade von der katholischen Kirche so überlaut betonte Pietät. Viele Hunderte von Hügel an beiden Kirchhöfen, die erst ein Jahrzehnt benutzt werden, sind verfallen oder dem Erdboden gleichgemacht. Nicht mal ein Wahl mit Nummer findet, daß hier tote Menschen ruhen. Schutt und Geröll liegt allenthalben umher, meterhoch steht das Ankratz. Die Hunderte von fahlen, verwahrlosten Grabstätten zwischen den gepflegten Hügel nehmen sich außerordentlich häßlich und lieblos an. Man wird gewiß nicht verlangen, daß die Kirche den unmittelbar nach der Beerdigung errichteten Hügel jahrzehntelang, bis zur Beendigung der Liegefrist, unterhält. Aber warum kann nicht der Kirche die Pflicht auferlegt werden, eingefallene hohe Hügel in derselben Weise zu erneuern, wie die Armenhäuser in Friedrichsfelde aussehen? Das könnte die Kirche von den hohen Kosten, die sie sich für die Beisetzung bezahlen läßt, sehr wohl abrichten. Man weiß doch dann, daß hier ein Mensch ruht, und es wird nicht pietätlos über die Gebeine Tausender, deren Angehörige zu mittellose sind, um neue Sporteln zu bezahlen, hinweggeschritten. Aus freien Stücken wird sich freilich hierzu die Kirche nicht bequemen. Man muß sie gezwungen werden, die Pietät, welche sie stets im Munde führt, auch in der Praxis zu betreiben. Das beste Gegen-

mittel ist natürlich der Austritt aus der Kirche, die von den Lebenden möglichst viel Geld nimmt und für die Toten nicht sorgt. Dann erhält man da, wo die Dissidenten den letzten Schlaf schlafen, wenigstens eine würdige Ruhestätte.

Eine Klage über Zustände am Lehrter Bahnhof wird uns übermittelte mit der Bitte um öffentlichen Hinweis. Arbeiter fährten uns: Wir sind gezwungen, täglich vom Lehrter Bahnhof nach Spandau zu fahren. Kommen wir abends gegen 7 Uhr auf dem Lehrter Hauptbahnhof an, so steht dort der D-Zug nach Spandau. Oft steht die Maschine unter der Brücke, über welcher sich der Stadtbahnhof befindet und die Treppe, welche zu diesem führt, wird so stark von dem dem Schoruschein der Lokomotive entstehenden Rauch angefüllt, daß man diese im Galopp mit angehaltenem Atem hinauflaufen muß, um nicht allzuviel Qualm zu schlucken. Trotzdem leidet man noch eine ganze Zeit nach dem Passieren jener Stelle an den Folgen dieser Qualmabströmung. Würde die Eisenbahnverwaltung nicht umstände sein, diesem Uebelstande im Interesse der Gesundheit vieler Menschen abzuwehren?

Durch Nahrungsforgen in den Tod getrieben. Erschossen hat sich gestern der 32 Jahre alte Köpfermeister Hermann R. aus der Lichtenbergerstraße 23. R. war längere Zeit hindurch arbeitslos. Er vermochte nicht für sich und seine Familie das tägliche Brot herbeizuschaffen und wählte schließlich in der Verzweiflung seinen anderen Ausweg mehr, als sich das Leben zu nehmen. Gestern jagte er sich eine Kugel in die Schläfe und war sofort tot.

Polizeiliche Ansichten über Verkehrshinderung. Die Ansichten der Polizei darüber, was alles den Verkehr hindert, sind oft seltsamer Natur. Gerade die Arbeiter haben das oft erfahren müssen, wenn es sich um Streikposten handelt. Eine Straße kann noch so menschenleer sein, geht in derselben aber ein Streikposten auf und ab, wird er im polizeitechnischen Sinne immer den Verkehr hindern und entweder fortgewiesen oder gar fesselt. Interessant ist nun, daß diese Praxis auch Geschäftsleuten gegenüber angewendet wird. Stand da der Filialleiter der Firma Wabe, Rosenfelder Straße 53, dieser Tage vor dem Schaufenster des Geschäfts, ohne Kopfbedeckung, zirkelnd Schritt von der Schaufensterschwelle entfernt auf dem Bürgersteig, um zu sehen, wie sich die Dekoration im Schaufenster ausnimmt, als er schon von einem Polizeibeamten aufgefordert wurde, weiterzugehen. Der Filialleiter war darüber nicht schlecht erkrankt. Am Montag wiederholte sich der Vorgang. Von einem Schupmann wurde der genannte Herr aufgefordert, weiterzugehen. Das Stehen auf dem asphaltierten Bürgersteig sei nicht erlaubt, weil es nach der Polizeivorschrift den Verkehr hemmen würde. In diesem zweiten Falle hatte sich der Nachbar zu ihm gestellt, ohne zu ahnen, welches Verkehrshindernis hiermit geschaffen würde. Auf eine Beschwerde beim Polizeileutnant erhielt der Geldwerdeführer, daß er noch ein Strafmandat bekommen werde. Gelappt sind wir, wie dann das Gericht entscheiden wird. Wo ihrer zwei zusammensteht, da sollen sie auseinandergehen! wird also auch heute buchstäblich bei uns angewendet. Man fragt sich oft: hat denn die Polizei nichts Besseres zu tun?

Der Polizeirevolver spielte am Montag in der Raumerstraße eine Rolle. Der Polizeibericht stellt die Sache folgendermaßen dar: „In der Raumerstraße lud gestern nachmittag der 30 Jahre alte Kutscher Otto Scheffler aus der Schilkenstraße 30 auf einem unbefestigten Grundstück einem Verbot zuwider Erde ab, die er von einer Ausbuchtung geholt hatte. Als der Schupmann Wusch vom 98. Revier ihn anhielt und feststellen wollte, schlug Scheffler auf die Erde ein, um davonzugehen. Der Beamte fiel den Tieren in die Fänge und brachte sie zum Stehen. Jetzt sprang der Kutscher vom Wagen und schlug dem Schupmann dem Helm vom Kopfe. Wusch zog blank und verletzte Scheffler einen Hieb über die linke Schulter. Von sechs Neubauten, die in unmittelbarer Nähe errichtet werden, eilten mehrere Steinwürfer herbei und ermunterten Scheffler durch Zurufe wie: „Feste, hau den Blauen!“ Auch Maurer riefen von den Bauten herunter: „Immer feste drauf!“ u. dergl. So angefeuert, wollte sich der Kutscher abermals auf den Beamten stürzen, den jetzt auch noch acht Steinwürfer umringten. In dieser Lage griff Wusch zur Bronningpistole und gab zwei Schüsse ab. Der eine traf Scheffler in die rechte Schulter, der andere den Beamten selbst an der linken Hand, mit der er seinen Gegner ergreifen wollte. Jetzt liefen die Steinwürfer davon, zwei von ihnen aber wurden von drei Schupmannen, die dazukamen, eingeholt und festgestellt. Scheffler wurde auf der Rettungswache in der Gaudistroye verbunden und als Polizeigeisfangener nach der Charité gebracht. Wusch, dem nur der Daumen der linken Hand gestreift war, konnte seinen Dienst fortsetzen, nachdem er auf der Revierwache einen Verband erhalten hatte.“

Ob die Darstellung richtig ist, können wir nicht beurteilen. Der Deutsche Arbeiter-Sängerbund, Gau Berlin, hielt am 25. Juli in der Brauerei „Friedrichshain“ eine Auditionsübung ab. Zur Aufnahme gemeldet war „Groß-Lichterfelder Männerchor“, Sangesbruder Barowski führte hierzu aus: In Groß-Lichterfelde habe sich infolge Wirtshausveränderungen der Wirtshausverein gebildet, welcher zum großen Teil aus Funktionären der Partei und Gewerkschaften bestehe. Alle Bemühungen des Vorstandes, beide Vereine wieder zu vereinen, seien an der Starrköpfigkeit und Eingeschlossenheit des alten Vereins „Einigkeit“ gescheitert. Der Vorstand empfehle die Aufnahme des Vereins und Ausschluß des Vereins „Einigkeit“. „Groß-Lichterfelder Männerchor“ wird hierauf einstimmig aufgenommen, ebenso einstimmig der Ausschluß des Vereins „Einigkeit“ beschlossen. Sangesbruder Kupfer ersucht, die vom Vorstand getroffenen Anordnungen zum Sängerefest strikte einzuhalten. Der nachgesuchte Festzug ist vom Ortsvorsitzer aus verkehrstechnischen Gründen verworfen worden, eine Beschwerde an den Landrat ist aus denselben Gründen abgewiesen worden. Beschlossen wird, daß eine Fahnendeputation von je drei Mann einen Umzug im Lokal veranstaltet; Antritt pünktlich 2 1/2 Uhr im Raabiter Säulenhause. Der Verband der Zivilberufsmuster hat es abgelehnt, zum Sängerefest die Musik zu stellen, weil vom Vorstand verlangt wurde, daß alle gestellten Musiker dem Verbandsangehörigen müßten. Diese Bedingung könne der Verband nicht eingehen. Bezüglich des Verbandes der Staats- und Gemeindearbeiter teilt der Vorstand mit, daß sich Agitationsausschüß sowie Gewerkschaftskommission mit der Angelegenheit befaßt haben und in Zukunft nur noch Bundesvereine zur Mitwirkung herangezogen werden sollen. Der Verein „Tonbläser“ hat sich aufgelöst, weil er den Bestrebungen des Bundes auf Verschmelzung kleinerer Vereine zu größeren Chören entgegensteht. Der Verein der Maler teilt gleichfalls seine Auflösung mit. Sangesbruder Kienke, Verein „Kornblume“, teilt mit, daß fünf Mitglieder ausgeschlossen wurden weil dieselben den Anforderungen des Bundesstatuts nicht entsprachen. Die Generalprobe zum Sängerefest findet am 30. Juli (Freitag) 8 Uhr in der Brauerei Friedrichshain statt. Der Vorstand ersucht um rege Beteiligung.

Bei dem Sommerfest des sechsten Kreises sind folgende Gegenstände gefunden worden: Ein Trauring, ein gelber Damengürtel, ein schwarzer Schiefer.

Als verloren gemeldet sind eine Damenhandtasche mit Portemonnaie und mehreren Schlüsseln und ein Regenschirm. Verlorene wie gefundene Gegenstände sind abzugeben respektive in Empfang zu nehmen im Bureau des Kreises, Nauenstr. 6.

Mitgliedsbücher vom Wahlverein und vom Deutschen Transportarbeiterverband sind am 20. Juli, nachmittags 5 Uhr, im Büro oder im Hofe des Hauses Elisabethufer 51 verloren gegangen. Das Wahlvereinsbuch trägt die Nr. 1099 und ist vom 3. Kreis ausgefüllt, während das Buch vom Transportarbeiterverband die Nr. 17146 hat. Der Finder wird gebeten, die Bücher an Ditto Grönede, Elisabethufer 51, Hof links IV, abzugeben zu wollen.

Im wissenschaftlichen Theater der Urania gelangt der mit zahlreichen farbigen Bildern aus den Etagen des Alpenlandes ausgestattete, touristisch wie wissenschaftlich gleich interessante Vortrag "Die Gletscher der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat", der ein Stück Erdgeschichte vor den Augen des Beschauers abrollt, am Donnerstag zur Darstellung. Am Freitag wird der Vortrag "Ueber den Brenner nach Benedig" und am Sonnabend der Vortrag "Der Montblanc, Tal- und Höhenveränderungen im Gebiete des Königs der Alpen" wiederholt werden.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht hatte die Feuerwehr wieder an zahlreichen Stellen zu tun. U. a. in der Magazinstr. 19, wo im Erdgeschoss des Quergebäudes bei Gländig Kohlen, Reisforn, Hausrat, Türen u. a. brannten. In der Dwenstr. 18 und Fürstenwalder Str. 10 brannten Betten, Gardinen, Matrasen u. a. in Wohnungen und in der Kaffianallee 84 Putzwaolle u. a. in einem Fabrikraum. Aus d. G. G. 23 wurde ein Küchenbrand gemeldet. Der 3. Zug rückte dorthin aus und beseitigte die Gefahr. In einem Keller in der Michaelstr. 15 brannte Honig u. a. in den Verschlägen unter großer Qualmentwicklung und mußte die Feuerwehr kräftig löschen, um eine weitere Ausdehnung zu verhüten. Vor dem Hause Neue Königstr. 42, an der Alten Schützenstraße, entstand kurz nach 11 Uhr ein elektrischer Strahlenbrand, wodurch der Verkehr eine Zeitlang stockte. Eine zweite Verkehrsstörung entstand aus derselben Ursache in der Oranienstraße, nahe der Lindenstraße. Die Wagen mußten aus dem Verkehr gezogen werden. In der Bülowstraße 45 stand das Zwischengebäude einer Wohnung in Flammen.

Vorort-Nachrichten.

Dichtenberg. In schamhaftiger Wut über den Rasenstüber, den wir dem hiesigen Schwindelblättchen mit einer objektiven Sachdarstellung über die Lüge-Schönung zu teil werden ließen, schimpft das Papier des Stadtrats Koch. Anders weiß es keine Antwort, was wir hiermit registrieren.

Adlershof. Die Gemeindevertretung beschloß in ihrer Sitzung vom 22. d. M. den Friedhof am Ausgang der Hadenbergstraße mit einer massiven Mauer und festem Gitter versehen zu lassen. Die Arbeiten wurden dem Unternehmer Venkert für 1413,50 M. übergeben. Die Pflasterung der verlängerten Handbergstraße (27 247,50 M.), der Hadenbergstraße (88 887 M.), der Dismardstraße zwischen dem Adlershof und der Kaiser-Wilhelmstraße inkl. der Gleisüberlegung auf diesem Teile (113 889,15 M.) für insgesamt 179 903,65 M. wurde dem Steinseher Louis Schier in Berlin übertragen. In der Beratung dieser Angelegenheit wurde darauf verwiesen, daß bei allen drei Straßen die Submittenten mit ihren Offerten in gleicher Reihenfolge sind, wodurch der Verdacht, daß die Submittenten einen Ring gebildet haben, um eine gegenseitige Konkurrenz zu vermeiden, begründet erscheint. Hierdurch würde selbstverständlich die Gemeinde schwer geschädigt werden. Beschlossen wurde, in der Folge die Ausschreibungen wieder öffentlich vorzunehmen und in prinzipielle Forderungen darüber einzutreten, wie in Verbindung mit anderen Kommunen derartigen Ringbildungen energisch entgegenzutreten werden kann. Folgende Straßen sollen mit Regenwasserläufen versehen werden: Raddestraße zwischen der Straße 2 und der Kaiser-Wilhelmstraße, Meyerstraße, Friedenstraße, Kaiser-Wilhelmstraße, Oppenstraße und Auguste-Viktoriastraße zwischen der Kaiser-Wilhelmstraße und Krenzstraße, Genossenschaftsstraße, Dismardstraße zwischen der Kronprinzenstraße und Waldstraße. Die bedingt eingeholten Offerten hierfür ergaben Preisdifferenzen von 48 437 bis 58 516,25 Mark. Der Zuschlag wurde dem Unternehmer Ufermann als dem Billigstfordernden erteilt. Ein Teil des Feldweges nördlich der Dismardstraße, angrenzend an das Bodenstedische Terrain, wurde der Frau Bodenstedt für 100 M. pro Quadratmeter verkauft. Durch den Antrag des Fleischbeschauers, die hiesige Fleischbank nach dem Grundstück der 1. Gemeindegasse zu verlegen, wurde eine längere Debatte herbeigeführt; deren Ergebnis war, daß der Gemeindevorsteher beauftragt wurde, Einzelanträge für die Freibank auf dem Grundstück des Gemeindegamies zu treffen und der Gemeindevertretung in ihrer nächsten Sitzung Bericht zu erstatten. Durch diesen Beschluß wurde verhütet, daß die Schulkinder und Lehrer mit den lästigen Gerüchen belästigt werden, welche immer eine traurige Begleiterscheinung der Freibank bleiben werden. Von dem im Orte vorhandenen Elend zeugte die Mitteilung, daß das auf der Freibank feilgebotene minderwertige Fleisch reichenden Absatz findet. Die Statistik der Bevölkerungsentwicklung weist wiederum eine Zunahme von 19 Einwohnern auf und betrug die Einwohnerzahl am 30. Juni 10 147.

In der Generalversammlung des Wahlvereins am 20. Juli erstattete Genosse Ligner den Bericht des Vorstandes vom verfloffenen Halbjahr. Es haben stattgefunden 8 Vorstandssitzungen, 1 Generalversammlung, 1 Mitgliederversammlung, 2 öffentliche Versammlungen, 1 Arbeitslosterziehung, 1 Landagitation und 1 Vornarragitation. Ferner wurden 6 verschiedene Flugblätter verbreitet. Genosse Reumann gab den Kassendbericht vom 2. Quartal; derselbe ergab eine Einnahme von 422,60 M. und eine Ausgabe von 450,45 M., mithin ist ein Defizit von 27,85 M. vorhanden. Der Expeditionsbericht zeigt eine Einnahme von 2083,63 M. und hat eine Ausgabe von 1931,36 M.; es ist somit ein Ueberschuß von 152,27 M. erzielt worden. Die Zahl der Vornarragitationen ist von 503 bis auf 523 gestiegen. Neu eingetreten in den Wahlverein sind 19 Mitglieder, davon 8 weibliche. Bestanden sind im zweiten Quartal 2 Genossen. Den Tätigkeitsbericht vom Bildungs-ausschuß gab Genosse Horst. Den Kassendbericht Genosse Stropp. Bei Beratung über das neue Organisationsstatut wird der von der Kommission vorgelegte Entwurf angenommen. Als Delegierter zur Kreisgeneralversammlung wurde Genosse Klemann gewählt. Als Delegierte zur Verbandsgeneralversammlung die Genossen Poppe, Schwarzlose und Geppert. Nachdem noch auf das am 15. August stattfindende Gewerkschaftsfest hingewiesen wurde, richtete der Vorsitzende an die Anwesenden ein ernstes Mahnwort, sich von den ungünstigen Verhältnissen nicht entmutigen zu lassen, vielmehr mit erneuter Kraft und Energie sich der Agitation zu widmen.

Röpenitz. Ein an Lustmordversuch grenzendes Verbrechen ist in der Nacht im Forst bei Hirschgarten verübt worden. Der 25 Jahre alte Händler Ferdinand Jels aus Friedrichshagen lockte ein junges Mädchen, das gleichfalls in dem erwähnten Vorort wohnt, nach dem nahen Wald und ließ dort über sein weiches Opfer her. Er schlug es zu Boden, steckte ihm einen Knebel von Gras in den Mund und verging sich nun in der schwersten Weise an dem unglücklichen Geschöpf. Es gelang schließlich dem Mädchen, sich des Knebels zu entledigen und Hilfe zu holen. Ein patrouillierender Gendarm eilte darauf herbei und nahm den Unhold fest. Er wurde in das Röpenitzer Amtsgericht eingeliefert. Das überfallene Mädchen, das schwere Verletzungen erlitten hatte, wurde zu einem Arzt gebracht.

Straßen. Bei der Verlosung auf unserem Volksfest am Sonntag sind die Gewinne der Losnummern 214, 559, 883 nicht abgeholt worden. Gegen Vorzeigung vorgenannter Nummern können dieselben beim Genossen Wessel, Marktgrasendamm 7, in Empfang genommen werden. Verantwortl. Redakteur: Wilhelm Düwel, Dichtenberg. Für den

Wittenau. In einer gut besuchten öffentlichen Versammlung sprach die Genossin Martha Feige über das Thema: "Wie wird sich die wirtschaftliche Lage der Frauen nach den neuen Steuergesetzen gestalten?" Dem Vortrage, welchem die Anwesenden mit großer Aufmerksamkeit gefolgt waren, folgte eine rege Diskussion. Sämtliche Redner sprachen sich gegen die neuen Steuern und die Art der Regelung der Finanzreform aus. Die Aufforderung, dem Wahlverein beizutreten, hatte den Erfolg, daß am Schlusse der Versammlung der Vorsitzende mehrere neue Aufnahmen zur Verlesung brachte. Den Wittenauer Genossen soll diese Versammlung ein Ansporn zur regen Agitation im Orte sein; es ist hier noch ein großes Feld zur Weaderung frei, Aufklärung tut bitter not.

Friedenan. Ein Radfahrer holte am Montagnachmittag aus einer verschlossenen Gasse in der Haderstraße, Ecke Straße Nr. 1, ein einem dort beschäftigten Arbeiter gehöriges Rad heraus und verschwand auf Rimmerwiedersehen. Das Rad hat die Marke Victoria und hatte eine nach unten gebogene Lenkstange, schwarz lackierte Felgen, vernickelte Speichen, Storkhandgriffe mit Nickerlingen. Die hintere Felge war etwas ausgeplagt, auch fehlt am Hinterrade eine Speiche. Die Nummer des Rades ist 120 339. Personen, die über den Verbleib des Rades Auskunft geben können, wollen Mitteilungen an Friedrich Günther, Rigdorf, Glasowstraße 24, gelangen lassen.

Potsdam. Das Dreiklassenwahlrecht zur Stadtvertretung zeigt sich hier als besonderes Recht des größten Geldsacks. Nach den jetzt ausliegenden Wahllisten hat die 1. Abteilung 258 Wahlberechtigte aufzuweisen. Jeder Wähler dieser Klasse hat fünf und dreißigmal mehr Stimmrecht als ein Wähler der 3. Abteilung. In der 2. Abteilung, die 1768 Wähler hat, hat noch jeder Wähler fünfmal mehr Recht. Zur 3. Abteilung gehören 8921 Wähler, das sind 302 (also mehr wie die ganze 1. Abteilung) Wähler mehr als im Vorjahre. Auch bei der Wahl selbst tritt diese Ungleichheit nochmals zutage. Die 2. Abteilung mit ihren 1768 Wählern hat man in zwei Bezirke eingeteilt (799 und 967 Wähler). Bei der 3. Abteilung hält man auch nur zwei Bezirke für notwendig. In diesen Bezirken, die 5374 und 3547 Wähler zählen, müssen dann die Wähler am Wahltage ebenso lange warten, bis sie ihre Stimme abgeben dürfen. Die Beamten in dieser Abteilung wählen am Tage, den Arbeitern am Abend muß aber die Abgabe ihrer Stimme noch besonders schwer gemacht werden. Da zur Stadtverordnetenversammlung 60 Mitglieder, jede Abteilung 20, gehören, würden nach der Wählerzahl auf je 12 Wähler der 1. Abteilung ein Stadtverordneter entfallen, in der 2. Abteilung auf 67 Wähler und in der 3. erst auf 448 Wähler.

Gerichts-Zeitung.

Peter Ganter als Zeuge. Die Verhandlung gegen Peter Ganter, der durch seinen Kellnerbluß bekannt geworden war, wird noch einen zweiten Erfolg zu verzeichnen haben. Ein Ehepaar J. in Wiesbaden, welches vor einiger Zeit auf das eidlische Zeugnis Peter Ganter's hin zu Gefängnisstrafen verurteilt worden war, hat nunmehr einen Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens bei den zuständigen Gerichten eingereicht. Ganter war auf seinen vielfachen Reisen durch Deutschland auch nach Wiesbaden gekommen und hatte hier bei den Eheleuten J. ein Zimmer gemietet. Als G. einzuziehen sollte, versuchte er sich seinen Verpflichtungen zu entziehen, worauf ihm der Ehemann J. einen Brief schrieb, in dem er mit einer Klage und mit der Staatsanwaltschaft drohte. Ganter beantwortete diesen Brief mit einer Anzeige wegen versuchter Erpressung, in der er behauptete, die Frau J. habe ihn auf der Straße in nicht mißverständlicher Weise angesprochen und ihn zu einem "Schäferlindchen" eingeladen. Die Strafkammer in Wiesbaden verurteilte die Eheleute zu je sechs Monaten Gefängnis, und zwar allein auf die Anklage Ganter's hin. Es wäre auch zweifellos zu einer Strafvollstreckung gekommen, wenn nicht Ganter inzwischen seinen Kellnerbluß in Szene gesetzt und dadurch eine Handhabe geboten hätte, seine Glaubwürdigkeit anzugreifen. Die Staatsanwaltschaft in Frankfurt a. M. weigerte sich erst, die Strafvollstreckung aufzuheben, in dessen ordnete der Justizminister einen Strafausschub an, welcher jetzt auf drei Monate ausgedehnt ist, damit inzwischen das Wiederaufnahmeverfahren seinen Weg nimmt.

Schadenersatz bei Einschränkung des Fahrverkehrs durch die Polizeibehörde.

Das Reichsgericht hat dieser Tage den Grundsatze wiederholt, daß der Staat bei aus öffentlichem Interesse erfolgenden Verkehrseinschränkungen von Privatberechtigten Schadenersatz zu leisten habe. Der Kläger ist Eigentümer mehrerer im Grundbuch von Hohenfeld eingezeichneten Grundstücke, die zum Teil an den zur öffentlichen Straße gewordenen Wandsbeker Stieg stoßen und sich bis zu der in gleicher Richtung verlaufenden Wandsbeker Straße erstrecken. Dort befindet sich, auf der Grenze von zwei Grundstücken, ein den Wandsbeker Stieg mit der Wandsbeker Straße verbindender Fahrweg, der jetzt ebenfalls als öffentliche Straße benutzt wird. In diesem 10 Fuß breiten Fahrwege behauptet der Kläger den Besitz einer Grunddienstbarkeit auf Grund eines "Grundhauer-Kontraktes" vom Jahre 1825. Im Jahre 1906 ließ die Polizeibehörde der freien und Hansestadt Hamburg in Folge von Vorstellungen der angrenzenden Grundeigentümer zwei Tafeln anbringen, wonach der "durchgehende Wagenverkehr" auf der fraglichen Straße verboten wurde. Eine Vorstellung des Klägers wurde durch Befehl vom 31. Januar 1907 zurückgewiesen. Die Polizeibehörde machte geltend, daß die Sperrung des Weges für den durchgehenden Fuhrwerksverkehr wegen seiner geringen, das Ausweichen zweier Wagen nicht gestattenden Breite aus öffentlichen, Verkehrs- und sicherheitspolizeilichen Gründen dringend geboten sei. Sie bestritt des Bestehens einer Grunddienstbarkeit, hielt es aber auch für unerheblich.

Der Kläger begehrt deshalb im Klagede gegen die Polizeibehörde Hamburg Aufhebung des Verbots der Durchfahrt ebendort Leistung von angemessener Entschädigung, mindestens Zahlung von 6000 M. Das Landgericht und Oberlandesgericht Hamburg wiesen die Klage ab. Auf die Revision des Klägers hin kam das Reichsgericht zur Aufhebung des oberlandesgerichtlichen Urteils sowie die Entschädigungsansprüche betrieft, und verwies die Sache insoweit an das Oberlandesgericht zurück. In den Urteilsgründen legt das Reichsgericht zunächst dar, daß die Verwaltungsbehörden nicht rechtsfähig und infolge dessen nach § 50 der Zivilprozessordnung nicht parteifähig seien, und deshalb die beklagte Polizeibehörde im vorliegenden Rechtsstreit nur als Vertreter des hamburgischen Staates aufzufassen werden könne, der nach § 80 des Verfallgesetzes durch den Rechtsstreit verpflichtet werde. In materieller Beziehung führen die Entscheidungsgründe zum Streifpunkt aus, daß die Revision mit Recht die Verlegung gemeinrechtlicher, in Hamburg als Landrecht nach Artikel 77, 109 des Einbürgerungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch weiter bestehender Rechtsnormen rügen. Das solche Rechtsnormen verwirklicht sind, habe das Reichsgericht bereits in anderen Fällen (vergleiche für Sachen V 238/08) angenommen. Auch sei die Geltung der gemeinrechtlichen Normen in Fällen der vorliegenden Art für Hamburg anerkannt. (Vergleiche Entscheidung des Reichsgerichts Band 12, Seite 8, auch Rößdeder a. a. D. Seite 294). Nach den Grundätzen des gemeinen Rechts aber sei, wie das Reichsgericht in ständiger Rechtsprechung festgesetzt habe (vergl. außer der vorerwähnten Entscheidung Bd. 3 S. 171, Bd. 16 S. 161, Bd. 4 S. 148, Bd. 49 S. 282, Bd. 51 S. 255), für die Entschädigung von Privat-

rechten, insbesondere Dienstbarkeiten, wenn sie im öffentlichen Interesse durch den Staat geschehen, Entschädigung zu leisten.

Vermischtes.

Ein verunglückter Flugkathod. Calais, 27. Juli. Katham unternahm heute früh einen Flugversuch, der fünf Minuten dauerte. Beim Abstieg wurde er von einem Gegenwind erfasst und landete so heftig, daß der Apparat mehrfache Beschädigungen erlitt.

Leze- und Diätetikerklub "Sädo". Heute abend 8 1/2 Uhr: Generalversammlung bei Reichardt, Köppler Straße 58. Gäste willkommen. Leze- und Diätetikerklub Baumgartenweg. Mittwoch 9 Uhr im Lokal von Goergens, Baumgartenstr. 27. Gäste, eingeführt, haben Zutritt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, 10. Jahrgang 10. wochentäglich abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrager ist ein Buchstabe und eine Post als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

— **J. R. 70.** Strafantrag wegen Beleidigung ist innerhalb drei Monaten seit der Kenntnis derselben zu stellen. Der Beleidigungsakkt hat ein Sühneverfahren vor dem Schlichtemann voranzutreiben, wenn beide Parteien in demselben Gemeindegemeinde wohnen. Das Verfahren vor dem Schlichtemann unterbricht die dreimonatliche Frist nicht. — **W. S., D. B. 69.** Ja. — **R. 75.** Die Klage auf Schadenersatz ist mit der Reklamation verbunden. Schadenersatz ist soweit zu leisten, als infolge der Nichtabstellung des Zeugnisses Arbeit nicht zu erlangen war. — **G. G. V. 1.** und **2.** Ja. **3.** Ein Hinweis auf die beigebrachten Beläge genügt. — **S. 2. 56.** 1. Die mündliche Vereinbarung ist gültig. Es wäre zweckdienlich gewesen, daß Sie eine schriftliche Bestätigung des Erfolges verlangen. **2.** Ja, aber den Beweis für die Abrede müssen Sie führen. — **W. V. 7.** 1. Ja, Sie müssen aber mitteilen, daß Sie wegen Krankheit aufhören. **2.** Es ist ein gerichtlicher oder notarieller Vertrag erforderlich. Die Höhe der Kosten richtet sich nach der des Objekts. — **W. S. 33.** Ja. — **R. N. 20.** 1. Rein. **2.** Ja. — **W. V. 1000.** Gegen das falsche Urteil würde ein weiteres Rechtsmittel aussichtslos sein. Zu einem Urteil eignet sich der Fall nicht. — **K. 2.** Gegen den Vater des Kindes müßte der Vormund auf Zahlung von Alimenter klagen. — **W. G., Fernan.** Die Räumung würde zulässig sein. Ist in der Fabrikordnung nicht ein Ausschluß der Räumungsberechtigung vereinbart, so würde eine Klage auf Entschädigung für 14 Tage Lohn Aussicht auf Erfolg haben. — **J. R. 100.** Wenden Sie sich direkt an das Patentamt zwecks Anmeldung eines Patents. Die vorläufigen Kosten betragen 30 M. — **W. D. 40.** Ja. — **W. R. 6.** Zu einer Verurteilung ist zu raten. Ein Erfolg läßt sich nicht mit Sicherheit voraussagen. Wenden Sie in der Beratung darauf hin, wie hoch Ihre Einkommen in diesem Jahre im Verhältnis zu dem vergangenen Jahr gewesen ist. — **S. R. 28.** 1. Ein Mädchen wird mit dem vollendeten 16. Lebensjahr, ein Mann mit erreichter Großjährigkeit heiratfähig. **2.** Rein. **3.** Ja. **4.** Rein. — **W. V. 1.** Der Wirt kann die Rente bis zum Oktober verlangen. — **G. 2.** 1. Die Kinder können lediglich den Erbteil der Mutter verlangen. Der Vater kann mit seinem Vermögen machen, was er will und auch heiraten, ohne daß die Kinder ein Einspruchsrecht oder ein Recht auf Zahlung hätten. Nur wenn minderjährige Kinder vorhanden sind, muß der Wirt vor der Verheiratung darlegen, daß eine Auseinandersetzung mit diesen wegen des mütterlichen Erbteils stattgefunden hat. **2-4.** Wird kein Testament errichtet, so erbt die Witwe ein Viertel, die Kinder zusammen drei Viertel des Nachlasses. Jedes Kind erbt gleichviel. **5.** Erbteil der Ehefrau, ohne Kinder hinterlassen zu haben, so erhält der Wirt die Hälfte des Vermögens und als Voraus die Hochzeitsgeschenke und Haushaltsgeldgegenstände. **6.** Rein. — **J. G. W.** Zur Zahlung des Bürgerrechtsgeldes sind Sie nach dem Gesetz verpflichtet. Auch andere Städte verlangen noch Bürgerrechtsgeld. Die ordnungsmäßige Regelung ist maßgebend. — **S. W. 32.** Verurteilung könnte noch eingelegt werden. Zweck Erwirkung des Armenrechts für die Berufungsinstanz müßte Ihr Verwandter unter Verlegung des Sachverhalts und der Gründe, aus denen er das Urteil anfechten will, sowie der Beweismittel das Armenrecht beim Kammergericht beantragen. Ist das Armenrecht bewilligt, so hat der Anwalt, der als Armenanwalt beigeordnet ist, keinerlei Kosten von seinem Klienten zu verlangen. Läßt er ihm eine Rechnung zugehen, so hat das nur die Bedeutung, daß der Klient Zahlung leisten soll, wenn er dazu in der Lage kommt. — **G. 21. 99.** Der Schuldschein wäre auch jetzt noch gültig. — **V. 2. 13.** Zur Erhebung der Gebühr ist das Patramt berechtigt. — **W. L. Braunberger Str. 13.** Der Vertrag ist gültig. Ws Grund der von Ihnen angegebenen Klausel ist aber die Wirksamkeit, die Abschaffung des Bundes zu verlangen. — **N. Lange 55.** Beantragen Sie bei der Deutschgenossenschaft unter Hinweis auf die früheren Vorgänge einen bezugsfähigen Anfechtung. Sollte dieser ausbleiben, so legen Sie Beschwerde beim Reichsoberverwaltungsamt ein. — **W. V. 101.** Legen Sie Beschwerde ein; unferes Urteils müßte weitere Ermäßigung um eine Stufe stattfinden. — **W. D., Vastianstraße.** Durch einjährigen Aufenthalt erlangt man den Aufenthaltswohnort, wenn in dieser Zeit öffentliche Unterhaltungen nicht gezahlt sind. — **K. Rein.** — **V. 3.** Die Beschäftigung der Wohnung muß in der Zeit gestattet werden, wie im Vertrag vereinbart ist. Die keine vertragliche Vereinbarung vor, so muß die Beschäftigung zu angemessenen Zeiten gestattet werden. Entsteht über die Angemessenheit Streit, so hat im Klagede der Richter zu entscheiden. In Berlin sind Erkenntnisse ergangen, die die Zeit von 9-6 wochentags, von 9-1 des Sonntags für angemessen erachten. Es kann von Fall zu Fall auch eine andere Zeit als angemessen erachtet werden. — **W. S. 1871.** Machen Sie einen Versuch mit der Krankenkasse, auch diese ist allerdings nicht verpflichtet, dem Gehalt zu entsprechen. — **G. 2.** Ja, wer innerhalb der Zeit vom 15. bis 30. Juli rückständige Steuern nachzahlt, ist nachträglich einzutragen. Zahlen Sie also und beantragen Sie die Eintragung.

Wirtschaftlicher Marktbericht der südlichen Marktblasen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Marktblasen. Markttag: Freitag. Zufuhr reichlich, Geschäft still, Preise unverändert. Wild: Zufuhr nicht genügend, Geschäft lebhaft, Preise nicht verändert. Wildgatt: Zufuhr reichlich, Geschäft lebhaft, Preise wenig verändert. Fische: Zufuhr knapp, Geschäft lebhaft, Preise anziehend. Butter und Eier: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Sägewerkzeuge: Zufuhr nicht über den Bedarf, Geschäft beständig, Preise unverändert.

Witterungsbericht vom 27. Juli 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C
Sommers	759,8	SW	5	leitet	15	Haparanda	752,0	—	4	leitet	17
Hamburg	760,8	SW	6	leitet	15	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	762,8	SW	5	leitet	15	Ceily	754,0	SW	5	Regen	14
Frankfurt	767,3	SW	5	leitet	14	Wien	767,3	—	1	leitet	11
München	768,3	SW	2	leitet	16	Paris	765,5	—	1	wolfig	12
Stettin	767,3	SW	4	leitet	15						

Wetterprognose für Mittwoch, den 28. Juli 1909. Wärmer, zunächst diesseits, heiter bis ziemlich heftigen südlichen Stürmen, später wieder zunehmende Bewölkung, etwas Regen und Gewitterneigung. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 25. 7.	am 26. 7.	Wasserstand	am 25. 7.	am 26. 7.
Havel, Teltow	206	206	Saale, Großh.	64	64
Havel, Unterberg	19	19	Saale, Spandau	48	48
Havel, Hohen	158	158	Rothenburg	20	0
Oder, Rathow	154	154	Speyer, Sprendberg	84	0
Oder, Krossen	223	223	Wesler	101	+1
Oder, Frankfurt	250	250	Wesler, Rindan	93	-4
Elbe, Carlow	103	103	Wesler, Rindan	93	-4
Elbe, Landsberg	45	45	Wesler, Rindan	93	-4
Elbe, Verdam	19	19	Wesler, Rindan	93	-4
Elbe, Lützel	15	15	Wesler, Rindan	93	-4
Elbe, Dresden	91	91	Wesler, Rindan	93	-4
Elbe, Rast	174	174	Wesler, Rindan	93	-4
Elbe, Magdeburg	154	154	Wesler, Rindan	93	-4

*) + bedeutet Hoch. — Kall. — *) Unterseepegel. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.